



Landtag von Baden-Württemberg

17. Sitzung

14. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 7. Februar 2007 • Haus des Landtags

Beginn: 10:04 Uhr

Mittagspause: 12:36 bis 13:50 Uhr

Schluss: 18:02 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	917	c) Einzelplan 09: Ministerium für Arbeit und Soziales	
Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2007/08 (Staatshaushaltsgesetz 2007/08 – StHG 2007/08)		Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/809	971
a) Einzelplan 02: Staatsministerium		Abg. Wilfried Klenk CDU	971
Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/802	917	Abg. Marianne Wonnay SPD	973
Abg. Stefan Mappus CDU	918	Abg. Brigitte Lösch GRÜNE	974
Abg. Ute Vogt SPD	922, 939	Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP	976
Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE	926, 941	Ministerin Dr. Monika Stolz	979
Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP	930	Abg. Ursula Haußmann SPD	982
Ministerpräsident Günther Oettinger	934	Abg. Bärbl Mielich GRÜNE	983
Beschluss	944	Beschluss	984
b) Einzelplan 03: Innenministerium		d) Einzelplan 11: Rechnungshof	
Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/803	944	Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/811	985
Abg. Hans Heinz CDU	944	Abg. Ursula Lazarus CDU	985, 989
Abg. Reinhold Gall SPD	947	Abg. Ingo Rust SPD	986
Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE	950	Abg. Oswald Metzger GRÜNE	987
Abg. Hagen Kluck FDP/DVP	952, 962	Abg. Michael Theurer FDP/DVP	988
Minister Heribert Rech.	953, 964	Beschluss	989
Abg. Nicole Razavi CDU	957	Nächste Sitzung	989
Abg. Hans-Martin Haller SPD	959	Anlage 1	
Abg. Werner Wölfe GRÜNE	961	Vorschlag der Fraktion der SPD – Nachbesetzungen im Ständigen Ausschuss	990
Abg. Reinhold Gall SPD (zur Geschäftsordnung)	970	Anlage 2	
Beschluss	968	Vorschlag der Fraktion GRÜNE – Umbesetzung im Präsidium	990
Abg. Michael Theurer FDP/DVP (Erklärung zur Abstimmung)	971		

Protokoll

über die 17. Sitzung vom 7. Februar 2007

Beginn: 10:04 Uhr

Präsident Peter Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 17. Sitzung des 14. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

(Unruhe)

Ich darf Sie bitten, die Plätze einzunehmen und die Gespräche im Saal einzustellen.

Urlaub für heute habe ich den Herren Abg. Dr. Bullinger, Knapp und Mack erteilt.

Krank gemeldet ist Herr Abg. Junginger.

Aus dienstlichen Gründen haben sich entschuldigt Herr Minister Rau und – für heute Nachmittag – Herr Minister Stächele.

Dienstlich verhindert ist Herr Minister Professor Dr. Frankenbergh.

Meine Damen und Herren, auf Ihren Tischen finden Sie einen Vorschlag der Fraktion der SPD für Nachbesetzungen im Ständigen Ausschuss (*Anlage 1*) und einen Vorschlag der Fraktion GRÜNE für eine Umbesetzung im Präsidium (*Anlage 2*). Ich stelle fest, dass Sie den Vorschlägen für die Nachbesetzungen und die Umbesetzung zustimmen. – Kein Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Eine Zusammenstellung der **E i n g ä n g e** liegt Ihnen ebenfalls vor. – Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu. Auch das ist so beschlossen.

*

Im Eingang befinden sich:

1. Mitteilung des Rechnungshofs vom 12. Dezember 2006 – Beratende Äußerung zur Förderung von Existenzgründungen und Existenzfestigungen – Drucksache 14/698

Überweisung an den Wirtschaftsausschuss und federführend an den Finanzausschuss

2. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Dezember 2006, Az.: 1 BvR 1290/05 – Verfassungsbeschwerde von zwei Unternehmen aus Sindelfingen wegen abfallrechtlicher Überlassungspflicht

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

3. Schreiben des Staatsgerichtshofs vom 13. Dezember 2006, Az.: GR 1/06 – Wahlprüfungsbeschwerde des Herrn H. B. aus H. und weiterer 25 Beschwerdeführer

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

4. Antrag des Finanzministeriums vom 19. Dezember 2006 – Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2005 – Drucksache 14/753

Überweisung an den Finanzausschuss

5. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Januar 2007, Az.: 2 BvE 5/06 – Organstreitverfahren von vier Abgeordneten und der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN des Deutschen Bundestags gegen die Bundesregierung wegen eingeschränkter Beantwortung von parlamentarischen Anfragen

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

6. Antrag der Landesregierung vom 29. Januar 2007 – Zugehörigkeit von Mitgliedern der Landesregierung zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen – Drucksache 14/830

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

7. Schreiben des Staatsgerichtshofs vom 29. Januar 2007, Az.: GR 1/07 – Organstreitverfahren auf Antrag der Fraktion der SPD wegen Verfassungsverstöße im Zusammenhang mit der Finanzierung der Bewährungs- und Gerichtshilfe

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

8. Mitteilung des Wirtschaftsministeriums vom 31. Januar 2007 – Wohnungsbau 2007 – Bericht und Leitlinien zur Wohnraumförderung – Drucksache 14/831

Überweisung an den Wirtschaftsausschuss und federführend an den Finanzausschuss

*

Wir treten damit in die Tagesordnung ein.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich darf noch einmal darum bitten, die Gespräche einzustellen, damit wir die Beratungen in Ruhe führen können.

Ich rufe auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2007/08 (Staatshaushaltsgesetz 2007/08 – StHG 2007/08)

Wir kommen zunächst zum **Buchstaben a:**

Einzelplan 02: Staatsministerium – Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/802

Berichterstatter: Abg. Dr. Nils Schmid

Das Präsidium hat für die Beratung eine Redezeit von 15 Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gel-

(Präsident Peter Straub)

ten. Innerhalb der Gesamtredezeiten sind – das gilt für die Beratung aller Einzelpläne – sowohl die allgemeinen Ausführungen zu machen als auch die Begründungen zu den Änderungs- und Entschließungsanträgen vorzutragen.

Der Berichterstatter wünscht das Wort nicht.

Ich erteile Herrn Abg. Mappus das Wort.

Abg. Stefan Mappus CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Frage der Generationengerechtigkeit in unserer Gesellschaft spitzt sich, wie wir alle feststellen können, immer mehr zu. „Alte kassieren, Junge zahlen drauf“ – mit Schlagzeilen wie diesen macht zum Beispiel die „Bild“-Zeitung Front im Generationenkonflikt. Öffentliche Verschuldung, Flächen- und Rohstoffverbrauch, Umweltbelastungen: Nicht nur für die Sozialkassen stellt sich die Frage nach einer nachhaltigen Politik.

Die Ressourcen unseres Landes mit Klugheit und Weitblick zu bewirtschaften ist eine Aufgabe, die weit über den Tag und vor allem weit über unsere Lebenszeit hinausreicht. Das ist der Hintergrund, meine Damen und Herren, vor dem wir heute über den Landeshaushalt beraten.

Der Landeshaushalt 2007/2008 ist nach unserer Überzeugung ein konkreter Beitrag zu eben dieser Generationengerechtigkeit. Wir nehmen damit unsere Verantwortung für die Chancen zukünftiger Generationen wahr und machen deutlich: Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit sind die leitenden und umfassenden Prinzipien der gemeinsamen Politik von CDU und FDP/DVP für das Land Baden-Württemberg.

Der redliche Ausgleich zwischen heute und morgen muss der rote Faden sein, mit dem wir Haushalts- und Sozialpolitik, Bildungs-, Energie- und Umweltpolitik zu einem planvollen und stimmigen Gesamtkonzept verbinden. Wir stellen uns den Verpflichtungen einer vorausschauenden Zukunftsethik und wollen Vorsorge treffen für den gewissenhaften Schutz der Nachwelt.

Meine Damen und Herren, für den Landeshaushalt bedeutet das: Wir steigen ein in einen ehrlichen, wirksamen, definitiven und unumkehrbaren Abbau der Nettoneuverschuldung, weil wir wissen, dass die Schulden von heute die Wachstumschancen von morgen verhindern. Deshalb ist die Finanzplanung der Landesregierung realistisch und maßvoll, aber sie ist vor allem nachhaltig. Wir wollen im Jahr 2011 ohne neue Schulden auskommen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das, meine Damen und Herren, ist nicht nur eine haushaltspolitische Richtlinie, sondern auch das zentrale politische Ziel dieser Koalition für diese Legislaturperiode und weit darüber hinaus.

Namens der CDU-Fraktion danke ich unserem Ministerpräsidenten Günther Oettinger und unserem Finanzminister Gerhard Stratthaus für die hervorragende und vor allem auch konstruktive Zusammenarbeit zwischen Parlament und Regierung während der zurückliegenden Ausschussberatungen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich freue mich – und die Beratungen im Finanzausschuss haben das noch einmal unterstrichen –, dass in diesem Hause die Forderung nach einem Stopp der Verschuldung über alle Fraktionsgrenzen hinweg Unterstützung findet. Meine Damen und Herren, die Menschen in diesem Land erwarten zu Recht von uns als ihren Vertretern im Parlament Einigkeit in dieser entscheidenden Zukunftsfrage. Wir nehmen die Herausforderung an und setzen sie um: in einer Haushaltspolitik, die Augenmaß, aber auch Entscheidungssstärke selbst bei unpopulären Maßnahmen demonstriert.

Die Neuverschuldung wird im Jahr 2007 auf 1 Milliarde € und im Jahr 2008 auf 750 Millionen € sinken. Dazu realisieren wir im Doppelhaushalt 2007/2008 insgesamt 1,2 Milliarden € an konkreten Einsparungen in den Ressorts. Dies ist ein wichtiger Schritt und – wie ich finde – ein großer politischer Erfolg auch und besonders, weil es gelungen ist, diese Einsparungen im Konsens mit den hauptsächlich betroffenen Verbänden und Gruppen zu erreichen.

2009 und 2010 werden wir die Neuverschuldung weiter reduzieren, um die Nettonull im Jahr 2011 zu schaffen. Damit, meine Damen und Herren, steht uns ein erneuter Kraftakt ins Haus, auf den wir schon heute vorbereitet sein müssen. Eines muss klar sein: Konjunktureller Aufschwung und Steuermehreinnahmen können nicht als bequeme Gelegenheit herhalten, um die Zügel der Haushaltsdisziplin schleifen zu lassen. Für neue finanzielle Begehrlichkeiten gibt es gerade in den kommenden Jahren keinen Raum. Das muss jedem in diesem Haus klar sein, wenn es um die Haushaltsberatungen der kommenden Jahre geht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Um auch nach 2011 dauerhaft und strukturell schuldenfrei zu bleiben, werden wir die systematische und konsequente Kritik der staatlichen Aufgaben und Ausgaben entschlossen fortsetzen und weiterhin an unserem strikten Sparkurs festhalten. Wir sorgen für künftige Haushaltsrisiken vor: für die voraussichtlichen Einnahmeausfälle durch die Unternehmensteuerreform durch eine Rücklage von 440 Millionen € in diesem Jahr und bei den Pensionslasten durch die Pension mit 67, durch die Absenkung der Jahressonderzahlung für Pensionäre und durch den Aufbau einer Versorgungsrücklage.

Meine Damen und Herren, Generationengerechtigkeit heißt aber nicht nur sparen und vorsorgen, sondern auch politische Gestaltungsschwerpunkte setzen. Hier möchte ich auf einen Punkt kommen, der aus unserer Sicht im Mittelpunkt des Handelns stehen muss. Die Zukunft Baden-Württembergs entsteht mehr denn je in den Familien. Familien mit Kindern tragen und sichern den Generationenvertrag. Deshalb wollen wir alles dafür tun, dass Baden-Württemberg zum „Kinderland“ Nummer 1 in der Bundesrepublik Deutschland wird. Denn mit ihrer Erziehungsarbeit leisten die Familien den entscheidenden Beitrag zur Zukunftssicherung in unserer alternden Gesellschaft.

Es ist schon befremdlich, Herr Kollege Kretschmann, wenn immerhin die Parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen-Bundestagsfraktion, Frau Schewe-Gerigk, ausweislich der „Süddeutschen Zeitung“ vom 11. Januar dieses Jahres auf der Fraktionsklausur von Bündnis 90/Die Grünen vor weni-

(Stefan Mappus)

gen Wochen die Familie als – ich zitiere – „Ort der Repression“ diffamiert hat.

(Heiterkeit bei der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, diesen altlinken Affekten der Grünen halten wir entgegen: Familien haben uneingeschränkten Anspruch auf die Solidarität der Gemeinschaft und vor allem auf die Unterstützung durch eine gute Politik.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Deshalb setzen wir mit unserer Politik und gerade in diesem Haushalt klare Akzente zur Stärkung der Familien in unserem Land. Wir stellen das Landeserziehungsgeld auf eine neue Grundlage und geben damit die richtige Antwort auf das Bundeselterngeld. Mit der Landeserziehungs-offensive unterstreicht Baden-Württemberg seinen eigenständigen familienpolitischen Gestaltungsanspruch. Im Mittelpunkt stehen für uns dabei die Familien mit geringem Einkommen. Sie erhalten auch weiterhin für jedes Kind direkte Förderleistungen vom Land.

Hinzu kommt der Ausbau von Betreuungsangeboten für Kleinkinder, um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erreichen, damit sich nach Möglichkeit mehr junge Paare ihren Kinderwunsch erfüllen können. Wir investieren in der dritten Säule in die Erziehungskraft junger Eltern durch qualifizierte Hilfestellungen und Beratungsangebote.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Kommt endlich einmal in die Gänge! – Gegenruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Vor allem in diesem Bereich wird nicht gespart. Es wird nicht weniger Geld ausgegeben, sondern wir wollen die Förderung für Familien auf einem guten und hohen Niveau halten.

Meine Damen und Herren, Frau Kollegin Vogt, ich habe zur Kenntnis genommen, dass Sie dieses Konzept mit markigen Worten als – ich zitiere – „sozial ungerecht“ kritisiert haben. Sie stören sich daran, dass wir Teile der bisherigen Landeserziehungsgeldmittel dafür verwenden wollen, die Kleinkinderbetreuung auszubauen. Bevor Sie das vielleicht heute im Parlament nochmals wiederholen, empfehle ich Ihnen, zuerst in den Beschlüssen des SPD-Bundesvorstands

(Abg. Reinhold Gall SPD: Was Sie alles lesen! Ich bin beeindruckt!)

von Anfang des Jahres 2007 nachzulesen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sie lesen aber viel! Von der „Süddeutschen Zeitung“ bis zu den Beschlüssen des SPD-Bundesvorstands!)

– Ja, ich lese viel, ich lese gern. Nachdem das Informationsangebot bei Ihnen zugegebenermaßen gut ist, kostet es auch gar nicht so viel Zeit, das nachzulesen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wir haben auch nichts zu verbergen!)

Aber vielleicht sollten Sie das, was Sie selbst beschlossen haben, auch einmal nachlesen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

In diesen Beschlüssen fordern Sie – das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen –, künftige Kindergeldhöhungen einzukassieren und das Geld stattdessen in die Kinderbetreuung zu stecken.

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Wo ist der Widerspruch?)

Ich bin sehr gespannt darauf, liebe Frau Vogt, wie Sie uns erklären wollen, dass Einschnitte beim Kindergeld gerade bei sozial Schwächeren nicht sozial ungerecht sind. Tatsache ist: Wir werden die Mittel für das Landeserziehungsgeld trotz strenger Sparpolitik – –

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Das sind jetzt aber wirklich Äpfel und Birnen!)

– Ich glaube Ihnen, dass Ihnen das nicht besonders gefällt. Denn das zeigt auf, dass Sie in der heutigen Zweiten Beratung im Parlament das Gegenteil dessen fordern, was Sie vorher beschlossen haben. Aber das kann ich Ihnen in der heutigen Haushaltsdebatte nicht ganz ersparen. Klar ist: Diesen Kurs tragen wir nicht mit. Deshalb muss das in einer Parlamentsdebatte auch einmal gesagt werden. Das ist, glaube ich, in Ordnung.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Wir werden es Ihnen erklären! Wir werden es erklären!)

Tatsache ist: Wir werden die Mittel für das Landeserziehungsgeld trotz der Sparpolitik nicht kürzen. Und wir tun noch mehr als das: Mit der Neuausrichtung der Landeswohnraumförderung unterstützen wir gezielt Familien in der Startphase beim Bau und Kauf der eigenen vier Wände. Wir bauen die bedarfsgerechte, flächendeckende Ganztagsbetreuung an unseren Schulen weiter aus, und zwar mit den Kommunen – vereinbart mit den kommunalen Landesverbänden, im Konsens, nicht im Dissens –, sodass überall im Land Ganztagsangebote gemacht werden können.

Des Weiteren hat die CDU-Fraktion mit ihren Anträgen zum Haushaltsentwurf dafür gesorgt, dass ursprünglich geplante Kürzungen im Jugendbereich im Umfang von 2,7 Millionen € so nicht vollzogen werden. Ich denke, meine Damen und Herren, dies belegt, welche vorrangige Bedeutung wir in unserer Politik dem Bereich „Familie, Kinder und Jugend“ beimessen.

(Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Meine Damen und Herren, Generationengerechtigkeit heißt auch exzellente Bildungschancen in unserem Land. Vor wenigen Tagen haben die Zeitungen über Leistungsvergleiche zwischen baden-württembergischen und hamburgischen Schülern im Fach Mathematik berichtet. Die Tests haben ergeben: Abiturienten aus Baden-Württemberg haben einen Leistungsvorsprung von zwei Schuljahren gegenüber den Gleichaltrigen in Hamburg. Diese Expertise ist nicht in der CDU-Fraktion entstanden, sondern die Experten vom Max-Planck-Institut für Bildungsforschung stellen fest – ich zitiere –:

Baden-Württemberg ist modernstes Bildungsland in Deutschland.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

(Stefan Mappus)

Kaum ein anderes Land betreibt eine so erfolgreiche und dynamische Bildungs- und Hochschulpolitik wie Baden-Württemberg. Kaum ein Land gibt seinen jungen Menschen so reiche Chancen auf den Lebensweg wie Baden-Württemberg. Drei von acht Kandidaten der Finalausscheidung der zweiten Runde im Hochschulexzellenzwettbewerb sind baden-württembergische Universitäten

(Zurufe von der SPD und den Grünen: Badische! – Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Aber gezahlt mit württembergischem Geld!)

– es lebe das vereinigte Europa; aber ich will Sie nicht korrigieren; das ist korrekt –, nachdem wir mit der Universität Karlsruhe schon eine Eliteuniversität im Land haben.

Für das Ausbauprogramm „Hochschule 2012“ stehen die notwendigen Mittel bereit. Im Endausbau sind zusätzlich 150 Millionen € eingeplant. 40 % des gesamten Landesetats investieren wir auch in diesem Haushalt wieder in Bildung und Hochschule.

Aber, meine Damen und Herren, wahr ist auch – das entspricht der Wahrheit –: Auch das Bildungsressort muss seinen Einsparbeitrag leisten, damit die Nettonull möglich wird. Deshalb möchte ich nochmals darauf hinweisen: Weil die Schülerzahlen stärker sinken werden als angenommen,

(Abg. Alfred Winkler SPD: Ganz neu!)

hat die Landesregierung entschieden, 521 Lehrerstellen vorübergehend nicht zu besetzen. Wir halten diese Entscheidung für richtig, für vertretbar, für zukunftsweisend. Deshalb tragen wir sie mit.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Die SPD-Fraktion – oder besser: Teile von ihr – hat bekanntermaßen eigene Sparvorschläge für den Bildungsbereich präsentiert. Gewissermaßen in einem Akt der Selbstübertreibung haben Sie beschlossen, die Einstiegsgehälter für Lehrer zu kürzen. GEW und Beamtenbund sind über Ihr Vorgehen konsterniert, und von den Jusos setzt es lautstark Kritik.

Meine Damen und Herren, dass ein Fraktionsvorsitzender einen Beschluss zur Bildungspolitik ausdrücklich gegen die Bildungspolitik seiner Fraktion durchsetzt, ist mutig, ist anerkennenswert. Aber in der Konsequenz war Ihr Beschluss mit seiner Tragweite aus unserer Sicht falsch. Dieser Vorgang belegt – übrigens nicht nur für die Bildungspolitik –, dass die politische Handlungsfähigkeit der SPD, wenn ich das so sagen darf, durchaus noch optimierungsfähig ist.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Kümmern Sie sich um Ihre eigene Baustelle! Inkompatibilität 2016, sage ich nur!)

Für die CDU, meine Damen und Herren, ist klar: Wenn es in naher Zukunft um die Reform von Dienstrecht und Besoldung geht, wird es mit uns keine Handstreichmanöver geben, wie sie die SPD gerade vorgeführt hat. Wir wollen den engen Dialog mit den Verbänden und den Gewerkschaften suchen, so wie wir das in den letzten Monaten auch getan haben. Dies ist die entscheidende Ziellinie unserer Politik.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Zehn Jahre Vorlaufzeit!)

Ein weiterer Punkt: Generationengerechtigkeit, meine Damen und Herren, heißt auch Verantwortung in der Energie-, Umwelt- und Klimapolitik. Am vergangenen Freitag ist der vierte UN-Klimareport veröffentlicht worden. Der Bericht unterstreicht den Handlungsbedarf auf allen politischen Ebenen, mehr denn je auch in den Ländern.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Es ist viel zu spät!)

Die CDU-Fraktion hat durchgesetzt, dass im neuen Doppelhaushalt ein namhafter Millionenbetrag zur Förderung aus regenerativen Energiequellen erzeugter Wärme ausgebracht wird. Dies ist ein Anfang. Es muss mehr werden.

(Zuruf von den Grünen: Viel mehr!)

Wir wollen in Zukunft in diesem Bereich deutlich mehr tun. Wir werden damit die großen Potenziale zur CO₂-Reduzierung im Wärmebereich erschließen und Baden-Württemberg auch hier bundesweit zum Vorreiter machen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Alfred Winkler SPD: Kleinere Autos für den Minister!)

– Ja, sehen Sie, das war ein typischer Zwischenruf: kleinere Autos. Das ist der große Unterschied in der Sichtweise zwischen Ihnen und uns. Sie wollen staatlichen Dirigismus in der Art, dass Sie am liebsten noch die Größe von Autos vorschreiben. Wir wollen marktwirtschaftliche Anreize, damit wir in der Umweltpolitik noch besser vorankommen. Deshalb wollen wir die Bauherren im Land möglichst schnell dazu bringen, Techniken zur Nutzung erneuerbarer Energien in allen Neubauten einzusetzen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Damit ergänzen wir das Klimaschutzkonzept der Landesregierung. Wir bekennen uns zu unseren ehrgeizigen Klimaschutzzielen: Senkung des Energieverbrauchs im Land um 20 % innerhalb der nächsten zehn Jahre, Gewinnung jeder fünften Kilowattstunde Strom aus erneuerbaren Energiequellen bis zum Jahre 2020.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Und Sie bekämpfen jedes Windrad!)

Meine Damen und Herren von den Grünen, ich zitiere ja nicht oft Redner von Ihren Landesparteitag.

(Zuruf von der CDU: Das ist auch besser so!)

Aber im Fall von Lutz Wicke will ich es gerne tun. Professor Wicke, meine Damen und Herren, ist Direktor des Instituts für Umweltmanagement an der Europäischen Wirtschaftshochschule Berlin.

(Zuruf von der SPD: Der Professor aus Berlin!)

Er war als Experte zum Thema „Ökologie ins Zentrum“ auf dem Parteitag der Grünen in Bad Krozingen zu Gast. Dort hat er die baden-württembergische Umweltpolitik – ich zitiere die

(Stefan Mappus)

„Stuttgarter Nachrichten“ vom 13. November 2006 – als „führend“ bezeichnet und – bemerkenswert für einen Landesparteitag der Grünen – der Landesregierung – Zitat – „gute Arbeit“ bescheinigt.

Meine Damen und Herren, wo Sie recht haben, haben Sie einfach recht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Lieber Herr Kretschmann, auch wenn es von Ihnen kommt, für Lob sind wir unbegrenzt belastbar.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Thema verfehlt! Setzen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die globale Erwärmung macht es nötig, bei der Energiegewinnung die nukleare Option offenzuhalten. Das sind im Übrigen nicht meine Worte, sondern die des britischen Premierministers Tony Blair, der bekanntermaßen nicht konservativem Gedankengut anhängt.

(Widerspruch bei der SPD – Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Na ja!)

Ich bringe ein weiteres Zitat:

Der Ausstieg aus der Kernenergie ist klimapolitisch, geopolitisch und wirtschaftspolitisch ein schwerer Fehler. Wir brauchen eine Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke in Deutschland, um Zeit zu kaufen für die notwendige Umstellung unseres Kraftwerkeparks auf mehr heimische CO₂-freie Energieträger.

Das ist ein Zitat von jemandem, der sich nicht nur gut auskennt, sondern mit Sicherheit auch politisch unverdächtig ist. Dieses Zitat stammt von Fritz Vahrenholt, dem ehemaligen SPD-Umweltsenator von Hamburg und heutigen Vorstandschef eines der führenden Unternehmen für den Bau von Windenergieanlagen. Meine Damen und Herren, wenn es um die Conclusio geht, dann weiß dieser Mann, worüber er spricht.

Wenn wir unser Know-how bei den erneuerbaren Energien schnell und wirkungsvoll weiterentwickeln wollen, können wir in der Übergangszeit auf die Sicherheit der klimaneutralen und preiswerten Energie aus unseren Kernkraftwerken nicht verzichten. Die Wahrheit ist doch: Ohne Kernkraft verbauen wir uns den Einstieg in eine langfristige nachhaltige Energiewirtschaft. Auch das ist eine Frage der Zukunftssicherung.

An dieser Stelle auch noch ein Wort zum Thema Regionalisierungsmittel und zu Ihrem Antrag, Herr Drexler.

(Zuruf von den Grünen: Habt ihr dazu auch etwas gesagt?)

Wenn etwas falsch ist und wir dies unter der rot-grünen Bundesregierung auch immer als falsch deklariert haben, dann wird das nicht dadurch richtig, dass sich die politische Konstellation in Berlin geändert hat. Was falsch ist, ist falsch. Wir halten die Kürzung der Regionalisierungsmittel, die vom Bund kommen, für falsch.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen – Abg. Claus Schmiedel SPD: Da hat doch Stratthaus zugestimmt! – Weitere Zurufe

von der SPD und Gegenrufe von der CDU – Lachen bei der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist doch lächerlich! Fragen Sie doch Ihren Minister!)

– Nein. Sie wissen genau – –

(Zurufe von der SPD – Unruhe)

– Sie sollten auch da bei der Wahrheit bleiben.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Fragen Sie doch den Minister!)

Sie wissen ganz genau, dass es im Zuge der Jahressteuergesetze ein Gesamtpaket gab.

(Zurufe von der SPD, u. a.: Eben!)

Sie wissen genauso gut, dass die Landesregierung wie auch die sie tragenden Fraktionen, was das Thema Regionalisierungsmittel angeht, immer gegen deren Kürzung waren.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Richtig!)

– Also. Dann behaupten Sie nicht, wir hätten quasi isoliert der Kürzung der Regionalisierungsmittel zugestimmt. Das ist die Unwahrheit.

(Abg. Claus Schmiedel und Abg. Alfred Winkler SPD: Ihr habt zugestimmt! – Gegenruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Das wissen Sie. Hören Sie auf, solche Behauptungen in den Raum zu stellen. Das ist schlicht unwahr.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Aber es ist genauso populistisch,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Eben! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Vielleicht ist er gekauft worden! Aber er hat zugestimmt!)

wenn Sie dann, nachdem diese Kürzungen immerhin von einem SPD-Bundesminister kamen,

(Lachen und Widerspruch bei der SPD)

in Baden-Württemberg einlaufen und sagen: „Die Landesregierung muss die Mittel ausgleichen.“ Es kann doch nicht wahr sein, dass eine Landesregierung – egal, wo in Deutschland – praktisch immer dann in die Bresche springen muss, wenn der Bund irgendwelche Mittel kürzt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nicht immer!)

Das ist doch keine Politik! Es kann doch nicht wahr sein, dass, wenn irgendwo eine Kürzung kommt, Sie zuerst durch das Land laufen und sagen, wir sparten zu wenig, um zwei Minuten später zu sagen: „Wenn eine Kürzung kommt, müsst ihr sie aber ausgleichen!“ Das ist doch keine Politik, was Sie betreiben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

(Stefan Mappus)

Sie sagen den Menschen nicht die Wahrheit, Herr Drexler. Das ist eine Tatsache.

So schmerzlich der Wegfall einzelner Züge auch ist:

(Abg. Katrin Altpeter SPD: „Einzelner“!)

Wir sollten auch einmal über die Relationen sprechen, meine Damen und Herren.

(Zuruf von der CDU)

Seit Beginn der Regionalisierung ist das ÖPNV-Angebot in diesem Bundesland um 50 % gewachsen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: 50!)

Die Zugkilometer, die jetzt entfallen, stellen bezogen auf das gesamte Zugangebot im Land eine Größenordnung von 2,7 % dar.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja!)

Tun Sie doch nicht so, als ob das der Untergang des ÖPNV in Baden-Württemberg wäre. Das ist doch unwahr. Auch das ist doch nicht richtig.

(Beifall bei der CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Fragen Sie doch die Landräte, was sie dazu sagen!)

Im Vergleich zu dem, was war, als das Land vor elf Jahren die Verantwortung für den Schienennahverkehr übernommen hat, ist unser ÖPNV heute nach den Streckenkilometerkürzungen noch immer pures Gold.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Fragen Sie einmal die Landräte!)

Auch das sollte man einmal in aller Offenheit sagen, statt ständig in Panikattacken zu verfallen

(Abg. Alfred Winkler SPD: Sagen Sie das den Landräten!)

und den Menschen irgendetwas vorzumachen.

Meine Damen und Herren, Baden-Württemberg ist das Land der Zukunftschancen. Auch im Januar war Baden-Württemberg – inzwischen mit großem Abstand – das Bundesland mit der niedrigsten Arbeitslosigkeit. Wir haben eine um 20 % geringere Arbeitslosenquote als im vergangenen Jahr und die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit, wir haben die höchsten Wachstumsraten, und wir sind ausgezeichnet als innovativste Wachstumsregion in Europa. Das sind nur einige Fakten, die zeigen: Dieses Land wird hervorragend regiert. Dieses Land bietet beste Perspektiven für kommende Generationen, und wir wollen weiterhin alles dafür tun, die Stärke, die Dynamik und die Lebensqualität unseres Landes zu sichern, damit Baden-Württemberg auch für unsere Kinder und Enkel eine lebenswerte und prosperierende Heimat bleibt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Vogt.

Abg. Ute Vogt SPD: Vielen Dank. – Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer einen flüchtigen Blick auf diesen Haushalt wirft, Herr Kollege Mappus, der mag Ihren Ausführungen sicherlich folgen. Herr Ministerpräsident, man könnte dabei tatsächlich meinen: Es war Ihnen ernst, als Sie bei Ihrer Regierungserklärung im Juni 2006 hier im Haus gesagt haben, Sie wollten – ich zitiere – „unser Land mit verantwortungsvollen und mutigen Entscheidungen in die Zukunft führen“. Denn wenn man die sinkende Nettokreditaufnahme sieht und auch sieht, dass das Entschuldungsziel bzw. das Ziel der Nicht-mehr-Neuverschuldung 2011 erreicht wird, dann ist das tatsächlich erfreulich und wird von allen Fraktionen hier im Haus nicht nur begrüßt, sondern als wichtiges politisches Ziel auch geteilt.

Aber, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, mit Landespolitik hat das Erreichen dieses Ziels nichts zu tun. Dass das Land Baden-Württemberg dieses Ziel 2011 erreichen kann, das verdanken wir vor allem der Bundesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Widerspruch bei der CDU – Abg. Klaus Herrmann CDU: Der CDU-geführten Bundesregierung! Seit die CDU mitregiert, geht es aufwärts! – Abg. Stefan Mappus CDU: Ich nehme an, das hat Schröder noch getan! – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Länderfinanzausgleich! – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Es geht aber darum, dass wir auch hier im Land etwas tun. Die Bundesregierung hat Steuerrechtsänderungen in Gang gesetzt. Daraus werden wir allein im Jahr 2007 rund 600 Millionen € Mehreinnahmen haben, ansteigend auf 750 Millionen € Mehreinnahmen bis zum Jahr 2009. Zu diesen Mehreinnahmen, meine Damen und Herren, die Sie jetzt hier feiern, hat die Landesregierung selbst mit einer mannhaften Enthaltung im Bundesrat überhaupt nichts beigetragen. Das ist die Wahrheit zu diesem Haushalt und zu den Mehreinnahmen, die wir heute feiern können.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Damit komme ich zum zweiten wesentlichen Teil des Zuwachses. Es ist der Zuwachs, lieber Kollege, der nach Baden-Württemberg fließt. Rund 1 Milliarde € kommen allein dadurch, dass die Konjunktur in diesem Jahr wieder angesprungen ist. Geschätzte weitere 550 Millionen € werden uns allein im kommenden Jahr zufließen, weil die Konjunktur erfreulicherweise anzieht. Aber wo ist da die Anstrengung der Landespolitik?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein Unternehmer aus Baden-Württemberg, der sich schon stark für das Land verdient gemacht hat, nämlich Reinhold Würth, bringt auf den Punkt, wer für diesen Aufwärtstrend, von dem wir alle profitieren, die Verantwortung trägt. Er sagte nämlich im November 2006:

Was heute läuft, haben wir zum Großteil dem Kabinett Schröder zu verdanken.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr richtig!)

(Ute Vogt)

Er hat Reformen eingeleitet. Doch es dauert immer zwei, drei Jahre, bis so etwas wirkt.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Ich hätte nicht gedacht, Herr Ministerpräsident, dass sich Ihr Mut darauf begrenzt, die Früchte der rot-grünen Bundesregierung zu ernten, die Sie immer so bekämpft haben und die hier ständig Angriffen von Ihrer Seite ausgesetzt gewesen ist.

(Beifall bei der SPD – Abg. Stefan Mappus CDU: Na, na, na!)

Was diesem Haushalt fehlt, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist die klare landespolitische Handschrift. Was fehlt, ist der Mut, Schwerpunkte zu setzen. Was fehlt, ist die Kraft, in den eigenen Reihen auch für strukturelle Änderungen Mehrheiten zu finden. Man sieht das nicht zuletzt an den gestrigen Beschlüssen der CDU-Fraktion: Inkompatibilität, Unvereinbarkeit von Amt und Mandat ab dem Jahr 2016.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Schon?)

In neun Jahren! Herr Mappus, was für Zielsetzungen sind das? Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sind immer dann reformfreudig, wenn Sie selbst von den Auswirkungen solcher Reformen nicht betroffen sind, sondern wenn sie andere treffen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Stefan Mappus CDU: Fragen Sie einmal, wer aus Ihrer Fraktion herumtelefoniert hat! Fragen Sie einmal jemand anderen! Vielleicht war der Kollege Drexler schon bei denen! Unglaublich!)

Werden Sie doch einmal in der eigenen Struktur aktiv. Warum legen Sie nicht Ministerien zusammen, die man schon seit Jahren zusammenführen könnte, Kultusministerium und Wissenschaftsministerium? Warum nicht Landwirtschaftsministerium, Wirtschaftsministerium und Umweltministerium verbinden, damit aus drei Ministerien zwei werden?

(Beifall bei der SPD – Abg. Stefan Mappus CDU: Da müssen Sie aber tief graben!)

Stattdessen streichen Sie bei anderen.

Herr Kollege Mappus, Sie haben vieles über die Situation von Kindern erzählt, aber Sie haben nicht dargelegt, wie nach wie vor die tatsächliche Situation an den Schulen aussieht. Immer noch fallen Jahr für Jahr 2,8 Millionen Unterrichtsstunden in den Schulen in Baden-Württemberg aus.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Hausaufgaben machen!)

Für die Ganztagschulen sind Sie unterwegs und suchen Ehrenamtliche, obwohl jeder von uns, der seine Schulen vor Ort kennt, doch weiß, dass das Jugendbegleiterprogramm schon lange zu einem Rohrkrepierer geworden ist.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Es fehlt an Krankheitsvertretungen an unseren Schulen. Sie entziehen dem regulären Unterricht 2 900 Stellen für Leh-

rinnen und Lehrer. Sie schieben die Stellen in allen möglichen Formen hin und her, widmen sie um, und einen Teil davon sperren Sie sogar noch. Ich wage die Prognose: Bis die Sommerpause anfängt, haben Sie locker die 3 000er-Marke überschritten, und das auf dem Rücken unserer Kinder, denen dieser Unterricht fehlt und denen mehr Unterricht zugute kommen müsste.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE)

Sie begehen, Herr Ministerpräsident, in einem zentralen Teil der Landespolitik schlichtweg Betrug an den Wählerinnen und Wählern.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Wie bitte? – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Am 1. Februar 2006 sprach hier im Hause der Ministerpräsident von der Tatsache – da darf ich wiederum zitieren –, „dass wir in der gesamten nächsten Legislaturperiode die Zahl der Lehrerstellen halten wollen und dadurch bei sinkender Schülerzahl der Aufbau von Ganztagsbetreuung auch mit hauptamtlichen Lehrkräften möglich wird“. Das ist die Messlatte, Herr Ministerpräsident. Ihre Zusage, keine Lehrerstellen zu streichen und die Relation der Schülerinnen und Schüler, die auf einen Lehrer kommen, deutlich zu verbessern, ist die Grundlage, auf der Sie von vielen Menschen gewählt worden sind.

(Beifall bei der SPD)

Nun kann man ja sagen: Es ist in diesen Tagen wieder modern geworden, dass es Menschen gibt, die sagen: Man muss ja nicht alles so ernst nehmen, was der Ministerpräsident den ganzen Tag sagt.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Die SPD war für Mehrwertsteuererhöhung!)

Aber, Herr Ministerpräsident, wir sind hier nicht bei einer Bur-schenschaft, sondern wir sind hier im Parlament, und wir wollen ernst nehmen können, was Sie uns hier in Parlamentsreden zusagen

(Zuruf des Abg. Dr. Christoph Palmer CDU)

und was Sie den Bürgerinnen und Bürgern im Land zugesagt haben.

(Beifall bei der SPD)

Wir bieten Ihnen an: Folgen Sie unseren Anträgen. Zeigen Sie, dass es Ihnen ernst ist mit den Kindern und Jugendlichen im Land. Lassen Sie sich beim Wort nehmen. Sie sagen in Ihrer Regierungserklärung selbst – ich zitiere –:

Ich denke an den Bereich „Bildung und Betreuung“. Jeder Euro, der dafür neu benötigt wird, wird an anderer Stelle im Haushalt einzusparen sein.

Wohl wahr! Die Sozialdemokratie hat konkrete Vorschläge vorgelegt. 190 Millionen € wollen wir für Bildung und Betreuung umschichten. Herr Kollege Mappus, natürlich sind wir hier im Gleichklang mit dem, was die Sozialdemokratie im Bund beschließt, weil wir dafür sorgen wollen, dass es

(Ute Vogt)

nachhaltige Kinderbetreuungsangebote in allen Bereichen gibt

(Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es!)

und dass sie auch bei uns im Land massiv ausgebaut werden.

(Beifall bei der SPD)

Aber beim Erziehungsgeld sind Sie einem verkopften Modell aufgesessen. Wir wollen das Erziehungsgeld in seinem Kern erhalten und vor allem eben den Familien zugute kommen lassen, die wenig verdienen. Das Kindergeld bekommen Familien unabhängig von ihrem Einkommen. Da hat man keine Steuermöglichkeit, auch aufgrund der verfassungsrechtlichen Grundlage.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Wenn man das Kindergeld erhöht, muss man den Reichen genauso viel zahlen wie denen mit geringem Einkommen. Deshalb ist das Erziehungsgeld für uns so wichtig, und deshalb haben wir gesagt: das Erziehungsgeld erhalten, aber nicht so, wie Sie das mit Bildungsgutscheinen machen. Glauben Sie, dass Familien, die sich oft nicht einmal richtig um ihre Kinder kümmern, Familien, die soziale Probleme haben, dann die Kraft und das Wissen haben, den Bildungsgutschein zu nehmen und sich irgendwo zu bewerben? Das ist eine theoretisch interessante Ansicht, aber in der Praxis genau für die Familien, die besonders bedürftig sind, mit Sicherheit die falsche Lösung.

(Beifall bei der SPD)

Wir machen Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, Vorschläge, die keine Verschuldung nach sich ziehen. Wir schlagen auch keinen Schuldenfonds vor, den Sie gern „Bildungsfonds“ nennen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Grünen-Fraktion. Denn bei Umsetzung Ihres Vorschlags würden im Grunde 10 000 Lehrerinnen und Lehrer im Vorgriff „verpfändet“. Denn das, was Sie jetzt an Geld herauswirtschaften, ist eine Verschuldung, ist ein Schattenhaushalt. Am Ende werden Sie auch die Zahl der Lehrerinnen und Lehrer ab 2012 drastisch zu reduzieren haben.

Unsere Vorschläge kommen ohne Verschuldung aus. Wir verzichten auf viele unsinnige Aufgaben wie z. B. die Imagekampagne, für die allein 10 Millionen € ausgegeben werden.

(Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Wir wollen eine höhere Ausschüttung durch die LBBW vereinbaren. Wir wollen beispielsweise die Schuldendiensthilfe an den Flughafen Stuttgart streichen. Außerdem – das wurde schon erwähnt – muten wir den Junglehrerinnen und Junglehrern für drei Jahre den Verzicht auf eine Gehaltsstufe zu. Sogar die GEW, die unseren Vorschlag nicht von Anfang an begrüßt hat,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das haben wir auch nicht erwartet!)

hat dieser Tage festgestellt, dass das massive Problem fehlender Stellen schon im kommenden Schuljahr auch auf die Lehrerinnen und Lehrer zukommen wird.

Ich bin mir sicher, dass jemand, der vor dem Einstieg ins Berufsleben steht, auf jeden Fall viel, viel lieber eine Stelle hat, auf der er zunächst nach Besoldungsgruppe A 11 bzw. A 12 bezahlt wird, als keine Stelle zu haben. Das ist im Übrigen ja kein schlechtes Gehalt. Jedenfalls ist es allemal besser, als überhaupt keine Stelle in Aussicht zu haben – so, wie es nach Ihrem Modell der Fall ist.

(Beifall bei der SPD)

Ich finde schon, dass Sie sich einmal überlegen könnten, ob das, was Sie den Referendaren zumuten, besser ist. Ich finde, es ist eine zynische Politik, zu verlangen, dass man durch unbezahlte Mehrarbeit die Streichung der eigenen Stellen ermöglichen muss. Stattdessen schlagen wir vor, dass die Referendare nach Abschluss ihrer Ausbildung doch lieber einen Solidarbeitrag leisten sollen und dadurch ihre Stellen für die Zukunft sichern. Vor allem würden dadurch die Arbeitsbedingungen und die Unterrichtsversorgung massiv verbessert. Das ist das Ziel und ist der richtige Weg für Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sollten heute zeigen, dass wir hier im Parlament nicht nur zur Schau debattieren.

(Zuruf des Abg. Werner Pfisterer CDU)

Schaffen Sie mit Ihrer Zustimmung zu unseren Vorschlägen 800 Stellen mehr für Lehrerinnen und Lehrer! Lassen Sie uns mit der Zustimmung zu unseren Vorschlägen 3 300 zusätzliche Krippenplätze einrichten! Fördern Sie mit uns Schulsozialarbeit, Weiterbildungs- und Ausbildungsverbünde! Haben Sie den Mut, ein Signal eines Parlaments zu setzen, das sein Königsrecht, nämlich den Haushalt zu beschließen, eigenständig wahrnimmt!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen wir uns auch nicht länger von anderen Bundesländern vorführen! Berlin, Hessen, Rheinland-Pfalz, das Saarland und – gestern wurde es dort beschlossen – Niedersachsen haben bereits ein beitragsfreies Kindergartenjahr.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Auf unsere Kosten! Auf Kosten von Baden-Württemberg!)

Wir im „Möchtegern-Kinderland“ sind noch nicht einmal in der Lage, das, was der Ministerpräsident versprochen hat, nämlich eines seiner berühmten Modelle, einzuführen oder das wenigstens zu prüfen. Stimmen Sie unseren Vorschlägen zu, und Sie können auch Ihren eigenen Ideen treu bleiben und ein beitragsfreies Kindergartenjahr verwirklichen!

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, das Kernproblem dieses Haushalts ist, dass er so verzettelt daher kommt wie Ihre gesamte Landespolitik.

(Oh-Rufe von der CDU – Lachen bei Abgeordneten der CDU)

Sie trauen sich nicht, einen klaren inhaltlichen Kurs zu halten. Sie wollen noch nicht einmal bei einem Thema wie dem Rauchverbot tatsächlich Ernst machen.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

(Ute Vogt)

Auch hier mächtig die Appelle, mickrig die Taten. Auch hier wieder nur Beschlüsse, die im Grunde andere betreffen. Kein Rauchverbot im Landtag – ein solches Verbot wurde im Präsidium durch die Regierungskoalition heftig abgewehrt –, aber dafür ein Rauchverbot in den Gefängnissen. Man kann nur hoffen, dass Sie davon niemals betroffen sein werden.

(Heiterkeit bei allen Fraktionen – Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das haben wir selbst in der Hand! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Gott sei Dank rauchen wir nicht!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Ministerpräsident, Sie sparen nicht mit schönen Begriffen und ergänzen gerne zum Beleg Ihrer Tätigkeit das Gesagte mit einem kleinen Modellprojekt. Aber nachhaltige Landespolitik braucht mehr als nur das Umarmen von Interessengruppen. Es reicht nicht aus, von Baustelle zu Baustelle zu springen. Es reicht nicht aus, sich als Mann der Tat zu gerieren, wenn man gar keinen Bauplan vor Augen hat. Was ist der Bauplan Ihrer Politik? Sparen ist unerlässlich. Aber Sparen ist ein Weg und kein politisches Ziel. Was Ihnen fehlt, ist eine Leitidee für diesen Haushalt. Was Ihnen fehlt, ist eine Leitidee für Baden-Württemberg.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Ist die Nullnettoneuverschuldung keine Leitidee?)

Wir bleiben mit unserem Land nur vorne, wenn wir aus guten Ideen hochwertige Produkte machen. Dafür brauchen wir die besten Köpfe in den modernsten Unternehmen. Deshalb ist die Bildung der Standortfaktor Nummer 1 für unser Land, und deshalb ist sie der SPD-Fraktion so wichtig.

(Beifall bei der SPD)

Wir können im Land auf keine Begabung verzichten. Wir dürfen nicht zulassen, dass Begabungen nicht zum Tragen kommen, etwa weil ein Kind sozial vernachlässigt wird, weil ein Jugendlicher in Armut groß werden muss oder weil ein Erwachsener die deutsche Sprache nie erlernt hat.

Nehmen Sie das Beispiel des Landmaschinenherstellers Kverneland in Konstanz. Dort musste eine Beschäftigungsgesellschaft errichtet werden. 60 Arbeiter mussten erst einmal in einen Deutschkurs, weil sie sonst überhaupt nicht mehr zu vermitteln gewesen wären – 60 Menschen, die seit Jahren und zum Teil seit Jahrzehnten bei uns in Baden-Württemberg leben und arbeiten! Das zeigt doch die eigentliche Dimension der Herausforderungen, auch für die Wirtschaftspolitik unseres Landes, dass Bildungschancen soziale und wirtschaftspolitische Aspekte beinhalten und dass diese nur erfüllt werden können, wenn wir den Mut haben, einen Schwerpunkt in unserem Landeshaushalt zu setzen. Die richtigen Angebote für alle Altersgruppen sind nicht nur für die Menschen, sondern auch für die baden-württembergische Wirtschaft überlebenswichtig.

(Beifall bei der SPD)

Nun noch einmal zum Leitbild. Zu einem erfolgreichen Baden-Württemberg gehört eine moderne Infrastruktur. Wir schlagen vor, für Familien mit Kindern und für Menschen, die nicht zur Generation der Erben gehören, mehr Wohnraum zu schaffen.

Die Landesregierung streicht vom Bund Geld für Wohnraumförderung ein. Wir waren froh, dass wir das bei der Föderalismusreform ausgehandelt haben. Wir bekommen nun Jahr für Jahr 16 Millionen € vom Bund überwiesen, um die Wohnungsbauförderung voranzubringen. Anstatt dass Sie dieses Geld nehmen, um den dringend notwendigen Wohnraumbedarf gerade in den größeren Städten des Landes zu decken und damit Familien und Unternehmen zu unterstützen, die für ihre Mitarbeiter Wohnraum suchen, kürzen Sie die Landesmittel um 26 Millionen € pro Jahr. Man lasse sich das einmal auf der Zunge zergehen: Sie bekommen 16 Millionen € und kürzen um 26 Millionen €. Diese Summe draufzulegen wäre der richtige Weg. Es ist schäbig, hier auf Kosten der Familien Einsparungen vorzunehmen, obwohl Sie extra dafür Finanzzuweisungen des Bundes erhalten.

(Beifall bei der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr richtig!)

Ich will ein Letztes ansprechen; das Stichwort wurde schon genannt. Wo ist denn der Beitrag zur Lösung des großen Themas Klimaschutz? Ein Baustein ist das Thema Schienenverkehr. Es wundert mich nicht, Herr Kollege Mappus, dass Sie sich da so ereifern. Wir haben Belastungen im Land, weil wir einen besonders schlechten Vertrag ausgehandelt haben.

(Beifall bei der SPD)

Allerdings nicht wir als Parlament, sondern Sie in Ihrer damaligen Funktion im Verkehrsministerium haben einen Vertrag abgeschlossen, der uns bis 2016 bindet.

(Beifall bei der SPD – Abg. Stefan Mappus CDU: Ja, ja!)

Bei diesem Vertrag zahlen wir über 8 € pro Kilometer an die Bahn. Andere Anbieter – private – erhalten im Durchschnitt einen ganzen Euro weniger.

(Abg. Stefan Mappus CDU: So ein Quatsch! Das stimmt doch gar nicht, was Sie erzählen! Keine Ahnung von diesem Thema! Keine Ahnung haben Sie!)

Das ist das, was Sie natürlich so fuchst. Insofern kann ich es verstehen, dass Sie sich bei diesem Thema ereifern.

(Beifall bei der SPD – Abg. Stefan Mappus CDU: Keine Ahnung haben Sie!)

Aber nachdem Sie sich so gern mit anderen Bundesländern vergleichen, sollten Sie auch einmal berücksichtigen, wie andere Bundesländer mit den Kürzungen des Bundes umgehen. Bei uns werden in den kommenden Jahren 2,1 Millionen Bahnkilometer weniger finanziert. Die Mehrzahl der anderen Bundesländer schafft es hingegen, die Bundeskürzungen zu verarbeiten, ohne einen einzigen Abstrich beim Schienenangebot vorzunehmen. Das wäre etwas, wo Sie hätten Abhilfe schaffen sollen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Klaus Herrmann CDU: Mit mehr Schulden? – Abg. Stefan Mappus CDU: Wollen Sie mehr Schulden?)

– Sie brauchen dazu keine Schulden aufzunehmen.

(Ute Vogt)

(Abg. Stefan Mappus CDU: Sondern?)

Sie können unserem Antrag folgen.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Welchem Antrag?)

Wir haben – der Antrag mit dem Gegenfinanzierungsvorschlag liegt vor – die Möglichkeit, mit den Geldern, die Sie für Stuttgart 21 zurückgestellt haben,

(Abg. Stefan Mappus CDU: Ah! Jetzt kommt das wieder!)

hier in die Finanzierung zu gehen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Stefan Mappus CDU – Gegenruf der Abg. Ursula Haußmann SPD: Wie war das mit den getroffenen Hunden? – Abg. Christine Rudolf SPD: Bullterrier!)

Für dieses Jahr brauchen wir das Geld – da sind wir uns einig – nicht.

(Unruhe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, verabschieden Sie sich von unsinnigen Plänen und Ideen, beispielsweise denen, die Laufzeiten für Kernkraftwerke zu verlängern oder gar, Herr Wirtschaftsminister, neue Kernkraftwerke zu bauen. Ich frage mich schon, wo Sie eigentlich leben. Wo wollen Sie denn das Lager für den Atommüll hinhaben?

(Beifall des Abg. Rainer Stickelberger SPD)

In Ihren Wahlkreis, Herr Wirtschaftsminister, oder zu Ihnen, Herr Ministerpräsident? Überlegen Sie einmal, was Sie kommenden Generationen antun. Machen Sie doch Ernst mit dem Klimaschutz, und geben Sie einmal eine einheitliche Richtung vor. Anscheinend gilt in der CDU, was schon Konrad Adenauer feststellte und Ihnen schon damals sagte: „Wir leben alle unter dem gleichen Himmel, aber wir haben nicht alle den gleichen Horizont.“

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Das ist wohl wahr! – Weitere Zurufe von der CDU – Heiterkeit bei der CDU)

So ist es zu erklären, dass es Umweltministerin Gönner begrüßt und für richtig hält, dass die Europäische Union zum Thema CO₂-Ausstoß eine gesetzliche Regelung vorlegt. Sie sagt ausdrücklich, nur dann, wenn es eine gesetzliche Regelung gebe, passiere auch etwas, während Sie, Herr Ministerpräsident, zur gleichen Zeit eine starre Regelung ablehnen und wieder nur beschwören, dass es einen enormen Nachteil für die Arbeitsplätze gibt, wenn eine solche Regelung kommt. Wann begreifen Sie und wann ergreifen Sie die Chance für unser Land? Mit modernsten Umwelttechnologien, gerade auch im Automobilsektor, könnten wir die Weltmärkte erobern. Ökologisch ausgerichtete Industriepolitik, hier im Landtag bereits vor Jahrzehnten von Erhard Eppler vorgebracht,

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

wird der Standortvorteil der nächsten Jahrzehnte, gerade für unser Hochtechnologieland Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD)

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere geplante Parlamentsreform soll uns helfen, Menschen wieder mehr für Politik zu interessieren. Was könnte dieses Parlament mehr aufwerten, als wenn wir heute zeigen, dass wir nicht nur um Themen ringen und nicht nur Argumente austauschen und nicht nur streiten, sondern dass dieses Parlament auch etwas bewegt?

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Ja, dann stimmen Sie doch dem Haushalt zu! Stimmen Sie uns zu! Uns zustimmen!)

Wir bewegen etwas, weil wir uns selbst bewegen. In diesem Sinne bitte ich Sie: Seien Sie selbstständige Parlamentarier, und lösen Sie sich einmal von den alleinigen Vorgaben der Regierung.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Die sind doch gut, die Vorgaben!)

Deshalb bitte ich Sie um die Unterstützung unserer Anträge. Zeigen Sie, dass Sie in diesem Haus eine eigene Stimme haben.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wie es gute Tradition in diesem Hause ist, möchte ich den Einzelplan 02 – Staatsministerium – zum Anlass nehmen, die Frage zu stellen: Wird dieses Land vom Ministerpräsidenten mutig in die richtige Richtung geführt oder nicht?

(Zurufe von der CDU: Jawohl! – Zuruf von der FDP/DVP: Die Antwort ist: Ja!)

Zweitens: Ist das, was er und die ihn tragenden Fraktionen anlässlich der Haushaltsplanberatungen vorschlagen, den Herausforderungen, vor denen wir stehen, angemessen –

(Zurufe von der CDU und der FDP/DVP: Jawohl! Ja!)

den großen Herausforderungen, was die demografische Entwicklung, die Globalisierung und die Klimaveränderung betrifft?

(Zuruf von den Grünen: Weder, noch! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Auf dem richtigen Gleis!)

Für jeden vernünftigen und logisch denkenden Menschen besteht heute kein Zweifel mehr: Der Klimawandel gehört zu den größten Herausforderungen. Er wird dramatische Folgen für die Ökosysteme, aber auch für die gesamte, weltweite Ökonomie haben. Wir befinden uns in einer Situation, die so dramatisch ist, dass uns in der vergangenen Woche von internationalen Wissenschaftlern gesagt wurde: Es kann nur eine Maxime geben: eine Vollbremsung beim Ausstoß von Treibhausgasen.

(Beifall bei den Grünen)

(Winfried Kretschmann)

Wir leben hier an einem Automobilstandort. Wir wissen, dass der Straßenverkehr zu einem Drittel an den Emissionen von Treibhausgasen beteiligt ist. Das ist heute in jeder Wohnstube angekommen, nur in den Konzernzentralen der Automobilindustrie offensichtlich nicht – ausgerechnet dort nicht.

Die EU mahnt in dieser Situation eine verbindliche Vorgabe von maximal 120 g CO₂-Ausstoß pro Kilometer für 2012 an. Dies wird angemahnt, nachdem die Automobilindustrie ihrer Selbstverpflichtung von 1998, die Emissionen bis 2008 auf 140 g/km zu senken, nicht nachkommen wird. In dieser Situation geht die EU völlig zu Recht auf die Linie der Ordnungspolitik und will nun klare, verbindliche Vorgaben machen, an die sich die Autoindustrie zu halten hat.

Jetzt erinnern wir uns an die Regierungserklärung von Ministerpräsident Oettinger: „Unsere Autos brauchen zu viel Sprit“ – wörtliches Zitat. Was geschieht nun in einer Situation, in der die Botschaft dieses Zitats erstmals die Chance hätte, in die Wirklichkeit umgesetzt zu werden, und in der man eine klare Ansage an die Automobilindustrie machen könnte? Was macht Oettinger? Er macht sich zum banalen Lobbyisten der Konservativsten in der Automobilindustrie.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ein Ministerpräsident, von dem wir nach seiner Regierungserklärung erwartet haben, dass er auf ökologischem Gebiet endlich einmal die Gemeinwohlinteressen dieses Landes wahrnimmt – und die Interessen der gesamten Welt, für die wir eine Vorreiterrolle innehaben –, macht sich zum ganz banalen Lobbyisten der Autoindustrie. Das Erste, was ihm einfällt, ist, mit vollem Karacho gegen diese Anmahnung verbindlicher Vorgaben zu fahren. Sie sind da wirklich – ich muss diese Platitüde leider benutzen – als Tiger gestartet und als Bettvorleger vor der Autoindustrie gelandet,

(Beifall bei den Grünen – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Unruhe)

und das auch noch mit dem Argument, diese Vorschrift würde zu enormen Arbeitsplatzverlusten führen.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Keine Ahnung!)

Das sind wirklich Argumente, die wir Grünen aus den Achtzigerjahren kennen. Ich dachte, das sei nun endlich vorbei. Es ist auch vorbei – nur nicht bei Ministerpräsident Oettinger.

Jetzt lese ich einmal ein Zitat aus der „WirtschaftsWoche“ vor, einem marktradikalen Blatt mit einem neoliberalen Chefredakteur, also nun wirklich einige Lichtjahre von uns entfernt. Ich zitiere aus einer ganz neuen Ausgabe vom 22. Januar 2007:

(Zuruf von der CDU: So etwas lesen Sie?)

200 000 Arbeitsplätze könnten in Deutschland entstehen, wenn die Emissionsgrenzwerte für den Straßenverkehr – wie von der EU angekündigt – verschärft werden. Profitieren würde davon etwa die nächste Generation von sauberen Dieselmotoren mit einem Marktvolumen von 6 Milliarden € in Europa.

Das sagen Leute, für die die Wirtschaft und nicht die Ökologie an erster Stelle steht. Selbst da rennen Sie noch in die entgegengesetzte Richtung und wärmen im 21. Jahrhundert das Märchen wieder auf, dass Umweltvorschriften Arbeitsplätze zerstören. Das ist einfach unglaublich.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

In Wirklichkeit brauchen wir klare, faire Regeln und Vorgaben, mit denen wir unsere Autoindustrie zukunftsfähig machen, damit sie auch in Zukunft noch Autos verkaufen kann. Wenn man einen Blick nach Kalifornien wirft, wo auch jemand aus dem konservativen Lager regiert,

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist aber ein Österreicher!)

dann merkt man, dass einer die Zeichen der Zeit erkannt hat und dort mutig klare Vorgaben macht, um beim Klimawandel auf die Bremse zu treten.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Oi, Schwarzenegger als Vorbild für die Grünen!)

Angesichts der Erderwärmung nicht auf die Bremse zu treten bei der Entwicklung umweltverträglicher Autos, das ist derzeit die Ansage. Da sind Sie schwer eingeknickt, getoppt nur noch von der Bundeskanzlerin, die jetzt – das muss man sich einmal vorstellen – den EU-Ratsvorsitz führt. Sie kündigt härtesten Widerstand gegen diese Regeln an, nachdem sie zuvor gesagt hatte, sie werde unter ihrer Ratspräsidentschaft den Klimaschutz ins Zentrum der EU-Politik führen. Zum Schluss hat sie noch die Zielgruppe der Vollidioten entdeckt und macht die Ansage, man solle bitte nicht immer mit Vollgas fahren – was bekanntlich nur ein Vollidiot macht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Aber beim Beschleunigen soll man Vollgas geben!)

– Das ist Ihre Politik auf dem Gebiet der Ökologie. Angekündigt wird härtester Widerstand gegen europaweite Vorgaben, die wir dringend brauchen, Herr Ministerpräsident, gerade angesichts dessen, was wir von der Automobilindustrie wissen: Kampf gegen die Einführung von bleifreiem Benzin – das liegt schon Jahrzehnte zurück –, gegen die Einführung des Katalysators, gegen die Einführung des Rußfilters, und die Nichteinhaltung der freiwilligen Selbstverpflichtung. Jetzt ertönt nach den angekündigten EU-Vorgaben wieder die immer gleiche Melodie: „Das zerstört Arbeitsplätze, und das können wir nicht packen.“ Das hat die Autoindustrie immer gepackt. Die ganzen Vorschriften haben immer dazu geführt, dass die Autos modernisiert wurden, dass ihre Marktchancen gewachsen sind und dass die Wertschöpfung erhöht worden ist, vor allem in diesem Land.

Das ist die richtige Ansage an die Automobilindustrie. Man darf aber nicht wie Sie, Herr Ministerpräsident, beim ersten Wind, der aufkommt, gleich einknicken.

Außerdem wurde aus Arroganz die Entwicklung von Fahrzeugen mit Hybridantrieb verschlafen. Jetzt erobern die Japaner global Marktsegmente – obwohl wir auf dem US-Markt mit unseren Automobilen ohnehin schon schlecht vertreten sind.

(Winfried Kretschmann)

Natürlich gehört die Bremse zu den wichtigsten Teilen im Auto, aber die Bremse bei der Autopolitik ist das Schlimmste, was es gibt, und auf die sind Sie, Herr Oettinger, leider kräftig getreten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Gerade bei der gegenwärtigen Haushaltslage brauchen wir klare ordnungspolitische Vorgaben. Wir brauchen eine Rückkehr zu einer Politik, die klare, verbindliche und berechenbare Regeln aufstellt, weil nur dies einen fairen Wettbewerb global ermöglicht. Wir erwarten von Ihnen, dass Sie sich an die Spitze dieser Bewegung stellen und nicht hinten im Bremserhäuschen sitzen. Diese Spitzenstellung heißt: Wir brauchen die dritte industrielle Revolution, wenn wir nicht in eine Klimakatastrophe hineinlaufen wollen. Wir brauchen die dritte industrielle Revolution, die den Schwerpunkt darauf legt, Ressourcen und Energie einzusparen und damit die ganze Weltwirtschaft umzuwälzen. Wir haben hier die dazu notwendige Forschungslandschaft, wir haben die Möglichkeiten, dies in unserem Land zu leisten und diese Technologien und Dienstleistungen überallhin zu exportieren, um einen globalen Beitrag für den Klimaschutz zu erbringen und gleichzeitig die Chance zu bekommen, unsere Produkte und Dienstleistungen auf den globalen Märkten unterzubringen und hier gute Jobs für unsere jungen Leute zu schaffen. Das ist die Herausforderung, vor der wir stehen, und der werden Sie nicht gerecht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

„Wenn man schon nichts für ‚gescheite‘ Autos tut, dann muss man wenigstens zusehen, dass möglichst viele wieder auf das Auto umsteigen.“ Das ist ja die Logik bei der Kürzung der Regionalisierungsmittel.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ha noi!)

Nachdem man schon nichts für „gescheite“ Autos tut, streicht man jetzt auch noch drastisch bei den Regionalisierungsmitteln.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Wir streichen nicht bei den Regionalisierungsmitteln! – Abg. Heiderose Berthold FDP/DVP: Wir streichen nicht bei den Regionalisierungsmitteln! Wir kriegen weniger!)

Jetzt sage ich Ihnen einmal, was das bedeutet: Allein die Streichungen bei der Strecke Tübingen–Stuttgart betreffen 1 000 Fahrgäste! Das muss man sich einmal vorstellen! Das ist Ihr Beitrag zum Klimaschutz: wieder Leute dazu zu bringen, aufs Auto umzusteigen. Das kann doch nicht wahr sein!

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Nachdem 15 Millionen € bei Stuttgart 21 frei geworden sind,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

hätten Sie die Möglichkeit gehabt, diese Mittel einzusetzen, um flächendeckende Streichungen von Zugverbindungen zu verhindern.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

1 000 Fahrgäste sind allein von den Streichungen bei der Strecke Tübingen–Stuttgart betroffen. Ich erinnere daran: In ganz Brandenburg sind gerade einmal 2 000 Personen von Streckenstreichungen betroffen. So viele Betroffene gibt es bei uns auf einer einzigen Strecke.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Völlig falsche Richtung!)

Neben der Tatsache, dass die Streichung von Zugverbindungen ökologisch eine Katastrophe ist, führt sie auch dazu, die Staus im mittleren Neckarraum noch länger zu machen und damit noch mehr Hemmnisse für die wirtschaftliche Entwicklung zu erzeugen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Das ist die Industriepolitik, die ihr macht. Das kann doch nicht wahr sein! Ich appelliere noch einmal an alle Kolleginnen und Kollegen von der CDU, die diese Maßnahmen vor Ort ja genauso kritisieren wie wir,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja!)

hier noch einmal einen Schritt zu tun und wenigstens diesen Unfug zu beseitigen. Da brauchen Sie nur einmal Ihre Landräte zu fragen, was sie davon halten. Das kann doch wohl nicht wahr sein!

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Herr Oettinger, Sie sind ja in Ihrer Regierungserklärung noch viel weiter gegangen. Sie haben gefragt – ich darf zitieren –:

Wo sind die Grenzen des Wachstums? ... Welchen Konsum können wir uns noch leisten?

Ich vermisste die Antworten auf die von Ihnen selbst gestellten Fragen. Ich kann Ihnen einmal eine Antwort auf die Frage geben, wo die Grenzen des Wachstums und des Konsums sind: bei der Billigfliegerei. Es kann doch nicht sein, dass wir angesichts der Klimakatastrophe aus unserem Haushalt auch noch Strukturen subventionieren, die das Billigfliegen noch befördern, das ja jetzt schon schlimm genug ist.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Es gibt keine Flugbenzinsteuern, keine Mehrwertsteuer auf internationale Flüge. Das Flugzeug wird also gegenüber den anderen Verkehrsträgern eh schon privilegiert.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Haben Sie es geschafft, während Rot-Grün im Bund an der Regierung war? – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: Darüber redet er doch gar nicht!)

Dann subventionieren wir über den Landeshaushalt auch noch Regionalflughäfen, die sich ganz auf die Billigfliegerei kaprizieren. Außerdem lassen Sie noch die Frage der zweiten Start- und Landebahn am Echterdinger Flughafen offen,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

(Winfried Kretschmann)

obwohl eine zweite Start- und Landebahn dort ökonomisch unsinnig wäre,

(Abg. Stefan Mappus CDU: Das ist nicht wahr! Das stimmt nicht!)

allenfalls eine Kapazitätserweiterung um 30 % bringen könnte und aus gar keinen anderen Gründen gebaut würde, als den vermuteten Aufwuchs bei den Billigfliegern aufzunehmen. Genau dieser Konsum kann so nicht weitergehen. Es darf nicht sein, dass wir die Billigfliegerei auch noch subventionieren und damit Wertschöpfung ins Ausland transportieren.

Auch diese Frage kann ich Ihnen also beantworten. Wenn Sie selbst bessere Antworten auf die Frage haben, welchen Konsum wir uns in Zukunft nicht mehr leisten können, dann bin ich sehr gespannt darauf.

Jetzt kommen wir zur Ökologie bei den Finanzen. Auch bei den Finanzen gilt: Nachhaltigkeit,

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

in langen Horizonten denken, aber sofort handeln. Wir haben die Pensionslasten ins Zentrum unserer Haushaltspolitik gestellt. Warum? Weil jeder weiß: Wenn wir die Pensionslasten nicht in den Griff bekommen, dann werden sie die Handlungsspielräume, die schon heute viel zu eng sind, vollends erdrücken.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Die Pensionszahlungen steigen von heute 3 Milliarden € auf 8 Milliarden € im Jahre 2030! Das ist dann ein Viertel des Haushaltsvolumens. Jeder weiß, dass das jeden Handlungsspielraum zunichte machen würde. Wir müssten dann fast ein Viertel der Steuereinnahmen für Pensionszahlungen verbrauchen. In einer solchen Situation ist es angesagt, auch da zu bremsen, indem wir jetzt und nicht erst dann, wenn es zu spät ist, die Bremse einlegen, um den Anteil der Pensionen am Steueraufkommen wenigstens bei 13 %, wie wir ihn heute haben, stabil zu halten. Das ist ein Gebot der Generationengerechtigkeit, Herr Kollege Mappus, ein Gebot der praktischen Vernunft und ein Gebot des Selbstinteresses der Politik, weil wir sonst nicht mehr handeln und gestalten können.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Stefan Mappus CDU: Was ist Ihr Vorschlag?)

Wir haben dazu klare und gerechte Vorschläge gemacht. Wir senken bzw. streichen die Sonderzahlungen der Pensionäre, und wir streichen – außer beim einfachen Dienst – ihre 20 Prozentpunkte ausmachenden „Sonderleistungen“ bei den Beihilfesätzen, wo sie derzeit 70 % bekommen, die Rentner aber nur 50 %. Das machen wir, um den Kernbestand der Pensionen zu erhalten, aber gleichzeitig die Pensionslawine zu stoppen und die Pensionen auf dem heutigen Niveau zu halten.

Die Planungen für einen Zeitraum von zwei bis fünf Jahren bilden den demografischen Wandel nicht ab. Es nützt gar nichts, wenn wir durch manchmal nicht ganz ehrliche Maßnahmen die Neuverschuldung bis 2011 auf netto null bekommen und es danach wieder mit dem Schuldenmachen anfängt. Deswegen geht es nicht um Versorgungsrücklagen für Pensionen, solange wir verschuldet sind. Die beste Versorgungsrücklage bei Pensionen heißt, z. B. im Lehrerbereich keine Beamten mehr einzustellen. Das ist die richtige Vorsorge.

rücklage bei Pensionen heißt, z. B. im Lehrerbereich keine Beamten mehr einzustellen. Das ist die richtige Vorsorge.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Ziel ist es, die Handlungsfähigkeit in den Kernbereichen von Bildung zu erreichen. Das können wir nur, wenn wir bei den Pensionen einen Stopp einlegen. Ich glaube, dass unser Vorschlag sehr gerecht und sozial verträglich ist.

Zum Kernbereich Bildung haben wir jetzt zwei dramatische Nachrichten von der Bertelsmann-Stiftung: Wir liegen beim Anteil der Studierenden unter dem Bundesdurchschnitt, und wir liegen bei dem Anteil des Bruttoinlandsprodukts, den wir in die Bildung stecken, auch schon unter dem Bundesdurchschnitt. Das sollte Sie eigentlich alarmieren, Herr Ministerpräsident. Deswegen haben wir den Bildungspakt vorgelegt, der eine Qualitätsoffensive in den Bereichen Schule, Hochschule und Kleinkindbetreuung ermöglicht. Auch da vermisste ich Ihr kraftvolles Handeln, ein Handeln, bei dem man sich nicht auf den Lorbeeren ausruht und die Spitzenstellung von früher herunterbetet. Das ist das Gefährlichste, was man machen kann, Herr Mappus. Sie müssen in die Zukunft schauen.

(Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Jedem ist klar: Wenn wir diese Qualitätsoffensive starten, brauchen wir dazu jetzt – jetzt! – mehr Personal, Frau Vogt. Das können wir aus den Rückgängen bezahlen, die sich aus der demografischen Entwicklung ergeben. Das ist eine höchst seriöse Art zu sparen,

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Sie müssen erst einmal die Schulden bezahlen! – Zurufe der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP und Theresia Bauer GRÜNE)

nämlich nicht dort zu sparen, wo die Quellen des Reichtums der Zukunft liegen.

(Beifall bei den Grünen)

Jeder Jahrgang, der heute die Schulen verlässt, ist entscheidend. Jeder Jahrgang! Es setzt ein Facharbeitermangel ein, und wir haben zu wenig Studierende. Wir müssen jetzt sofort das Personal bereitstellen.

Es sind erkleckliche Mittel, die wir dazu brauchen. Diese Ansätze haben wir daher in einer seriösen Weise umgestaltet.

Ich fasse noch einmal zusammen. Ich habe drei Kernbereiche genannt: die ökologische Modernisierung, die Haushaltssanierung und die Bildungsoffensive. Eine intelligente Sparpolitik heißt, in den Kernaufgaben, die das Land hat – und dazu gehört nun einmal die Bildung –, handlungsfähig zu bleiben, zu investieren, indem wir woanders harte Einschnitte machen, indem wir in der Landesverwaltung Personal einsparen

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Zehn neue Richterstellen haben Sie beantragt! Von wegen Personalabbau! Zehn neue Richterstellen! Das war alles!)

und indem wir die ökologische Krise ernst nehmen und ihr mit ordnungspolitischen Instrumenten begegnen. Das ist ein klares Konzept.

(Winfried Kretschmann)

Wir waren mutig, und wir haben uns damit auch Kritik eingehandelt. Aber ich finde, es gibt zu diesem Konzept keine Alternative. Wir werden mit ihm weiter versuchen, jedenfalls so gut wir es können, Sie vor uns herzutreiben, damit Sie den Tatsachen ins Auge schauen und eine Politik machen, die den Herausforderungen entspricht und die sich nicht gleich flachlegt, wenn ihr einmal ein erster Windstoß um die Ohren pfeift.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Noll.

Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren heute den Haushaltsplan des Staatsministeriums. Das sind – so möchte ich es einmal formulieren – die Mittel für den, der Mannschaftsführer in einer Mannschaft ist, die sich aus den beiden Koalitionsfraktionen, dem Kabinett, dem Finanzminister und an der Spitze natürlich dem Ministerpräsidenten zusammensetzt. Wie man aufgrund der sportlichen Erfolge der vergangenen Wochen – und übrigens natürlich auch des vergangenen Sommers – weiß, ist, wenn der Geist in der Mannschaft stimmt, der Erfolg schon halb garantiert.

(Zuruf des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE)

Wenn sich der Mannschaftsführer auf seine Mannschaft verlassen kann, dann, glaube ich, können wir – zumal wenn wir andere Koalitionen anschauen, bei denen, wie gerade etwa in Berlin, wichtige Mannschaftsspieler ausscheiden – hier geradezu von einem Ort der Harmonie sprechen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Mich macht optimistisch, dass der vorgelegte Haushalt vom Mannschaftsführer und von seinem Finanzminister eben nicht unter Missachtung der berechtigten Interessen aller Beteiligten aufgestellt wurde, sondern, Frau Vogt, sehr wohl unter strikter Einbindung selbstbewusster Parlamentarier erstellt worden ist. Eben das zeichnet diesen Mannschaftsführer aus, dass er den Stil der dialogorientierten Vorgehensweise nicht nur als Motto auf den Lippen trägt, sondern ihn wirklich tagtäglich praktiziert.

Gerade wir von der FDP/DVP sind sehr froh, dass wir gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen von der CDU in unserem Ministerpräsidenten den Symbolträger haben, der ein klares Ziel in Sachen Nachhaltigkeit verfolgt. Das bedeutet, dass man sich nicht ausschließlich – aber natürlich auch – auf die Ökologie konzentriert, sondern auch die Frage stellt: Welche Welt wollen wir unseren Kindern und Enkeln in ökologischer, in wirtschaftlicher wie auch in gesellschaftlicher Hinsicht hinterlassen?

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Da ist für uns dort, wo wir tatsächlich originär zuständig sind, dieser Entwurf des Doppelhaushalts ein klares Bekenntnis dazu, dass wir gemeinsam ein grundsätzliches Ziel verfolgen wollen. Wir führen damit den Praxistest durch und beweisen,

dass wir nicht nur in Sonntagsreden von Generationengerechtigkeit sprechen, sondern sie wirklich konkret bei Haushaltsaufstellungen berücksichtigen.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Verehrter Kollege Kretschmann, Sie haben da mit Ihrem sogenannten Bildungsfonds ein in negativer Hinsicht herausragendes Beispiel geboten; das ist hier schon vom Kollegen Schmid gesagt worden. Sie wollen jetzt aktuell nämlich mehr Personalstellen – übrigens zusätzlich zu dem, was wir ohnehin geplant haben – für den Hochschulbereich vorsehen und planen hierfür eine Vorfinanzierung, die bis zum Jahr 2017 wieder getilgt werden soll. Das mag ja gut klingen und einem guten Zweck dienen; seriös ist das nicht, denn es ist im Grunde genommen nichts anderes als eine Anleihe auf die Zukunft und bedeutet damit Schulden.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: So ist es!)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, auch bei diesen Haushaltsberatungen sind strukturelle Maßnahmen beschlossen worden, die über diesen Doppelhaushalt hinaus wirken werden. Das betrifft gerade Bereiche wie Personal und die Frage des Umgangs mit den Kommunen. Ich glaube, auch da ist offenkundig geworden, dass genau dieser dialogorientierte Stil mit dem Schwerpunkt auf fairem Interessenausgleich zu großen Erfolgen geführt hat.

Ich möchte als ersten Bereich die Beziehungen zwischen dem Land und den kommunalen Landesverbänden und an zweiter Stelle die Beziehungen zwischen dem Land und den Berufsverbänden sowie den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes nennen. Jede Vereinbarung und jede Verständigung erfordern es, die berechtigten Interessen beider Seiten fair zu berücksichtigen. Auch hier muss ich Sie fragen, lieber Herr Kretschmann: Halten Sie es tatsächlich für fair, dass man die Belastungen des Haushalts durch steigende Pensionsverpflichtungen, die nicht die jetzigen Pensionäre zu verantworten haben, sondern die zugegebenermaßen durch politische Versäumnisse im Bereich der Vorsorge hervorgerufen worden sind, ausnahmslos von denen tragen lässt, die jetzt nicht mehr reagieren können, die im Vertrauen auf die Versorgungszusagen ihren Dienst für dieses Land geleistet haben, und dass man die Auszahlungen an sie mit einem Federstrich – ich möchte es einmal platt sagen – „rasiert“?

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Das halten wir nicht für einen verlässlichen Umgang mit unseren Bediensteten und auch nicht mit denen, die ihren Dienst für das Land geleistet haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Sie wissen, dass die Frage, wie wir die Personalausgaben mit den Möglichkeiten des Landeshaushalts in Einklang bringen, eine der wichtigsten Fragen ist. Die Antwort wird ein Mix aus mehreren Komponenten sein müssen. Der Stellenabbau wird am Anfang stehen müssen. Wir nehmen ihn vor, aber nicht ausschließlich dadurch, dass wir einfach Stellen streichen, sondern auch dadurch, dass wir uns als Staat bei der Aufga-

(Dr. Ulrich Noll)

benwahrnehmung beschränken, Aufgaben zurückfahren und damit weniger Personal vorhalten müssen.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Wo? Wo fahren Sie Aufgaben zurück?)

Wir brauchen als Zweites eine zurückhaltende Gehaltsentwicklung und Maßnahmen, die sich – fair verteilt – auf Aktive und Pensionäre auswirken werden. Das haben wir bei dem Thema Sonderzahlungen, denke ich – Sie haben ja die Beteiligten gehört –, in fairer Weise hinbekommen. Auch dafür sage ich allen Beteiligten herzlichen Dank.

Ich weiß, dass gerade auch die Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst inzwischen wissen, dass wir künftig mit weniger Personal auskommen müssen. Aber wenn sie ständig zu Sonderopfern herangezogen werden sollen, wie Sie das vorschlagen, dann haben wir auch Verständnis dafür, dass sie dies so nicht weiter ertragen wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und des Abg. Helmut Walter Rück CDU)

Dieser faire Dialog wird übrigens auch für die in diesem Zusammenhang enorm wichtige, aufgrund der Föderalismusreform möglich gemachte Dienstrechtsreform gelten, die ansteht. Auch da wollen wir uns in einem fairen Ausgleich mit den Beteiligten auseinandersetzen. Wir wollen dabei selbstverständlich die Frage ansprechen, wie wir einen motivierten öffentlichen Dienst erhalten, wie wir die Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieses Landes erhalten. Das heißt, aus dieser Dienstrechtsreform muss sich selbstverständlich auch eine angemessene, stärker leistungsorientierte Bezahlung ableiten. Aber eines wissen wir auch: Im Wesentlichen gibt es wenig Spielräume an Ressourcen, um Zusätzliches zu leisten. Vielmehr werden wir das im Wesentlichen haushaltsneutral umsetzen müssen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit dem Haushaltsstrukturgesetz verankern wir in der Landeshaushaltsordnung – und das ist, denke ich, von Ihnen, der Opposition, bisher viel zu wenig gewürdigt worden – ein Verbot der Neuverschuldung. Der Wechsel besteht darin, dass das, was bisher die Regel war, nämlich dass man sich bis zur Höhe der Summe der Ausgaben für Investitionen und der investitionsfördernden Ausgaben verschulden darf, in der Landeshaushaltsordnung jetzt nur noch als Ausnahme vorgesehen ist, die nur bei gravierenden Störungen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts Anwendung finden darf. Das ist ein erster und wichtiger Schritt zu einer von uns gewollten Selbstbindung bei unseren Entscheidungen, wenn es um haushaltswirksame Maßnahmen geht. Aber das kann und wird nicht der letzte Schritt sein. Wir stehen dazu: Die Verankerung eines Verbots der Neuverschuldung in der Landesverfassung wird noch in dieser Legislaturperiode umgesetzt. Ich wünsche mir übrigens, dass das dann auch an anderen Orten Nachahmer findet.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Denn was nützt es, wenn wir die Musterknaben sind – wir sind das nun einmal in vielen Bereichen, liebe Frau Vogt –, wenn wir uns mit aller Kraft für die Haushaltskonsolidierung einsetzen, und andere, so sage ich einmal, ihr „Luderleben“ ungeniert weiterspielen? Da haben Sie ja tolle Beispiele ge-

bracht, Frau Vogt. Wenn Sie uns hier Berlin als Beispiel für eine solide Haushaltspolitik und für eine gute Kinderbetreuung darstellen,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Echte Musterknaben!)

dann grenzt das schon eher an eine Büttenrede als an eine seriöse Haushaltsrede.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Michael Föll CDU – Abg. Ute Vogt SPD: Es waren auch Niedersachsen und Hessen dabei!)

Wir sind uns alle darin einig, dass die Föderalismusreform I ein wichtiger und richtiger Schritt war, auch wenn nicht alles optimal gelaufen ist. Umso mehr sind wir froh, dass es jetzt gelungen ist, die Föderalismusreform II anzustoßen. Ein schönes Beispiel dafür, dass wenigstens an manchen Stellen über alle Fraktionsgrenzen hinweg Einigkeit besteht, ist doch der gemeinsame Antrag, der zeigt, dass wir bereit sind, dem Ministerpräsidenten für die Zeit seines Kovorsitzes in der Föderalismusreform-II-Kommission die notwendigen finanziellen Ressourcen und auch Arbeitskapazitäten zur Verfügung zu stellen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wenn er mit den Rechten dann auch ordentlich in diesem Land umgeht und endlich einmal etwas auf den Weg bringt, wären wir ja schon froh!)

Ich bin der Meinung, dass wir bei dieser Föderalismusdiskussion in der Tat darauf achten müssen – ich glaube, das weiß der Ministerpräsident –, dass nicht Egoismen einzelner Länder, scheinbare Vorteile einzelner Länder im Vordergrund stehen dürfen, sondern dass im wohlverstandenen Interesse auch der sogenannten Nehmerländer neue Mechanismen der Schuldenbegrenzung bzw. Schuldentilgung vorgesehen werden müssen. Wenn es gelingen könnte, alle bei diesem Schritt mitzunehmen, und wenn nicht Einzelegoismen verfolgt werden, dann, glaube ich, hat der Ministerpräsident eine große Chance, auch z. B. in das Thema Länderneugliederung neue Impulse einzubringen. Hierfür verdient er unsere Unterstützung.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, bei dem vorliegenden Haushalt handelt es sich wirklich um einen Sparhaushalt. Die Dimension dessen, was wir eingespart haben, ist mehrfach genannt worden. Wir werden im Verlauf der Einzelplanberatungen sicherlich zu einzelnen Positionen noch einmal Stellung nehmen können. Aber wir sparen mit dem Haushalt nicht nur, wir setzen auch Schwerpunkte, und zwar genau in Sachen Generationengerechtigkeit und damit Nachhaltigkeit,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wo denn? Nennen Sie doch einmal ein paar Beispiele!)

z. B. – jetzt bekommen Sie Beispiele für nachhaltiges Haushalten – gerade bei dem von Ihnen angesprochenen und so wichtigen Thema Ökologie. Ich glaube, es ist ganz offenkundig geworden, dass wir, wie der Kollege Mappus schon angedeutet hat – immer natürlich auch unter Berücksichtigung wirtschaftlicher Auswirkungen –, nicht nur davon reden, dass

(Dr. Ulrich Noll)

wir Klimaschutz betreiben müssen, sondern ganz konkret Maßnahmen dazu ergreifen.

Ich möchte ein praktisches Beispiel für das nennen, was im Wirtschaftsministerium angedacht ist bzw. was ihm durch das, was die beiden Fraktionen an zusätzlichen Mitteln für die Förderung regenerativer Energien zur Verfügung gestellt haben, ermöglicht wird. Da geht es darum, durch Kompetenzzentren für das Handwerk, und zwar sowohl für die Auszubildenden als auch für die Teilnehmer an Weiterbildungsmaßnahmen, Möglichkeiten zu schaffen, direkt mit neuen Technologien, mit Innovationen zu arbeiten und damit schon in der Ausbildung und dann auch in der Weiterbildung in Kontakt zu kommen. Wer die Markteinführung solcher neuen Technologien will, muss erst einmal den, der sie möglicherweise anbietet, nämlich etwa den Handwerker, der Kunden berät, welche Heizung sie einbauen sollen, welche Möglichkeiten sie nutzen können, in die Lage versetzen, damit umzugehen. Sie sehen: Damit haben wir mit vergleichsweise wenig Geld erreicht, dass wir einerseits etwas für den Mittelstand, für das Handwerk tun und andererseits etwas für den Klimaschutz tun, weil wir damit insbesondere im Bereich der Wärmegewinnung neue Einsparpotenziale mobilisieren können.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Dasselbe gilt übrigens für das von Ihnen angesprochene Landeswohnraumförderungsprogramm. Auch damit ist – im Gegensatz zu dem, was Sie dargestellt haben – wirklich ein Mehrfaches an Synergien verbunden, weil erstmalig auch der Erwerb von Gebrauchtimmobilien in Ortskernen förderfähig wird. Das war früher nicht der Fall. Das bedeutet, Flächen zu sparen. Gleichzeitig schlägt sich die Möglichkeit für Familien, zu wachsen, in der Förderung positiv nieder. Das sind ganz konkrete Maßnahmen.

Trotzdem will ich mich um eine Aussage nicht drücken: Wir wissen, dass wir die Energieträger, die CO₂-Belastung verursachen, im Energiemix auf Dauer zurückfahren müssen. Wir wollen und werden auch die Nutzung der Atomkraft zurückfahren, allerdings in einem realistischen zeitlichen Ablauf

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Der Wirtschaftsminister will ja neue Kernkraftwerke bauen!)

– ich komme ja schon dazu, lieber Herr Kretschmann –, in einem realistischen Szenario. Das bedeutet, dass wir nicht unvernünftigerweise vorzeitig absolut sichere Kraftwerke stilllegen und damit Kapitalvernichtung betreiben, sondern wirklich den Vorschlag aufgreifen, mit den Energieversorgern einen Pakt zu schließen, wonach sie Gewinne, die aus der Verlängerung der Laufzeiten entstehen, tatsächlich zur verstärkten Förderung regenerativer Energien einsetzen.

Von Neubau redet überhaupt niemand.

(Zurufe von der SPD)

Vielmehr reden wir davon, dass wir technische und wissenschaftliche Optionen offenhalten müssen – gerade auch in Baden-Württemberg und gerade, wenn der Horizont unter dem Aspekt Klimawandel weltweit wird. Sie nehmen doch sicherlich alle wahr, dass auch an dieser Stelle offenbar ein neues Denken einsetzt. Denn wir wissen, dass der Ersatz durch Kohle und durch Gas, bei dem wir sehr von Importen abhängig

sind, auf Dauer mit Sicherheit nicht das Gelbe vom Ei sein kann.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Vielmehr müssen wir uns Optionen offenhalten.

Lassen Sie mich zum dritten, wichtigsten Teil einer nachhaltigen Politik, für die wir als Land zuständig sind, zum Bereich Bildung, Erziehung, Betreuung, Forschung und Wissenschaft, kommen. Auch da kann dieser Haushalt wirklich Schwerpunkte setzen. Der Solidarpakt mit den Hochschulen ist wieder erneuert worden. Wir haben Wort gehalten, dass Studiengebühren nicht dazu genutzt werden, den Einsatz von Landesmitteln zu reduzieren, sondern dass sie den Studierenden im Bereich der Lehre zusätzlich zugute kommen. Die Studierenden sind an diesem Prozess beteiligt. – Übrigens zeigt auch die Beteiligung an den von manchen von Ihnen unterstützten Boykottaufrufen, dass diese schlicht und einfach ins Leere laufen.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Ich glaube, dass viele Studierende erkannt haben, dass es in ihrem eigenen Interesse ist, wenn wir die Mittel, die die Hochschule braucht, ein Stück weit auch über eine eigenverantwortliche Mitfinanzierung einsetzen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Die letzte Bemerkung bezieht sich auf das Thema „Kinderland“. Der Schlüssel für unsere gesellschaftlichen Entwicklungen liegt in der Tat bei den Familien. Jetzt entdeckt man bei den Grünen plötzlich die Familie. Die eine Seite sieht sie immer noch als Hort der Repression. Die andere Seite aber sagt: „Wir müssen doch einmal darüber nachdenken, ob wir Familie bisher falsch gesehen haben.“ Dann ist das Nachdenken sehr zu begrüßen.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Auf beiden Seiten!)

Für uns jedenfalls ist „Kinderland Baden-Württemberg“ kein Etikett, das keine Inhalte hat. Vielmehr können wir nachweisen, dass wir in den vergangenen Jahren für eine verstärkte Kinderbetreuung gesorgt haben. Das gilt insbesondere für die Bereiche, in denen wir zugegebenermaßen Defizite hatten, nämlich bei der Betreuung von Kindern unter drei Jahren. Die Zahlen sind nachvollziehbar. Ursprünglich waren es knapp 4 Millionen €, und jetzt landen wir bei 16,8 Millionen €. Das kann – das war ja unser Anliegen – selbstverständlich auch durch Umschichtungen aus bisherigen, traditionellen Programmen geleistet werden, ohne dass zusätzliche Schulden gemacht werden müssen. Das ist, glaube ich, völlig offenkundig.

Damit bin ich beim Thema Landeserziehungsgeld. Liebe Frau Vogt, Sie wissen aber schon, dass kein einziges SPD-geführtes Land – manche hatten es nie, andere haben es zurückgenommen – ein klassisches Landeserziehungsgeld hatte.

(Zuruf der Abg. Katrin Altpeter SPD)

(Dr. Ulrich Noll)

Ich bin nach wie vor der Meinung: Es ist eigentlich Aufgabe des Bundes, die Familien finanziell so auszustatten, dass das Existenzminimum für sie und ihre Kinder gesichert ist. Da ist Frau von der Leyen Gott sei Dank dabei. Ich lobe sie sehr dafür, dass sie sagt: „Wir müssen einmal schauen, ob wir die vielen Einzelleistungen nicht ein bisschen stärker bündeln können.“ Das hilft uns jetzt jedoch noch nichts. Gegenwärtig haben wir die Situation, dass wir Mittel, die für das Landeserziehungsgeld bestimmt waren, umschichten.

(Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Es war nie davon die Rede, wir wollten den Familien Geld wegnehmen. Das haben Sie ja immer wieder zu suggerieren versucht. Wir wollen die Mittel künftig vielmehr zielgenauer einsetzen und die Förderung auf einem anderen Niveau fortführen, da dies das Bundeselterngeld nun erfordert. Das ist völlig in Ordnung. Das, was aus den bisherigen Mitteln darüber hinaus zur Verfügung steht, wird ganz gezielt für den Ausbau der Betreuung von Kindern unter drei Jahren, für neue Modelle in der Tagespflege und zum Dritten für Maßnahmen zur Stärkung der Erziehungsfähigkeit der Familien eingesetzt.

Ich glaube, man sollte nicht versuchen, das jetzt irgendwie abzutun. Wir sind ja alle immer geneigt, wenn wieder ein schreckliches Beispiel von Kindesmisshandlung oder Kindes-tötung durch die Presse geht, aufzuschreien. Gott sei Dank haben wir in Baden-Württemberg nicht die ganz extremen Situationen und Problemfälle erlebt. Trotzdem wissen wir aus Untersuchungen, die das Sozialministerium vorgelegt hat, dass für Kinder gerade das erste Lebensjahr das gefährlichste Jahr bezüglich Verwahrlosung bis hin zu körperlich-seelischen Schäden ist.

Deswegen glaube ich, dass die Idee dazu, wie wir diesen Familien, wenn sie denn in Problemsituationen sind, helfen wollen, richtig ist. Das sind nicht immer nur die angeblich sozial Schwachen. Jeder weiß, was es manchmal auch für Belastungen bedeutet, wenn ein Kind in die Familie kommt. Natürlich freut sich die Familie, aber es gibt eben auch Schwierigkeiten bei der Umstellung. Wir wollen versuchen, in Zukunft Familien in Problemsituationen besser zu erreichen.

Da halte ich die Idee, mit Gutscheinen zu arbeiten, vom Prinzip her für richtig. Es wird allerdings nicht ausreichen, einfach jeder Familie, die ein Neugeborenes hat, einen Gutschein zuzusenden. Das wissen wir. Da predigen wir dann denen, die sowieso in der Kirche sind.

(Abg. Ute Vogt SPD: Ja!)

Aber – darauf möchte ich Ihr Augenmerk richten, und das soll auch mein Abschluss sein – wir haben in Baden-Württemberg – das ist übrigens vom Bund mit angestoßen worden – schon Modellprogramme wie „Guter Start ins Kinderleben“. Dabei geht es darum, vorhandene Strukturen – wir haben doch alles, wir haben Jugendämter, Kinderärzte, Hebammen und ehrenamtlich Engagierte – stärker zusammenzubringen, nicht um Familien zu diskriminieren, sondern um zu identifizieren, wo Problemsituationen möglicherweise noch in einem sehr frühen Stadium angegangen werden könnten.

Ich wünsche mir sehr, dass wir gemeinsam mit Fachleuten überlegen, wie wir die Mittel, die wir aus der Umschichtung des Landeserziehungsgelds zur Verfügung haben werden, verwenden könnten – vielleicht tatsächlich mit Gutscheinen – und wie wir die Menschen, die die Gutscheine ja auch nützen sollen, tatsächlich erreichen.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU)

Ich bin fest davon überzeugt: Da müssen wir von einer Kom-
struktur – nach dem Motto: Kommt zu uns! – zu einer Geh-
struktur kommen.

Ich darf ganz zum Schluss noch zu einem Thema kommen, bei dem es mich gewundert hat, Frau Vogt, dass Sie das dem Ministerpräsidenten andienen, nämlich das Thema Inkompatibilität. Das liegt wirklich in der eigenen Verantwortung der Parlamentarier. Da ist der Ministerpräsident Teil einer der Mannschaften hier im Parlament,

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Das ging nicht an den Ministerpräsidenten! Das ging an die Abgeordneten der CDU! Zuhören, Herr Noll!)

und er hat – wie ich gehört habe – erfreulicherweise den Fraktionsvorsitzenden und die Mehrheit der CDU-Fraktion bei ihrem Beschluss zur Inkompatibilität unterstützt.

Sie alle wissen, dass wir an dieser Stelle der gleichen Meinung sind und waren wie Sie und die Grünen. Jetzt muss man auch einmal eines sehen. Wir sollten uns – das glaube ich schon – jetzt als Parlament wirklich der Chance nicht verschließen, über alle vier Fraktionen hinweg eine Parlamentsreform hinzubekommen, die diesen Namen auch verdient.

(Abg. Reinhold Gall SPD: An uns soll es nicht liegen! – Zuruf von der SPD: Wem sagen Sie das? – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das ist so!)

Es ist wie immer im Leben und in der Politik ganz besonders: Da hat eine Seite jetzt einen großen Schritt getan. Dem einen oder anderen mag er nicht groß genug sein. Aber von vornherein die Tür zuzuschlagen, das empfehle ich Ihnen und uns nicht.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Haben wir auch nicht gemacht!)

Lasst uns deswegen gemeinsam konstruktiv versuchen, anhand dessen, was jetzt auf dem Tisch liegt, zu entscheiden, wie wir künftig – auch im Hinblick auf die Föderalismusreform, auf neue Kompetenzen, auf eine neue Arbeit des Landtags – eine vernünftige Lösung hinkommen können.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich dem Herrn Ministerpräsidenten.

Ministerpräsident Günther Oettinger: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Eingangs sage ich dem Finanzausschuss Dank für eine intensive sachbezogene Beratung, insbesondere dem umsichtigen Vorsitzenden, dem Kollegen Rust, sowie den für die Berichterstattung bei der Beratung des Einzelplans 02 verantwortlichen Kollegen Dr. Schmid, Groh und Föll. Ich finde, dass der Fachausschuss seine Arbeit sachbezogen, mit Fleiß und Kompetenz geleistet hat, sodass wir heute auf die Zielgerade für einen Doppelhaushalt einbiegen, der durchaus eine historische Bedeutung für Baden-Württemberg bekommen soll.

Ich danke den Mitarbeitern der Landtagsverwaltung, der Landesverwaltung und des Finanzministeriums. Ich danke dem Kollegen Strathaus für die Vorarbeiten. Ich danke den führenden Köpfen in der Regierungskoalition, dem Kollegen Dr. Goll, dem Kollegen Mappus, dem Kollegen Dr. Noll, und unserer Strukturkommission für die Vorarbeiten.

Meines Erachtens passt dieser Haushalt in dieses Land und in unsere Zeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich habe der Kollegin Vogt sowie den Kollegen Mappus, Kretschmann und Dr. Noll aufmerksam zugehört. Es gab zum einen von der Regierungskoalition Zustimmung zu einem gemeinsam erarbeiteten Haushaltsentwurf und zum anderen von Rot und Grün eigentlich überschaubare Kritik. Wenn ich einmal schaue, wo die Angriffswellen und Angriffsthemen der Oppositionsfractionen sind, dann, stelle ich fest, kann ich damit leben. Dass sie zu vielem gar nichts sagen, zeigt mir, dass es keine Alternative zu unserem Haushalt und zu unserer Politik gibt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Sehr gut! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Sie müssen halt ordentlich zuhören!)

Wir haben in den Jahren der wirtschaftlichen Stagnation und Rezession 2003 und 2004 jeweils über 2 Milliarden € neue Schulden gemacht. Von da kommen wir. Wir machen in diesem Jahr seriös gerechnet nur noch 1 Milliarde € neue Schulden, also nicht einmal die Hälfte dessen, was wir vor drei Jahren an Schulden aufgenommen haben. Im nächsten Jahr machen wir noch eine dreiviertel Milliarde € neue Schulden. Das heißt, der Kurs stimmt.

Diesen Kurs setzen wir unbedingt fort. An dem Ziel, in Baden-Württemberg zeitgerecht, nämlich 2011, einen Haushalt und danach dauerhaft weitere Haushalte ohne Neuverschuldung aufzustellen, halten wir unbedingt fest. Ich bin dankbar dafür, dass es hierfür hier im Parlament – ich danke ausdrücklich der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP –, aber auch weit darüber hinaus in der Bevölkerung eine breite Unterstützung gibt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Bayern, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern haben dieses Ziel schon erreicht, und wir wollen folgen. Lieber Kollege Kretschmann, Sie vermuten ja selbst schon, dass dieses Ziel für uns erreichbar sein wird. Deswegen sagen Sie: 2011 abgehakt. Ich sage Ihnen: Wenn wir das Ziel erreicht haben, schreiben wir es dauerhaft in unsere Landesverfassung. Un-

ser Ziel ist nicht nur eine Punktlandung für ein Jahr, sondern unser Ziel ist eine dauerhafte Finanzierung unserer Aufgaben in Baden-Württemberg durch Einnahmen und ohne neue Schulden. Dies wird das Ziel der Regierungskoalition von CDU und FDP/DVP sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Dabei gehen wir vorsichtig an die jetzt zu treffenden Entscheidungen für die beiden Jahre 2007 und 2008 heran. Wir haben die Steuerschätzung vom November 2006 unterstellt. Sie geht für dieses Jahr von 1,4 % Wirtschaftswachstum aus. Wir trauen uns in Baden-Württemberg und auch der Wirtschaft in Deutschland schon jetzt absehbar mehr als 1,4 % Wachstum zu. Das heißt, ich baue darauf, dass der Haushalt in den Jahren 2007 und 2008 im Vollzug Rücklagen und Reserven bringt, damit der weitere Weg der nächsten Jahre leichter wird, als derzeit absehbar ist.

Wir wollen schon in der ersten Kabinettsitzung nach Verabschiedung dieses Haushalts für einen restriktiven Haushaltsvollzug Beschlüsse fassen. Das heißt, nicht jeder Euro, den uns der Landtag für Ausgaben oder Programme oder Investitionen bewilligt, muss auch gleich 1 : 1 umgesetzt werden. Ich will alles dafür tun, dass durch restriktive Maßnahmen im laufenden Vollzug Rücklagen gebildet werden können, damit in den Jahren 2007 und 2008 ein positiver Rechnungsabschluss möglich wird, der den weiteren Weg Baden-Württembergs erleichtern wird.

Bei der Debatte heute Vormittag kam mir eines zu kurz: Das Jahr 2006 war weit besser, als zum Jahresbeginn vorhersehbar gewesen war, und zwar allgemein in Deutschland und im Besonderen in Baden-Württemberg. Im letzten Jahr haben wir erstmals wieder ein Wirtschaftswachstum erreicht, das den Möglichkeiten unserer Arbeitnehmer, unserer Unternehmer und unserer Politik gerecht geworden ist.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Aber nicht wegen der Landesregierung!)

Das Wachstum betrug in Deutschland 2,5 %, Frau Haußmann. Die 2,5 % wurden nicht wegen uns erreicht. Im Vergleich dazu: In Japan waren es nur 2,1 %, in der Europäischen Union 2,8 %, in den USA 3,3 %. Aber Baden-Württemberg hatte ein Wachstum von 3,5 %. Wenn Baden-Württemberg im Jahr 2006 im Vergleich zu ganz Deutschland um einen Prozentpunkt stärker gewachsen und das auch schon im Jahr 2005 der Fall gewesen war, dann muss es neben einer allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung und neben allgemeinen Reformen durch die Politik besondere Faktoren des Südwestens, Baden-Württembergs, geben. Ich behaupte schon: Wenn die Wirtschaft im zweiten und dritten Jahr nacheinander deutlich mehr brummt und der Arbeitsmarkt immer noch besser wird, als es im Bundesvergleich der Fall ist, dann kann unsere Politik nicht ganz so falsch sein. Ich setze auf einen Sondereffekt Baden-Württemberg, der uns auch in Zukunft hilft, unsere Aufgaben zu erfüllen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Thomas Blenke und Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehr gut!)

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

Frau Kollegin Vogt sagte: Mit Landespolitik hat das Erreichen unseres Ziels nichts zu tun. Sie sagt, die Konjunktur sei angesprungen – stimmt –, sie sagt, Schröder sei verantwortlich für den Landeshaushalt von Baden-Württemberg – stimmt nur eingeschränkt.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Zum Glück! – Abg. Ute Vogt SPD: Sagt Herr Würth!)

– Sie macht sich das Zitat des Herrn Würth zu eigen und hat im Grunde genommen Schröder für unseren Haushalt in Verantwortung gebracht.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Er hat wenigstens mitgeholfen!)

Damit das klar ist: Nicht alles, was in der zweiten Regierung Schröder getan wurde, war falsch. Bei Schröder gab es ein Problem: Er hat vier Jahre verpennt.

Mit Lafontaine am Start, hat er vier Jahre lang das Gegenteil dessen gemacht, was notwendig gewesen wäre. Deutschland hat die erste Hälfte des Jahrzehnts verschlafen, weil die Reformarbeit der Regierung Schröder zu spät kam. Was danach richtig war, haben wir im Bundesrat mitgetragen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das war im letzten Jahrhundert! – Unruhe bei der SPD)

Die Landesregierung von Baden-Württemberg hat im Bundesrat keine von Rot-Grün eingeleitete richtige Reform blockiert.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Aber jetzt zu der Frage, ob die Haushaltssituation wirklich nur der bundesweiten Konjunktur und der Reformarbeit Schröders zu verdanken ist. Ich meine: Nein.

Wir haben zum Beispiel die Sonderzahlungen für aktive Beamte und Pensionäre deutlich gekürzt. Das macht allein im Jahr 2008 eine Einsparung von 123 Millionen € aus. Ohne unser Haushaltsstrukturgesetz hätten wir Personalausgaben, die um 123 Millionen € höher lägen, als sie im nächsten Jahr ausfallen.

Zweitens haben wir, obwohl es in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen war, die Zuschüsse an die Verkehrsverbünde nicht erhöht. Wir sparen damit in jedem Jahr 15 Millionen € ein.

Drittens haben wir Lehrerstellen nicht besetzt; wir haben sie aber nicht gestrichen. Damit sparen wir in diesem Jahr 26 Millionen €, im nächsten Jahr 42 Millionen € bei den Personalausgaben ein.

Wir haben – Sie haben es erwähnt – im Wohnungsbau um 27 Millionen € bzw. um 26 Millionen € gekürzt.

Liebe Frau Vogt, Sie kritisieren Kürzungen, die unsere Handschrift tragen und von uns verantwortet werden. Wenn Sie dies tun, dürfen Sie aber nicht davon sprechen, dass wir nichts tun würden. Dann lassen Sie uns mit Ihrer Kritik besser in Ruhe. Nur eines davon kann richtig sein.

(Zurufe der Abg. Carla Bregenzer und Dr. Nils Schmid SPD)

Wenn Sie sagen, wir täten gar nichts, aber andererseits von uns vorgenommene Kürzungen kritisieren, muss etwas davon falsch sein. Wir bekennen uns zu den Kürzungen, weil sie notwendig sind. Deswegen trägt der Haushalt unsere Handschrift. Die Landespolitik sorgt dafür, dass die Nullneuerschuldung in Baden-Württemberg langsam erreichbar wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir haben lange verhandelt und faire Verträge erzielt. Bei den Kommunen wird in beiden Jahren im Finanzbereich um 412 Millionen € gekürzt.

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Das soll fair sein?)

Dies ist ein fairer Abschluss. Er hilft dem Landeshaushalt und schafft auf kommunaler Ebene Planungssicherheit.

(Unruhe bei der SPD)

Sie werden es im Dezember und im Januar vielleicht bemerkt haben: Selten waren die Haushaltsreden von Bürgermeistern, Landräten und Kämmerern dem Land gegenüber so maßvoll und positiv. Dies mag Ihnen nicht passen. Mir ist es wichtig, dass die Kürzungen auf kommunaler Ebene mit den Kommunen vereinbart sind, damit beide Partner ohne Schulden in die Zukunft gehen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Außerdem haben wir, was für die Haushaltsstruktur enorm wichtig werden wird, trotz der jährlich um 3 % steigenden Steuereinnahmen, die wir unterstellen, viele Programme gedeckelt. Indem Beträge eingefroren werden, entsteht bei den Ausgaben eine Entwicklung, die sich gegenüber den Einnahmen positiv abhebt. Die Mehreinnahmen sind 1 : 1 verfügbar, um bei uns eine geringere Verschuldung zu erreichen.

Im Sport, bei den Kirchen und bei der Kunst haben wir Solidarpakte. Damit haben wir Planungssicherheit geschaffen. Ein Kahlschlag findet also nicht statt. Die Mittel werden garantiert. Eine Steigerung findet nicht statt. Dadurch kann jeder Euro an Steuermehreinnahmen einen Euro weniger an notwendiger Schuldenaufnahme bedeuten.

Wir haben viele Programme pauschal um 5 %, einige um 10 % gekürzt. Von daher würde ich behaupten, dass es in der Tat drei Faktoren sind, die dazu beitragen, dass die Haushaltspolitik in Baden-Württemberg erfolgreich sein wird:

Zum einen ist dies die gute Konjunktur, die Lage der Wirtschaft – die in Baden-Württemberg, wie ich glaube, in diesem und im nächsten Jahr gut bleiben wird. Bei der Wirtschaftsförderung werden wir alles tun, was notwendig ist; beim Thema Fahrzeugbau komme ich nachher darauf zurück.

Zum Zweiten ist es die höhere Mehrwertsteuer, zu der sich die CDU in Baden-Württemberg bekennt. Jeder Euro an Mehreinnahmen findet sein Abbild in weniger Schulden.

Zum Dritten haben wir im Land Maßnahmen ergriffen: Zuwendungen – aber kein Kahlschlag –, Kürzungen, Deckelungen, Planungssicherheit.

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

Das ist die Politik der Landesregierung von Baden-Württemberg. Sie wird von CDU und FDP/DVP hier im Parlament mitgetragen. Ich glaube, dass diese Politik zum Erfolg führen wird. Wir sind für den Haushalt voll verantwortlich. Nicht allein von Berlin, sondern auch von Stuttgart gehen die maßgeblichen Weichenstellungen für die Nullneuerschuldung in den nächsten Jahren aus.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ein Schwerpunkt für das „Kinderland“ Baden-Württemberg wird das Thema Kleinstkinderbetreuung sein. Natürlich wäre es auch mir recht, wenn wir noch mehr Geld hätten. Aber im Rahmen dessen, dass man ein „Kinderland“ nicht auf Schulden gründen darf und dass unsere Kinder nicht etwas finanzieren sollen, indem sie es später zurückzahlen müssen, investieren wir plangemäß in den Ausbau von Bildung, Betreuung und Erziehung im „Kinderland“ Baden-Württemberg. Gehen Sie davon aus, dass dies ein unbedingter Schwerpunkt unserer Politik bleiben wird.

Die Kinderkrippen, getragen von Kommunen, von freien Trägern, generell die Kindertagespflege für Kinder im Alter von einem Jahr bis drei Jahren: Noch im Jahr 2004 waren dafür im Haushalt 6,8 Millionen € vorgesehen und wurden auch zur Förderung verwandt. 6,8 Millionen € – gerade einmal drei Jahre zurück! In diesem Jahr geben wir 15,4 Millionen € dafür aus. Im nächsten Jahr werden es 18,8 Millionen € sein, und zu den 18,8 Millionen € kommen mindestens weitere 8 Millionen € hinzu, indem wir das Landeserziehungsgeld weiterentwickeln, auf drei Säulen setzen.

Eine Säule wird die Verstärkung der Förderung der Kinderkrippen mit annähernd 27 Millionen € in Baden-Württemberg sein. Ich meine, das ist ein stolzer, fairer Betrag für die Träger vor Ort. Damit zeigen wir, dass das Land in einem Bereich, der für uns nur eine freiwillige Aufgabe und keine gesetzliche, keine Pflichtaufgabe ist, trotzdem alles tut, damit die Träger vor Ort diese Aufgabe entsprechend dem steigenden Bedarf bei unseren Familien leisten können. Die Kinderkrippen werden ein Schwerpunkt der nächsten Jahre sein. Daraus entsteht „Kinderland“ in jeder Generation.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Die Folge ist: Haben wir Ende des letzten Jahres 9 000 Plätze für diese Altersgruppe gehabt, steigt die Zahl auf 15 000 Ende 2008. Damit werden wir noch nicht dort sein, wo wir hinmüssen. Ich gehe von weiteren drei bis vier Schritten, von weiteren Steigerungsbeträgen in den Jahren bis 2012 aus. Dann wollen wir das Ziel erreicht haben, dass für jedes Kleinstkind bei Bedarf die entsprechenden Plätze ortsnahe bestehen und die Kommunen und freien Träger für uns Partner bei der Erledigung dieser Aufgabe sind.

Zum Landeserziehungsgeld generell: Was haben wir vor? Wir haben zum Jahresende die alte Richtlinie gekappt. Das heißt, für ab dem 1. Januar 2007 geborene Kinder erhalten Eltern nicht mehr im dritten Lebensjahr des Kindes das bisher gewohnte Erziehungsgeld, nachdem sie zwei Jahre beim Bundeserziehungsgeld angesiedelt gewesen sind. In den nächsten Wochen haben wir die abschließenden Beratungen vor uns. Wir haben überhaupt keinen Zeitdruck, und das Konzept steht in der Regierungskoalition weitgehend. Wir setzen mit erheb-

lichen Mitteln ein soziales Programm, ein Familienprogramm für die finanziell Schwächsten in Baden-Württemberg fort. Wir wollen nach dem Elterngeld für das zweite Lebensjahr des Kindes für zehn Monate einen nennenswerten Beitrag leisten, damit die Schwächsten in unserer Gesellschaft – Familien, Alleinerziehende mit Kind – nicht allein auf die Bundessozialleistungen angewiesen sind, sondern ihnen für die Lebenshaltung und die Erziehung hier in Baden-Württemberg ein ergänzender Solidarbeitrag zur Verfügung gestellt wird.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP)

Übrigens: Neben den mindestens 8 Millionen € für die Aufstockung bei den Kinderkrippen, der Kleinstkinderbetreuung, neben der Neugestaltung und Fortführung unseres sozialen Programms für Vermögens- und Einkommensschwache in Baden-Württemberg bauen wir die Elternbildung aus. Viele Väter und Mütter bereiten sich gründlich auf Vater- und Mutterschaft vor, werden der Verantwortung, der Aufgabe und den Pflichten gerecht. Viele andere dagegen sind von Vater- und Mutterschaft überrascht und überfordert und werden den Aufgaben nicht gerecht.

(Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

Deswegen glauben wir, dass Elternbildung, dass die Vorbereitung auf Vater- und Mutterschaft eine verstärkte Aufgabe der Öffentlichkeit, der Weiterbildung werden soll. Wir haben hervorragende Träger in Baden-Württemberg. Für Familienbildung gibt es gute Angebote bei den Kirchen, beim Kinderschutzbund, bei den Volkshochschulen und bei anderen Trägern. Diese zu unterstützen und mehr Väter und Mütter an die Angebote heranzuführen und sie ihnen bewusst zu machen, wird mit einem Gutscheinsystem und mit unserem Elternbildungsprogramm möglich sein. Wir wollen dafür Mittel in der Größenordnung von mindestens 4 Millionen € ausgeben. Wir glauben, dass damit der Verantwortung von allen Vätern und Müttern in Baden-Württemberg noch mehr als bisher die Grundlage gegeben werden kann.

Auf diesen drei Säulen bauen wir unsere Familienpolitik der nächsten Jahre, die baden-württembergische Prägung hat, auf. Wir werden in der Koalition in wenigen Wochen so weit sein.

Wenn von Ihnen, verehrte Frau Kollegin Vogt, von Wahlbetrug gesprochen wird – Sie erwähnten dies im Zusammenhang mit Lehrerstellen und der Unterrichtsversorgung –, dann möchte ich feststellen: Zwischen Februar 2006 und heute gab es eine neue Schülerzahlenprognose, deren Ergebnis vorher nicht absehbar war.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Die sind aber doch längst geboren worden! – Abg. Reinhold Gall SPD: Die sind doch schon alle in der Schule! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Sind die zwischenzeitlich gestorben?)

– Dass diese Kinder geboren sind, wissen Sie und ich. Aber welche Schulart sie wählen, wissen Sie und ich nicht.

(Abg. Ute Vogt SPD: Aber an allen Schulen braucht man Lehrer!)

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

Wie viele Jahre sie in der Schule sind, wissen Sie und ich nicht. Auch war nicht absehbar, ob man irgendwo Klassen zusammenlegt.

Deswegen nochmals: Das Statistische Landesamt Baden-Württemberg hat im Juli letzten Jahres neue Schülerzahlen vorgelegt, und nur darauf haben wir reagiert.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Da hatten Sie aber bisher miserable Statistiken! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Das ist eine schwache Ausrede! Gab's da den plötzlichen Kindstod?)

Dass wir über 500 Stellen nicht besetzen, hat nur mit der geringeren Kinderzahl an den Schulen Baden-Württembergs zu tun. Wir haben alles, was zugesagt worden ist, eingehalten. Keine Stelle wird gestrichen. Die Schüler-Lehrer-Relation Baden-Württembergs bleibt im Ländervergleich auf dem ersten Platz.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! Völlig richtig! – Abg. Reinhold Gall SPD: Aber nicht beim Unterricht!)

Sie haben die Kürzung bei den Regionalisierungsmitteln kritisiert. Die Kürzung um 15 Millionen € ist in der Tat schmerzhaft. Wir haben uns diese Gesamtentscheidung nicht leicht gemacht. Aber klar muss sein: 15 Millionen € sind viel, aber was in Baden-Württemberg in diesem Bereich insgesamt ausgegeben wird, ist eine deutlich höhere Summe. Die Gesamtmittel für die Regionalisierung in Baden-Württemberg machen 715 Millionen € aus; 15 Millionen € sind gerade einmal 2 % davon. Für den ÖPNV in Baden-Württemberg geben wir insgesamt 1,1 Milliarden € aus; 15 Millionen € sind gerade einmal 1,5 % davon. Bauen Sie also bitte keinen Popanz auf.

Eines muss klar sein: Wenn man einen Haushalt sanieren will, wenn man Kürzungen, die der Bund bei den Zuweisungen an das Land vornimmt, nicht durch Schulden ausgleichen will, dann kommt man um vor Ort spürbare Maßnahmen nicht herum. Dass die Haushaltssanierung vor Ort auch wehtun kann, wussten wir. Dazu bekennen wir uns. Dies wird auch in Zukunft eine zumutbare Politik Baden-Württembergs sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Norbert Zeller SPD – Abg. Alfred Winkler SPD: Ein zumutbarer Popanz!)

Sie haben vorgeschlagen, Finanzbeiträge, die für Stuttgart 21 noch nicht notwendig sind, für die Regionalisierung einzusetzen.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Gute Idee!)

Meine Frage ist: Wie machen wir es im nächsten Jahr

(Abg. Stefan Mappus CDU: So ist es!)

und im übernächsten Jahr?

(Abg. Stefan Mappus CDU: Genau!)

Ihr Finanzierungsvorschlag, diese 15 Millionen € umzuwidmen, hilft genau ein Jahr. Das ist eine Eintagsfliege. Dieser

Vorschlag hat mit Nachhaltigkeit und Seriosität gar nichts zu tun.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Wenn der Bund die uns zur Verfügung stehenden Mittel auf Dauer – zumindest bis 2009 – um 80 Millionen € kürzt und erst danach die Mittel wieder etwas dynamischer vergibt,

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Aber 2009 steigt es wieder!)

dann kommt man um Kürzungen vor Ort nicht herum. Wir haben diese Kürzungen maßvoll umgesetzt, haben keinen Euro durch neue Schulden gegenfinanziert. Wir werden mit Sicherheit weiter auf hohem Niveau auch im Nahverkehr Dienstleister sein und haben parallel keine Belastung für die Folgejahre, weil dies nicht die richtige Haushaltspolitik wäre.

Die Kritik an der Imagekampagne kommt bei jeder Haushaltsberatung. Ein Dauerbrenner, Glückwunsch!

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ja und? – Abg. Carla Bregenzer SPD: Die wird von Mal zu Mal überflüssiger! – Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

Wir geben für unsere Landeswerbung pro Jahr 4,6 Millionen € aus. Was damit gemacht wird, kann ich Ihnen konkret aufzeigen: Beispielsweise werden für die „Arena of Pop“ in Mannheim Mittel ausgegeben. Wenn der Kollege Mentrup bereit ist, in Mannheim hinzustehen und die Entscheidung zu vertreten, dass für die „Arena of Pop“ nicht mehr 200 000 € zur Verfügung gestellt werden, dann werde ich mir darüber Gedanken machen. Aber ich halte die „Arena of Pop“ für richtig. Sie wird aus Mitteln der Kampagne finanziert.

Für die Heimattage Baden-Württemberg – im letzten Jahr in Wertheim ein großer Erfolg – werden 270 000 € aus diesem Titel zur Verfügung gestellt. Auch halte ich Empfänge aus Anlass der Turn-WM und aus Anlass der Rad-WM für notwendig.

Das heißt, wenn die in dem entsprechenden Titel veranschlagten Mittel von 4,6 Millionen € gestrichen würden, hätte man gar nicht 4,6 Millionen € eingespart; denn man bräuchte für die genannten Veranstaltungen Mittel aus anderen Titelgruppen.

Wir haben hier sinnvolle, notwendige Maßnahmen der Repräsentation und für Events verbunden mit dem Image Baden-Württembergs. Niemand bestreitet, dass die Kampagne die beste aller Länder ist. Im Grunde genommen sollten wir sie verstärken. Dies trauen wir uns in diesem Haushalt aber nicht zu. Wir setzen sie genau dort, wo sie ist, richtig und pffiffig fort. Diese Mittel zu streichen wäre deswegen grottenfalsch.

(Beifall bei der CDU)

Der Schwerpunkt der Reden des Kollegen Kretschmann und auch der Kollegin Vogt betraf das Thema Autoindustrie.

(Abg. Ute Vogt SPD: Klimaschutz!)

Damit es klar ist: Autoindustrie und die Frage, ob man sich zum Lobbyisten macht – so wurde es gesagt –, hat sehr stark

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

mit dem Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg, mit Wirtschaftsförderung zu tun.

(Abg. Gundolf Fleischer CDU: So ist es!)

Ich bin kein Autofetischist und kein Autolobbyist. Ich weiß nur eines: Ohne erfolgreichen innovativen Fahrzeugbau, gerade auch von Premiumfahrzeugen, stünde Baden-Württemberg nicht dort, wo es steht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: „Innovativ“ wäre das Stichwort!)

Wir haben in Baden-Württemberg unter anderem deswegen großen wirtschaftlichen und sozialen Erfolg, weil wir weltweit Kernland des Fahrzeugbaus sind.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Beispiel dafür sind Gaggenau, Rastatt – auch Wörth gehört praktisch zu Baden-Württemberg –, Mannheim, Stuttgart, Sindelfingen, Neckarsulm, Ulm, der Bodenseeraum, die Zulieferindustrie. Deswegen sollten wir vorurteilsfrei die Frage prüfen, was dem Fahrzeugbau in Baden-Württemberg wann zumutbar ist. Wir sollten alles tun, damit die Umwelt nicht zu kurz kommt, aber gleichzeitig nichts tun, was dem Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg dauerhaft Schaden zufügen kann.

(Beifall bei der CDU – Abg. Carla Bregenzer SPD: Die Japaner in technischer Hinsicht an uns vorbeiziehen lassen! – Abg. Christine Rudolf SPD: Ihre Vorstellungen sind das Letzte!)

Die Autoindustrie wird verkörpert durch Herrn Zetsche, Herrn Winterkorn, Herrn Wiedeking, Herrn Gottschalk und andere. Aber in Wahrheit geht es nicht primär um Vorstände. In Wahrheit geht es um Zehntausende von Ingenieuren, von Entwicklern, von Forschern, um Hunderttausende von Technikern, von Facharbeitern, von Planern, von Arbeitnehmern.

Wenn der IG-Metall-Chef Peters, liebe Frau Vogt, der eher Ihnen nahesteht

(Abg. Ute Vogt SPD: Nein, nicht mehr! – Heiterkeit)

als mir, wenn jedenfalls die Industriegewerkschaft Metall mit ihrem Vorsitzenden und auch mit ihrem Herrn Huber, dem zweiten Mann,

(Abg. Ute Vogt SPD: Der ist klasse!)

eindeutig die Position von Frau Merkel stützt, dann sollten Sie prüfen, ob Sie noch die Partei der Arbeitnehmer sind. Ich glaube, Sie sind es schon längst nicht mehr.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Carla Bregenzer SPD: Das ist nicht die Frage!)

Ich mache mir die Position von Günter Verheugen zu eigen, ein Sozialdemokrat, ein EU-Kommissar, der von Ihrer Regierung in Brüssel vorgeschlagen worden ist. Günter Verheugen ist dort geblieben, weil wir ihm vertrauen, aber gekommen ist er während Ihrer Regierungszeit. Und Günter Verheugen schlug genau vor 14 Tagen Alarm, weil ein Kommissar aus

Griechenland, einem Land, in dem der Fahrzeugbau keine besondere Bedeutung hat, im Grunde genommen etwas vorgeschlagen hat,

(Abg. Ute Vogt SPD: Gott sei Dank!)

was Industriepolitik zulasten Baden-Württembergs und Deutschlands ist. Dies zu verhindern ist nicht nur mein Recht, sondern meine Amtspflicht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Carla Bregenzer SPD: So kommen wir nie vorwärts!)

Der griechische EU-Kommissar Dimas wollte eine starre Regelung, nämlich 120 g CO₂ pro Kilometer, egal ob Smart oder R-Klasse, egal ob Zweisitzer oder Siebensitzer. Dies kann doch keine intelligente Politik Europas für Umwelt und Klima sein.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Sie reden gegen Ihre eigene Linie! Das ist alles machbar!)

– Frau Rudolf, ich tue das ungern, aber ich bezweifle schon etwas Ihren Sachverstand. Ich plädiere dafür, dass ein integrierter Ansatz, der alles einbezieht – den Fahrzeugbau, die Reifenindustrie, den Straßenbau und anderes und eine Vorgabe, die auch einhaltbar ist –, die Linie sein muss. 120 g CO₂ pro Kilometer bis zum Jahr 2012 ist weder in Neckarsulm noch in Stuttgart, noch in Sindelfingen, noch in Rastatt erreichbar.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: In der Zeit sind die Japaner weiter! Und Sie ruhen sich aus!)

Wir sägen den Ast, auf dem wir sitzen, doch nicht ab. So blöd mögen Sie sein, wir sind es nicht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Der Gesamtbetriebsratsvorsitzende von Daimler-Chrysler, Herr Klemm, IG-Metall-Chef Peters, aber auch Müntefering und andere teilen diese Auffassung. Frau Merkel wird von der Großen Koalition getragen. In Berlin gibt es dazu keinen Streit. Sogar Gabriel hat es eingesehen. Die Große Koalition verfolgt in Brüssel eine Linie aus einem Guss – im Interesse der Standorte in Deutschland.

Zur Stunde berät die Kommission. Meine Prognose: Es wird heute Nachmittag genau so ausgehen, wie es für Baden-Württemberg richtig und wichtig ist. Es wird zu Vorgaben kommen, die einhaltbar sind, zu einem integrierten Gesamtansatz und damit zu Chancen für innovative Autopolitik und damit nicht zu starren Vorgaben, die nicht einhaltbar wären.

Ich bin dankbar, dass Günter Verheugen sich dafür eingesetzt hat. Frau Dr. Merkel verdient unsere Unterstützung, weil es um Arbeitsplätze und Umweltschutz gleichermaßen geht und es nicht sein kann, dass mit der Umweltkeule gegen den Standort Deutschland agiert wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wenn man vom Klimaschutz spricht, dann gehört auch das Thema Kernenergie dazu.

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wenn der mit seiner Umweltministerin so umgeht, dann hat er einfach ein Ministerinnenproblem! – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Wissen Sie: Sie tun so, als wäre es nur das Auto, das für die CO₂-Belastung verantwortlich ist. Ich bin dankbar dafür, dass die Fraktionen der CDU und der FDP/DVP das Thema Hausbrand, die Emissionen durch Haushalte und den Neubau von Häusern in Baden-Württemberg als einen Schwerpunkt sehen. Denn jeder, zuallererst der Verbraucher – also wir – ist zunächst einmal selbst für die Verringerung der Emissionen verantwortlich.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: So ist es!)

Ich glaube, dass man das Thema Kernenergie schon noch einmal im Lichte der Umweltpolitik ganz neu beleuchten muss.

Ich biete Ihnen eine Wette an, Frau Vogt: Ich möchte wetten, dass die SPD in Deutschland spätestens nach der nächsten Bundestagswahl die Kurve kriegen wird, weil es keinen Sinn macht, Kernkraftwerke in Deutschland abzuschalten, während die Welt um uns herum neue Kernkraftwerke baut, und weil bei uns mit Kohle und Gas und Verstromung im Hinblick auf den Klimaschutz das Gegenteil dessen eintreten würde, was das Klima auch in Deutschland braucht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Mit diesem Haushalt sind wir im Plan, sowohl was die Senkung der neuen Schuldenaufnahme angeht als auch was die Schwerpunkte unserer Politik in Baden-Württemberg betrifft. Dabei sehe ich fünf Markenzeichen:

Unser erstes Markenzeichen ist die Förderung der Wirtschaft und des Arbeitsmarkts, damit Baden-Württemberg auch in Zukunft für Jung und Alt die besten Chancen, Arbeit zu bekommen, bieten kann.

Zweitens: „Kinderland“ Baden-Württemberg, von der Kleinstkinderbetreuung über die Ganztagschulen bis hin zu den besten Hochschulen und Berufsschulen und zur besten Ausbildung.

Drittens betrifft das die große Herausforderung der Verkehrsinfrastruktur. Ich bin dankbar, dass in Berlin für die Realisierung von Stuttgart 21 eine Große Koalition der Parteien, der Wirtschaft und vieler Menschen in der Öffentlichkeit mithilft, dass im März oder April der Durchbruch kommen kann.

Viertens geht es um eine Politik auch der ökologischen Nachhaltigkeit und fünftens um die Sanierung des Landeshaushalts, die unserer Generation gelingen muss und auch gelingen wird.

Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Peter Straub: Nach § 82 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung erteile ich der Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Frau Abg. Vogt, das Wort.

Abg. Ute Vogt SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrter Herr Ministerpräsident! Ich teile Ihre Eingangsanalyse nicht. Dieser Haushalt passt nicht in unsere Zeit, und er passt auch nicht wirklich zu unserem durchaus vorwärtsgewandten Land,

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Er passt nicht zur SPD!)

zu einem Land, in dem mutige Menschen wohnen. Es ist ein Haushalt, der zu Ihrer Regierung und zu Ihrem Regierungsstil passt.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Und damit zum Land!)

Sie haben ja in Ihren Darlegungen selbst bewiesen, dass Sie auf Zuwächse bauen, die von woanders kommen. Sie haben der Hoffnung Ausdruck gegeben, dass möglicherweise weitere konjunkturelle Zuwächse ins Haus stehen. Das wäre uns allen recht, und wir alle wären froh, wenn wir wieder mehr Geld zur Verfügung hätten, auch um möglicherweise mehr Schulden zurückzuzahlen.

Aber Sie haben selbst aufgelistet, wo Sie Einsparungen vornehmen. Bei all diesen Einsparungen ging es, mit Ausnahme der Personalbereiche, um einmalige Einsparungen.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das stimmt doch nicht!)

Da ist doch der Vorwurf zu erheben, dass Sie mit diesem Haushalt nicht darangehen, in vielen Bereichen auch die Struktur zu hinterfragen. Damit meine ich nicht nur die Ministerien, die ich vorhin zitiert habe; dazu haben Sie wiederum nicht Stellung genommen.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Kürzungen bei Beamten!)

Vielmehr meine ich, dass Sie Ihre Worte selbst ernst nehmen sollten. Ich habe mir noch einmal das entsprechende Kapitel aus Ihrer Haushaltsrede herausgesucht. Es stand gleich am Beginn der zweiten Seite. Da haben Sie selbst zu Recht die Frage gestellt:

Brauchen wir wirklich in allen Ressorts eine Abteilung I heutigen Zuschnitts? Die ressortübergreifende Bündelung von Sachverstand wäre hier ein neuer Weg. Wir sollten untersuchen, ob die Querschnittsaufgaben der Ministerien des Landes ... zusammengefasst ... werden können.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Wir denken zuerst, bevor wir handeln!)

Das war doch Ihre Frage. Aber Sie haben sie nicht beantwortet, weil Sie sich in Ihrem Haushalt nicht an die Strukturen herantrauen.

(Beifall bei der SPD)

Ich will Ihnen ein zweites Beispiel nennen, ebenfalls gemessen an Ihrem eigenen Maßstab. Sie haben deutlich gemacht und wiederum gefragt – ich zitiere –:

Ich will ganz konkret die Frage stellen, wie viele Ebenen für die Überprüfung von Behördenentscheidungen wir uns eigentlich leisten können. Ist es tatsächlich nötig, dass

(Ute Vogt)

nahezu jede Behördenentscheidung zunächst im Widerspruchsverfahren ein zweites Mal aufgerollt werden kann?

Ich bin sicher, es geht hier nicht um die Frage des Rechtswegs. So viel Rechtskenntnis haben Sie ja auch, dass Sie wissen, dass man den Rechtsweg nicht beschneiden kann.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Also!)

Vielmehr geht es Ihnen auch bei dieser Frage zu Recht um die Überlegung: Ist der Aufbau im Land mit den Landkreisen und den vier überflüssigen Regierungspräsidien noch zeitgemäß? Hier hätten wir den Mut erwartet, dass Sie in die Strukturen gehen, anstatt einmalige Einsparungen vorzunehmen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Thomas Blenke CDU:
Das haben Sie aber völlig falsch verstanden!)

Nun komme ich zu Ihrem Angebot für eine Wette. Ich bin gern bereit, mich darauf einzulassen. Ich habe mich über ein solches Angebot gefreut, weil Sie dadurch zumindest auch zum Ausdruck bringen, dass Sie davon ausgehen, dass die Sozialdemokratische Partei auch nach der nächsten Bundestagswahl im Bund weiter Regierungsverantwortung tragen wird.

(Beifall des Abg. Stephan Braun SPD)

Das ist etwas, wofür wir auch mit arbeiten.

Wichtig ist aber, dass wir wissen – weil wir uns gerade in Baden-Württemberg vielleicht noch mehr als andere damit befasst haben –, dass die Nutzung der Atomenergie ein Irrweg ist. Wir Sozialdemokraten haben selbst – das muss man doch zugeben – noch im Godesberger Programm geschrieben, es sei die Hoffnung unserer Zeit, dass die Atomkraft viele Probleme lösen könne, wenn man sie nur friedlich einsetze. Aber wir haben gelernt – nicht zuletzt aus grausamen Unfällen, nicht zuletzt aus schrecklichen Katastrophen wie in Tschernobyl oder aus Beinahe-Katastrophen wie kürzlich in Schweden –, dass es eben keine solche Technologie gibt, die wir auf Dauer beherrschen könnten.

Selbst wenn wir in Deutschland sagen: „Wir haben recht sichere Kraftwerke“, wissen wir noch immer nicht, was eigentlich passiert, wenn entsprechendes Material in die Hände von anderen gerät. In Zeiten, in denen wir viele terroristische Bedrohungen auf der Welt haben, müssen wir doch alles dafür tun, den Anfall von strahlendem Material zu reduzieren und die Gefahrenquellen zu verringern. Da fangen wir bei uns an, Alternativen aufzubauen. Denn nur dann können wir auch alternative Technologien in andere Länder verkaufen und damit verhindern, dass Atomkraft das Einzige ist, auf das z. B. auch heutige Entwicklungsländer in 20 Jahren bauen.

(Beifall bei der SPD)

Vielleicht sollten Sie bei Ihrer Hoffnung auf die Atomenergie zur Kenntnis nehmen: Zum 1. Januar dieses Jahres ist kein neues Kraftwerk ans Netz gegangen. Im Gegenteil, die Zahl der Atomkraftwerke hat abgenommen. Drei weitere wurden mit Beginn des Jahres 2007 abgeschaltet. Es ist ein großes Märchen, das da von der Renaissance der Atomenergie verbreitet wird.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Darauf sind Sie stolz, ja?)

Wir sind vorangegangen. Wir haben in Deutschland mehr geschafft als viele andere.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie uns doch dieses Potenzial nutzen, und hören Sie auf, auch hier immer nach hinten zu schauen.

Ich wünsche mir, Herr Ministerpräsident – auch im Sinne der politischen Hygiene in unserem Land –, dass Sie möglicherweise einmal überdenken, mit welchen Worten Sie politisch Andersdenkende zuweilen bezeichnen. Sie haben davon gesprochen, dass man wohl „blöd“ sei. Ich meine, das Wort „blöd“ haben Sie ja nun in verschiedenstem Zusammenhang schon ziemlich missbräuchlich verwendet. Sie sollten es vielleicht einmal aus Ihrem Wortschatz streichen. Aber wenn Sie hier davon sprechen, dass diejenigen blöd seien, die glauben, dass es ein vernünftiger Ansatz ist, eine EU-Regelung zu finden und in einem Gesetz Grenzwerte festzulegen, auch was die Automobilindustrie betrifft, dann müssen Sie doch zur Kenntnis nehmen, dass auch Ihre eigene Umweltministerin, Frau Gönner, genau eine solche gesetzliche Regelung befürwortet hat. Also überlegen Sie sich gut, wem Sie dieses Wort an den Kopf werfen. Es ist nicht nur die Opposition, die in diesem Falle vernünftige Ziele anerkennt und sagt: Wir müssen hier etwas tun und die Industrie an manchen Stellen zwingen.

(Beifall bei der SPD)

Ich will Sie an die Zeit erinnern, als man in Deutschland darüber diskutiert hat, ob die Automobilindustrie in der Lage sei, die Einführung des Katalysators zu verkraften. Was haben wir da für ein Geschrei gehört! Ich vermute, auch damals waren Sie mit vornan.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Logisch!)

Wir helfen der Automobilindustrie nicht, wenn wir einen Schutzzaun um sie bauen. Sie will das ja auch selbst gar nicht. Wir helfen ihr, indem wir voranbringen, was alternative Energien und andere Antriebsformen möglich machen, indem auch Landesregierung und Landesparlament Fördermaßnahmen in die Wege leiten, um den Einsatz von Brennstoffzellen voranzubringen, indem wir überlegen, wie man mit alternativen Treibstoffen noch besser und noch effektiver arbeiten kann. Hierauf wollen wir uns konzentrieren und nicht auf das Errichten eines teuren Schutzzauns.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen freue ich mich trotzdem, dass Sie Herrn Verheugen beistehen, der ja von den CDU-Kollegen im Bund gern gemobbt wird.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Wie bitte? – Widerspruch bei der CDU)

Insofern haben wir wenigstens hier eine erfreuliche Begleiterscheinung.

(Ute Vogt)

Da ich vorhin meine Redezeit über Gebühr in Anspruch genommen habe,

(Abg. Thomas Blenke CDU: Unsere Zeit auch! – Zuruf von der CDU: Genau!)

möchte ich zum Abschluss eines deutlich sagen. Ihre Zwischenrufe scheinen mir zu belegen, dass es notwendig ist, hier auch über die Frage des politischen Umgangs miteinander zu reden.

(Beifall bei der SPD – Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es!)

Herr Ministerpräsident, es ist bekannt, dass Sie ein Faible für die Monarchie haben. Aber wir sind hier in einem demokratisch gewählten Parlament, und ich halte es für unangemessen – um es freundlich zu formulieren –,

(Zuruf von der SPD: Unanständig!)

wenn Sie als Regierungschef, wie in der letzten Debatte, gegenüber der Opposition mit einem „Stören Sie uns nicht!“ auftreten und in der jetzigen Debatte sagen: „Lassen Sie uns in Ruhe!“

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Ursula Haußmann SPD: Dieser Umgang ist bei seiner schlagenden Verbindung angebracht, aber nicht bei uns!)

Das ist ein Umgang, Herr Ministerpräsident, der an Arroganz nicht zu überbieten ist und der möglicherweise in Ihren Reihen üblich ist. Aber hier in einem Parlament, in dem demokratisch gewählte Abgeordnete sitzen, die sich auseinanderzusetzen haben,

(Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

die den Auftrag haben, die Regierung zu kontrollieren, müssen Sie es auch aushalten, dass man andere Meinungen zum Ausdruck bringt. Man muss diesen Abgeordneten auch zuhören und vielleicht sogar dafür offen sein, einmal das eine oder andere zu lernen.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Peter Straub: Ebenfalls nach § 82 Abs. 4 der Geschäftsordnung erhält jetzt der Vorsitzende der Fraktion GRÜNE, Herr Abg. Kretschmann, das Wort.

Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich denke, wenn es darum geht, einen Sparhaushalt zu kommunizieren, muss man erst recht sagen, wo man die notwendigen Prioritäten setzt. Einfach nach dem Rasenmäherprinzip zu sparen ist Politikverzicht.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das haben wir aber gewiss nicht gemacht!)

– Doch, das habt ihr gemacht. Jetzt wird die zweite Phase kommen, nachdem alles „ausgemostet“ worden ist. Da heißt es jetzt einmal, Farbe zu bekennen. Deswegen glaube ich,

Herr Ministerpräsident: Die Haushalte bis 2011 sind in keiner Weise abgehakt – in keiner Weise!

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das wissen wir! – Abg. Stefan Mappus CDU: Das wissen wir! Das habe ich vorhin ja gesagt! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! Richtig!)

Die harte Strecke kommt erst jetzt. Wir selbst haben den vorliegenden Haushalt weder abgehakt noch durchgewunken. Wir haben dazu knapp 100 Änderungsanträge gestellt. Davon umfassen manche ein erhebliches Volumen, etwa was den Bildungspakt oder was die Sanierung des Haushalts im Hinblick auf die Pensionslasten angeht.

(Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Fleißig, fleißig! – Zurufe der Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP und Stefan Mappus CDU)

Ich sage noch einmal klar: Sie stützen sich im Kern zunächst einmal auf die gute Konjunktur und auf die Steuereinnahmen, die uns hereingespült werden.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das ist ja nichts Unanständiges!)

– Nein. Darüber können wir uns nur alle freuen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: So ist es!)

Aber trotz dieser beträchtlichen Mehreinnahmen müssen wir uns ja immer noch in gigantischem Maß weiter verschulden. Ich erinnere noch einmal daran, dass wir durch die Erhöhung der Verschuldung bis 2011 für jede zusätzliche Milliarde noch einmal 40 Millionen € an Zinsen aufbringen müssen, was unseren Handlungsspielraum wiederum verengt.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Wir erhöhen doch keine Schulden! – Gegenruf der Abg. Christine Rudolf SPD: Natürlich! Das haben Sie noch gar nicht kapiert, Herr Noll!)

Es kommt jetzt also darauf an, wo man Prioritäten setzt. Man setzt sie gewiss nicht dadurch, dass man im Kernbereich, wie bei den Schulen, über 500 Lehrerstellen nicht besetzt. Jetzt haben wir einen Ausbau der Ganztagschulen, und wir haben Ihr Programm zu den Jugendbegleitern. Aber das kann in der ganzen Schulpolitik doch wohl nicht eine Qualitätsoffensive einleiten. Das kann doch niemand im Ernst glauben.

Wir brauchen im ganzen Schulbereich noch Tausende von zusätzlichen Stellen. Seit ich dem Parlament angehöre, hatten allein die beruflichen Schulen noch niemals genügend Lehrer. Wir haben einen Lehrermangel an den beruflichen Schulen, seit ich in diesem Haus bin. Und Sie sind in diesem wichtigen Bereich nicht in der Lage, jetzt einmal zuzulegen und dem Lehrermangel an diesen Schulen abzuhelpen. Jeder weiß, dass wir schon jetzt auf einen Facharbeitermangel zusteuern. Dieser wird durch den Lehrermangel natürlich vergrößert. Die Berufsschulen mit ihren spezialisierten Lehrern haben die größten Schwierigkeiten, jetzt über die Runden zu kommen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Wenn sie zu finden sind!)

(Winfried Kretschmann)

Dem wollen Sie nun begegnen, indem Sie noch über 500 Lehrerstellen nicht besetzen. Das ist doch geradezu absurd und verfehlt die Perspektive, die wir notwendigerweise schaffen müssen, völlig.

Wir haben bei den Studierenden einen Aufwuchs von 19 000 Personen. Um dieser Situation gerecht zu werden, stellen Sie doch gar keine neuen Mittel bereit. Die erforderlichen Mittel müssen von den Hochschulen selbst erbracht werden.

(Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP – Gegenruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Das Einzige ist, dass die Hochschulen aus den Studiengebühren Mittel für die Verbesserung der Lehre erhalten. Aber wir brauchen angesichts des erwähnten Aufwuchses doch mindestens 3 000 Personalstellen mehr. Diese wollen wir über den von uns vorgeschlagenen Bildungspakt einbringen. Ich frage Sie: Wie wollen wir in diesem Kernbereich weiterkommen, wenn Sie uns da nicht folgen?

Wir konkurrieren bei den Hochschulen ja nicht mit Mecklenburg-Vorpommern. Wir konkurrieren vielmehr mit den wichtigsten Bildungsstandorten der Welt.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: So ist es! Harvard! – Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Ich nenne einmal ein Beispiel: Die Universität Karlsruhe hat einen Etat von etwa 160 Millionen €. Die ETH Zürich dagegen, eine Hochschule von ganz ähnlichen Strukturen mit ungefähr gleich viel Studierenden, hat einen Etat von über 700 Millionen €.

(Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Das sind die Konkurrenten, um die es geht. Ich empfehle Ihnen einmal, Herr Ministerpräsident, den Wissenschaftsausschuss einzuladen. Die Ausschussmitglieder waren gerade in Indien und können Ihnen erzählen, was dort genau im Hochschulbereich an Dynamik besteht, welch riesiger Aufwuchs an Studierenden dort vorhanden ist. Mit solchen Zentren konkurrieren wir, und in dieser Hinsicht sehe ich einfach nichts.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Wie sieht es dort mit Studiengebühren aus? Wie hoch sind die?)

Auf diesem zentralen Gebiet tun Sie nicht das Notwendige.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Ja, ja!)

Das ist jedenfalls klar. Ein solcher Haushalt ist nicht zukunftsorientiert. Das Versprechen in die Zukunft ist das, was den politischen Kern eines Haushalts ausmacht.

Das, was Sie zum Fahrzeugbau gesagt haben, war allerdings ein Offenbarungseid.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Ja!)

Noch einmal mit solchen Formulierungen zu kommen wie „mit der Umweltkeule gegen den Standort Baden-Württemberg“,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Völliger Blödsinn! – Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

anstatt klare ordnungspolitische Vorgaben für die Autoindustrie zu machen – ich habe das im ersten Redebeitrag schon ausgeführt –, die gegen jeden Umweltstandard Sturm gelaufen ist und die die Vorschriften jedes Mal sehr gut erfüllen konnte, ist von vorgestern.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wir hätten noch keinen Katalysator!)

Herr Ministerpräsident, das ist ein Offenbarungseid.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wir hätten noch die Antriebskurbel!)

Sie haben keine einzige Ansage gemacht, wonach Sie erwarten, dass die Autoindustrie ambitioniert auf Innovationen setzt, die den Spritverbrauch reduzieren. Das war immerhin Ihre Ansage. Jetzt frage ich einmal: Wer setzt eigentlich die Standards? Ich denke, immer noch das Parlament.

Jetzt darf ich vielleicht einmal aus einer Originalpressemittteilung des Umweltausschusses vom 1. Dezember letzten Jahres zitieren:

Aus dieser Selbstverpflichtung wird nach Aussage Müllers

– das ist der Vorsitzende des Umweltausschusses –

nichts, was die Ausschussmitglieder bewogen habe, sich eindeutig hinter die EU-Vorgabe von 120 Gramm CO₂-Ausstoß pro Kilometer bis zum Jahr 2012 zu stellen. „Funktioniert die Selbstverpflichtung in diesem zentralen Bereich der Umweltpolitik nicht, so muss das Ziel über gesetzliche Bestimmungen erreicht werden“, so der Vorsitzende Ulrich Müller im Namen aller Abgeordneten. ...

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Nachdem von dort bekannt geworden sei, dass die EU-Kommission einen verbindlichen Grenzwert von 120 Gramm CO₂ pro Kilometer bis 2012 einführen wolle, hätten sich die im Umweltausschuss vertretenen Abgeordneten von CDU, SPD, Grünen und FDP/DVP dafür ausgesprochen, diesen Weg zu unterstützen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was? – Abg. Claus Schmiedel SPD: Hört, hört! – Zurufe von der SPD: He! – Unruhe)

Das ist die Vorgabe des Parlaments. Ich darf Sie vielleicht noch einmal daran erinnern, dass es sich dabei um Durchschnittswerte handelt.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Wenn dieses „Großraumtransportfahrzeug“ Smart immer noch fünf Liter auf 100 km säuft, dann ist wohl einmal eine klare Ansage an die Automobilindustrie nötig, Herr Ministerpräsident! Wenn dieses „Großraumfahrzeug“, das für den Stadtverkehr geplant ist, im Stadtverkehr sechs Liter säuft, dann ist doch wohl eine klare Ansage an die Automobilindustrie nötig.

(Winfried Kretschmann)

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: A-Klasse kaufen!
Die frisst weniger!)

Ich finde, das war ein Offenbarungseid ersten Ranges, was Sie hier geliefert haben. Sie haben keine eigenen klaren Vorgaben gemacht. Selbstverständlich geht es um Durchschnittswerte. Aber auch bei den größeren Wagen, bei der Oberklasse erwarten wir ambitionierte Vorgaben und eine Senkung des Spritverbrauchs. Das ist ein Gebot der Stunde. Das verlangen wir von allen Fahrzeugherstellern.

Ich sage noch einmal: Nur wenn wir diese Vorgaben machen, hat die Automobilindustrie in Baden-Württemberg eine Zukunft, weil wir in Zukunft nur noch dann Autos verkaufen, wenn sie wesentlich umweltfreundlicher sind als die heutigen. Wir haben bei den japanischen Herstellern gesehen, wie sie mit dem Hybridantrieb Märkte in den USA erobern. Das ist ein Land, von dem man es eigentlich gewohnt ist, dass Sprit fressende Fahrzeuge gefahren werden. Ich finde, hier sind Sie total falsch gestrickt.

Für die Atomenergie gilt ganz genau dasselbe. Es ist doch kein Zufall, dass in dem Land, in dem der Ausstieg beschlossen wurde, die größte Dynamik im Bereich der erneuerbaren Energien eingesetzt hat. Darum sind wir heute in vielen Branchen in diesem Bereich Weltmarktführer. Das können wir auch bei Effizienztechnologien werden. Dies werden wir nicht dadurch erreichen, dass wir die alten Atomkraftwerke immer noch weiter laufen lassen. Das ist ja die Ansage an die Industrie: Macht nicht weiter mit Innovationen; wir bekommen den Strom ja noch von diesen alten Atomkraftwerken.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Das ist nicht fair, von den „alten“ Atomkraftwerken zu sprechen!)

Wer also auf Altindustrien setzt, der hat schon klar verloren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Nun zu dem Argument, bei einer Verlängerung der Laufzeiten gäbe es sozusagen einen Bonus von den Energieversorgungsunternehmen für regenerative Energien. Schauen wir uns einmal die Tatsachen an. Eon, einer der größten Konzerne, bietet gerade einem spanischen Energieversorger 40 Milliarden €, um ihn zu kaufen, und hat sein Angebot noch einmal um 4 Milliarden € erhöht, um den Zuschlag zu bekommen. Sie sehen, die Kriegskassen der großen Energiemonopole sind prall gefüllt. Das erreichen sie mit überhöhten Netzentgelten und überhöhten Strompreisen, die durch die Leipziger Börse entstehen. Das machen sie mit dem Geld der Verbraucher, obwohl sie mit diesem Geld stattdessen genauso gut den Einsatz regenerativer Energien fördern könnten. Das tun sie gerade nicht.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Sagt Ihnen der Begriff „Internationalisierung“ etwas? Das ist jetzt voll daneben!)

In regenerative Energien gehen unsere Stadtwerke, gehen die kleinen, dezentralen Energieversorger und gehen unsere Kommunen. Die verdienen endlich Ihre Unterstützung, Herr Ministerpräsident. Die Monopole brauchen Ihre Unterstützung nicht; die helfen sich schon selbst.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Lassen Sie mich zum Schluss noch sagen: Wir haben – das haben Sie das letzte Mal bestätigen müssen – bei den Pensionslasten den Finger in die richtige Wunde gelegt. Aber offensichtlich tut es Ihnen noch nicht weh.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Das ist das Problem. Sie haben zur Bewältigung der Pensionslawine unzureichende Vorschläge gemacht. Zwar sind Sie bei den Sonderzahlungen ein Stück weit heruntergegangen und kündigen an, die Lebensarbeitszeit von Beamten zu verlängern, aber das sind Maßnahmen, die nicht ausreichen, um die Pensionslawine zu stoppen. Sie haben unseren Vorschlägen keine anderen Vorschläge gegenübergestellt, wie Sie die Pensionslawine stoppen wollen. Das können wir aber erwarten. Deshalb müssen wir den Finger noch tiefer in die Wunde hineinbohren, bis Sie endlich spüren, dass Sie hier den Tatsachen folgen müssen.

Jetzt noch ein Wort dazu, dass das ungerecht sei, Herr Kollege Noll. Heute muss jeder Rentner 50 % der Krankheitskosten selbst tragen. Bei den 70 %, die die Pensionäre erhalten, geht es also letztlich um Sonderzahlungen, die wir ausgerechnet den Ruhestandsbeamten gewähren – viele aktive Beamte haben ja niedrigere Sätze –, und wenn wir diese Leistung auf 50 % zurückfahren, dann muten wir ihnen nicht mehr zu als dem Rest der Bevölkerung. Wir sichern damit langfristig ihre Pensionen, und das ist damit auch ein Angebot an die Beamtenschaft, dass wir in den Kernbereich ihrer Pensionen gerade nicht eingreifen, sondern sie dauerhaft sichern. Ich finde, das ist ein höchst faires Angebot.

Wir können, glaube ich, auch diesen Gruppen klarmachen, dass das nötig ist, wenn wir in Zukunft in der Lage sein wollen, die Pensionen überhaupt zu zahlen und zugleich noch die nötigen Mittel für das Bestreiten der Zukunftsaufgaben und für unsere Jugend bereitzustellen, damit dieses Land eine Zukunft hat und damit in ihm die klügsten Köpfe groß werden können.

Dies ist die Voraussetzung, um unseren wirtschaftlichen Standard, der diese hohen Leistungen überhaupt erst ermöglicht hat, halten zu können. Bei der Investition in Bildung geht es also im Kern darum, die Wertschöpfung zu erhalten. Deswegen ist das eine faire und gerechte Zumutung für die Beamten in unserem Land, und ich bin sicher und erfahre das auch schon: Wenn wir ihnen dies umfänglich und in der ganzen Breite klarmachen, werden sie das auch akzeptieren.

Es ist aber auch klar, dass man nicht erwarten kann, dass jemand jubelt, wenn bei ihm Leistungen zurückgeschnitten werden. Aber hier geht es um das Gesamtwohl und die Zukunft Baden-Württembergs. Es geht auch um die Enkel dieser Pensionäre. Deswegen ist das, glaube ich, die richtige Ansage. Wenn Sie sie nicht teilen, erwarten wir von Ihnen andere Vorschläge, wie Sie die Pensionen sichern wollen.

(Zuruf des Abg. Stefan Mappus CDU)

Die vermisse ich bisher leider.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Peter Straub: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 02 – Staatsministerium. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/802.

Ich rufe auf

Kapitel 0201

Staatsministerium

Wer kann diesem Kapitel zustimmen? – Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel 0201 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0202

Allgemeine Bewilligungen

Wer kann zustimmen? – Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel 0202 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0203

Staatsgerichtshof

Wer kann zustimmen? – Einstimmig. Danke.

Ich rufe auf

Kapitel 0204

Vertretung des Landes Baden-Württemberg beim Bund und Beobachter der Länder bei der Europäischen Union

Wer kann dem zustimmen? – Gegenstimmen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0205

Landeszentrale für politische Bildung

Wer kann zustimmen? – Einstimmig.

Ich rufe auf

Kapitel 0208

Führungsakademie Baden-Württemberg

Wer kann diesem Kapitel zustimmen? – Danke. Gegenstimmen? – Dem Kapitel 0208 ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben jetzt noch über den Entschließungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/902, abzustimmen. Wer kann diesem Entschließungsantrag zustimmen? – Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Beratung des Einzelplans 02 angelangt.

Ich unterbreche die Sitzung. Die Sitzung wird um 13:50 Uhr fortgesetzt.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:36 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 13:50 Uhr)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die Nachmittagssitzung.

Ich rufe **Buchstabe b** der Tagesordnung auf:

Einzelplan 03: Innenministerium – Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/803

Berichterstatter: Abg. Manfred Hollenbach

Berichterstatter für die Bereiche Verkehr und Straßenbau: Abg. Oswald Metzger

Kollege Hollenbach will als Berichterstatter das Wort nicht ergreifen.

Ich sehe, dass Herr Abg. Metzger das Wort auch nicht will.

(Abg. Oswald Metzger GRÜNE: Ich will es nicht!)

– Ja, das sage ich doch.

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 03 – Innenministerium – eine Gesamtredezeit von 15 Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Herrn Kollegen Heinz das Wort.

Abg. Hans Heinz CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man sich den Haushalt des Innenministeriums anschaut, sieht man, dass sich die Themen „globale Minderausgaben“, „Einsparauflagen“, „Personalstellenabbau“ wie ein roter Faden durch den Einzelplan hindurchziehen. Das ist vermutlich auch bei anderen Häusern der Fall, aber ich habe den Eindruck, hier tut es besonders weh. Wahrscheinlich sagt das jeder, der den jeweiligen Fachbereich betreut oder der betroffen ist.

Wenn ich die Kürzungen im Haushalt des Innenministeriums für die Jahre 2007 und 2008 summiere, komme ich auf insgesamt 160 Millionen €. Im Jahr 2007 sparen wir 336 Stellen und im Jahr 2008 603 Stellen ein. Aber ich sage klar: Auch wenn es wehtut, es gibt keine Alternative zum strikten Sparkurs der Landesregierung. Ich gestehe, es fällt den Innenpolitikern der CDU-Fraktion schwer, dies zu akzeptieren, denn die Einschnitte tun weh, aber auch deshalb, weil die Gewährleistung der inneren Sicherheit ein Markenzeichen der CDU ist.

(Zuruf des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD)

Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger gehört zu unseren zentralen Anliegen. Die Verhinderung von Kriminalität und

(Hans Heinz)

deren Bekämpfung waren und sind auch zukünftig Schwerpunkte der CDU-Politik in Baden-Württemberg.

Baden-Württemberg hat zusammen mit Bayern die niedrigsten Kriminalitätsraten und die höchsten Aufklärungsraten – nicht nur seit gestern, sondern seit vielen Jahren.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das liegt aber an der Polizei und nicht an der Landesregierung! – Gegenruf von der CDU: Das sagt die Richtige!)

Wir machen eine gute Sicherheitspolitik. Wir haben eine gute Polizei, Frau Haußmann. Die Kriterien, die dazukommen, sind die Garanten, die uns immer diese vorderen Plätze sichern.

Ich habe mich sehr gefreut, dass es der CDU-Fraktion gelungen ist, aus den Mitteln, die wir umgeschichtet haben, doch einige wichtige Dinge im Haushalt des Innenministeriums abzusichern. Ich will Verbesserungen bei der Polizei, schwerpunktmäßig beim Landeskriminalamt, nennen. Aber auch beim Verfassungsschutz konnten wir einiges bewegen. Ich nenne mit Blick auf die Zeit nur die Schlagworte Internetkompetenzzentrum, Antiterrordatei, Telekommunikationszentrum, Kauf eines IMSI-Catchers für die Überwachung der UMTS-Telefone und Flexibilisierung des Stellenplans beim Landeskriminalamt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Thomas Blenke CDU: Alles dringend notwendig!)

Alle diese Maßnahmen sind wichtig, und wir brauchen sie, um die Führungsposition, die Sie, Frau Haußmann, angemahnt haben, weiterhin halten zu können.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Butter bei die Fische!)

Wir führen – damit komme ich auf den betreffenden Antrag der SPD-Fraktion zu sprechen – aber im Jahr 2008 auch 113 zusätzliche Stellen für Polizeimeister ein. Es ist aller Ehren wert, wenn die SPD sagt: „Wir hätten die auch gerne schon im Jahre 2007.“ Klar, das würde man sich auch wünschen, aber man muss sehen: Das würde wieder 1,1 Millionen € mehr kosten. Unter Berücksichtigung des Bedarfs an Beamten können wir noch mit der Planung für das Jahr 2008 leben. Es ist eine auf den Bedarf abgestimmte Planung. Deswegen kann man, denke ich, mit dem Ergebnis zufrieden sein. Wir müssen dann diese 1,1 Millionen € nicht schon im Jahr 2007 ausgeben.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das ist akzeptabel!)

Da ich gerade bei Ihren Anträgen bin, will ich ein Zweites sagen: Sie spielen wieder die alte Platte ab und fordern, wir sollten den freiwilligen Polizeidienst abschaffen. Ich hielte dies für eine völlig verfehlt Entscheidung. Ich denke, der freiwillige Polizeidienst ist ein Signal an unsere Bevölkerung, dass wir das Ehrenamt auch in diesem Bereich fördern und unterstützen. Diese Leute leisten einen wichtigen Dienst für die Polizei und sind dort gern gesehen. Deshalb wäre die Abschaffung des freiwilligen Polizeidienstes eine Fehlentscheidung. Wir können diese Platte deshalb nicht zum Spielen bringen. Stecken Sie sie wieder in den Plattenschrank, und heben Sie sie für die nächsten Haushaltsberatungen auf.

(Beifall des Abg. Thomas Blenke CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Die Platte kommt von der Polizei, wir legen sie nur auf!)

Lassen Sie mich etwas zum Digitalfunk sagen. Die Entwicklung in diesem Bereich kennen Sie ja alle. Wir hatten gehofft, hier schneller zu Potte zu kommen. Ich glaube, die Entwicklung war sicherlich auch diesem Kompromiss zwischen Mehdorn und Schily geschuldet, die irgendwo im Flugzeug einen Deal gemacht haben. Dieser Deal hat nicht getragen. Es ist den Bach hinuntergegangen.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Ich bin wirklich überrascht, wie schnell man nun reagiert hat, sodass man nun mit der EADS zu einer Lösung kommt. Es ist dem Ministerium sogar gelungen – hierfür ein Dank an den Minister –, dass einer der Standorte der drei Projekte in Deutschland, wo Digitalfunk in die Erprobungsphase geht, Stuttgart sein wird. Auch das ist, finde ich, ein gutes Signal für unser Land.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich möchte ein weiteres Thema ansprechen, bei dem es im Moment eine Menge Baustellen gibt. Ich meine den Katastrophenschutz. Ich weiß aus meiner eigenen beruflichen Tätigkeit, dass hier das Land intensiv mit dem Bund verhandelt mit dem Ziel, zu einvernehmlichen Regelungen zu kommen. Wir haben in diesem Bereich die Problemlage, dass wir täglich damit rechnen müssen, bei uns könnte ein Terroranschlag verübt werden. Ich erinnere an die Gott sei Dank missglückten Kofferbombenattentate. Es könnte aber auch eine Naturkatastrophe eintreten. Dafür müssen wir gewappnet sein.

Bund und Länder sind aktuell dabei, die Gefährdungsstufen neu zu verteilen und die hierfür zur Verfügung stehenden Mittel bei den Ländern, bei den Kommunen und beim Bund dem neuen Gefährdungsszenario anzupassen. Noch ist nicht klar, wie es genau aussehen wird. Es finden in der ersten Hälfte dieses Jahres noch Verhandlungen statt. Im Mai sind, glaube ich, die abschließenden Gespräche. Nach aktuellem Stand sollen wir in Baden-Württemberg fünf sogenannte Medical Taskforces bekommen. Ich bin sicher, es ist ein richtiger Weg, wenn wir versuchen, diese so zu verteilen, dass wir in jedem Landkreis in Baden-Württemberg einen flächendeckenden Grundschutz anbieten können. Dafür würde ich mich sehr engagieren und möchte das Ministerium bitten, auf dem eingeschlagenen Weg zu bleiben, damit wir hier flächendeckend Katastrophenschutz anbieten können. Ich denke, dann können wir auch unseren Bürgern gegenüber sagen: Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht.

Ich finde es auch gut – da bin ich wohl anderer Meinung als Herr Gall, der das als Feuerwehrmann vielleicht anders sieht –, wenn die Feuerwehr aktuell einen Schwerpunkt auf den Katastrophenschutz legt, weil es dort eine Neuformierung gibt.

(Abg. Reinhold Gall SPD: A wa!)

Da stimmen wir auch der Forderung des Landesfeuerwehrverbands zu, für diesen Zweck, begrenzt auf zwei Jahre, 2 Millionen € zu verwenden.

(Hans Heinz)

(Beifall der Abg. Thomas Blenke und Nicole Razavi
CDU)

Die Feuerwehr ist in dem Segment Katastrophenschutz auch aktiv. Es ist richtig, dass man sich hier neu formiert und neu aufstellt. Ich halte das für eine richtige Entscheidung und möchte daher der Feuerwehr Dank sagen für diese zukunftsweisende Haltung.

Meinen Dank möchte ich nicht nur auf die Feuerwehr beziehen. Ich möchte ausdrücklich auch die Polizei sowie alle anderen Hilfsorganisationen einschließen. Ich denke, hier wird sowohl im Hauptberuf als auch ehrenamtlich eine wichtige Aufgabe für unser Land erfüllt. Die Grundelemente „Sicherheit und Ordnung“ werden von diesen Diensten sichergestellt. Deshalb ist da ein Dankeschön der Politik angebracht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der SPD sowie der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Lassen Sie mich noch einige Sätze zur Zuwanderung und zur Integration sagen. Am 1. Januar 2005 ist ja das neue Gesetz zur Zuwanderung in Kraft getreten. Wir haben damit klare Rahmenbedingungen für die Leute geschaffen, die zu uns kommen können. Vor einem halben Jahr hatten wir hier im Landtag eine Debatte geführt, in der wir vor allem noch einmal über die Frage der Integration diskutiert haben. Mein Eindruck war schon – dieser hat sich in dem folgenden halben Jahr eigentlich bestätigt –, dass wir in einzelnen Bereichen sicherlich noch einen Nachsteuerungsbedarf haben.

Wir müssen uns bemühen, noch mehr hoch qualifizierte Leute, noch mehr Unternehmensgründer zu bekommen, und z. B. die Messlatte für die Niederlassungsgenehmigung von zehn auf vielleicht drei Arbeitsplätze senken. Ich denke, hier besteht noch entsprechender Handlungsbedarf. Da kann man noch einiges tun, damit wir vor allem qualifizierte Leute nach Baden-Württemberg und Deutschland bekommen.

Wenn man die Asylbewerberzahlen anschaut, kann man feststellen, dass wir erfreulicherweise – das möchte ich dick unterstreichen – auf einem guten Weg sind. Wenn ich es richtig weiß, sind im Jahr 2006 knapp 21 000 Asylbewerber nach Deutschland gekommen. Die Zahlen bewegen sich immer noch nach unten. Ich glaube, das war letztendlich ein maßgeblicher Grund dafür, dass wir eine Altfallregelung erreichen konnten. Wir hatten einen Spielraum für eine Altfallregelung, und wir haben in Baden-Württemberg – wie es viele andere Bundesländer auch getan haben – eine Härtefallkommission eingerichtet, die mit großem Fleiß und in einer umfänglichen Arbeit viele schwierige Fälle aufgelöst und wohl auch zur Zufriedenheit der Betroffenen gelöst hat.

Ein Schwerpunkt im Jahr 2007 wird die Integrationspolitik sein. Frau Böhmer, die Ausländerbeauftragte des Bundes, hat gemeinsam mit der Wirtschaft das Motto „Charta der Vielfalt“ ausgegeben. In diesem Bereich müssen wir unsere Bemühungen noch verstärken. Ich will aber auch klar betonen: Wenn man sich die finanziellen Dimensionen anschaut – der Bund gibt allein 140 Millionen € für Sprachförderung aus, das Land Baden-Württemberg gibt 41 Millionen € für diesen Bereich aus, dazu kommen noch die Mittel der Landesstiftung –, dann muss man auch an die Bürger, die zu uns kommen, appellieren: Wenn wir diese Kurse anbieten, wenn wir Leistungen

für die Integration zur Verfügung stellen, dann sollten die ausländischen Mitbürger diese auch annehmen, sollten sie auch eine Prüfung über ihre Deutschkenntnisse ablegen, sich also nicht nur zu einem Kurs anmelden, sondern auch bereit sein, eine Prüfung zu machen. Die Zahlen, die man in diesem Punkt in den letzten Wochen gehört hat, sind nicht gerade ermutigend. Ich würde das Ministerium darum bitten, bei den unteren Ausländerbehörden Druck zu machen und verstärkt die Beteiligung der Ausländer, der Asylbewerber einzufordern.

Vom Berliner SPD-Senator Böger stammt der Satz:

Wir haben Toleranz mit Gleichgültigkeit verwechselt.

Ein Stück weit können wir da alle sagen: mea culpa. Wir müssen hier noch mehr tun, aber auch Leistungen einfordern.

(Beifall der Abg. Thomas Blenke CDU und Beate Fauser FDP/DVP)

Ein anderes Thema ist die Evaluierung der Verwaltungsreform, die in den nächsten Wochen auf der Agenda steht. Mich persönlich hat überrascht, dass wir eigentlich mit einem recht geräuschlosen Vollzug brillieren konnten. Was hier auf allen Ebenen geleistet worden ist, kann sich sehen lassen. Ich meine nicht nur die Landratsämter, ich meine auch die Regierungspräsidien. Hier wurden Zigtausend Stellen geräuschlos umgesetzt. Im Interesse des Bürgers, der von diesen Leistungen profitiert, wurden klare Strukturen geschaffen. Der Bürger weiß, wohin er sich wenden muss, und hat Ansprechpartner auf den verschiedenen, klar strukturierten Ebenen. Dass wir im Nebeneffekt auch noch ein paar Millionen Euro jedes Jahr einsparen, kann unser Landeshaushalt sicher gut vertragen.

Ich glaube, man wird im Einzelfall feststellen – ich will ja diesen Gesprächen nicht vorgreifen –, dass es noch einen gewissen Nachsteuerungsbedarf gibt. Man muss schauen: Wo kann man noch korrigieren, wo kann man die Effektivität erhöhen? Unter dem Strich können wir mit der Verwaltungsreform sehr zufrieden sein.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Wir nicht!)

Eine Daueraufgabe, die uns immer wieder beschäftigt, ist das Thema „Entbürokratisierung und Aufgabenkritik“. Hier habe ich manchmal das Gefühl, dass es uns wie Sisyphus geht: Wir rollen den Stein nach oben, und wenn er oben liegt, manchen wir wieder ein neues Gesetz mit mehr Bürokratie, der Stein fällt wieder herunter, und wir müssen mit dem Rollen wieder von vorne anfangen. Hier würde ich mir persönlich wünschen, dass wir im Interesse der Wirtschaft und der Kommunen doch noch zu stringenteren Ergebnissen kommen. Hier kann man sicherlich noch mehr tun.

(Beifall der Abg. Thomas Blenke CDU und Beate Fauser FDP/DVP)

Lassen Sie mich noch etwas zum Dienstrecht, zur Föderalismusreform sagen. Hier werden wir Chancen ergreifen, die sich uns bieten. Ich denke, dass wir gemeinsam mit den betroffenen Verbänden zu Lösungen kommen, um gute Ergebnisse für die Politik zu zeitigen.

Lassen Sie mich abschließend die Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen ansprechen. Hier muss ich ein

(Hans Heinz)

Kompliment an den Ministerpräsidenten richten – er ist nicht da; aber vielleicht hört er es ja.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das habe ich auch schon gemacht!)

– Sie haben das auch schon getan, genau. – Aus meiner Sicht war es ein Meisterwerk, dass man hier mit den kommunalen Landesverbänden zu einer Einigung gekommen ist,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Richtig! – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

die beiden Seiten – das klang ja heute Morgen schon an – Verlässlichkeit sichert. Bis zum Jahr 2010 weiß jeder der Partner, woran er ist. Damit ist Planungssicherheit gegeben. Das sind wichtige Voraussetzungen. Zudem hat man noch ganz nebenbei eine alte Forderung der Kommunen erledigt: Das Konnexitätsprinzip ist ebenfalls zur Zufriedenheit geregelt worden. Das finde ich sehr gut.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Noch ist es nicht erledigt!)

Ich möchte abschließend – Frau Kollegin Razavi wird noch zum Thema Verkehr sprechen; diesen Bereich habe ich ausgespart – Herrn Minister Rech und Herrn Staatssekretär Köberle, allen Beamtinnen und Beamten und allen übrigen Mitarbeitern im Geschäftsbereich des Innenministeriums meinen Dank für die geleistete Arbeit aussprechen. Ich denke, wir können zuversichtlich in den Vollzug des Doppelhaushalts 2007/2008 gehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP – Abg. Thomas Blenke CDU: Gut gemacht!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erhält Herr Abg. Gall das Wort.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Haben Sie wieder Aufputschmittel genommen?)

Abg. Reinhold Gall SPD: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen, werte Kollegen! Die Zuständigkeiten des Innenressorts sind zweifelsohne außerordentlich umfangreich und natürlich allesamt von großer Wichtigkeit für unser Bundesland Baden-Württemberg. Am wichtigsten in diesem Haushalt ist jedoch nicht etwa, Herr Kollege Heinz, die globale Minderausgabe. Am wichtigsten innerhalb dieses Ressorts ist nach unserer Auffassung der Themenbereich „Innere Sicherheit“. Innere Sicherheit gibt unserer Gesellschaft nämlich Halt, und, nebenbei bemerkt, einer der wichtigen Faktoren der inneren Sicherheit ist es auch, dass sie ein hohes Maß an Stabilität für unsere heimische Wirtschaft bietet.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Bis jetzt stimmt's!)

Im Bereich unserer Polizei – ein außerordentlicher Garant der inneren Sicherheit in unserem Bundesland – gibt es jedoch erhebliche Defizite, auf die ich hinweisen möchte und denen wir entgegenwirken wollen. Dies sind nicht etwa deshalb Defizi-

te, weil unsere Polizeibeamtinnen und -beamten im Land nicht engagiert wären und nicht tagtäglich ihr Bestes geben würden, sondern deshalb, weil sie von der Landesregierung und dem zuständigen Innenministerium unzureichend unterstützt werden und ihre Arbeit – abgesehen von den üblichen Dankesworten – nur unzureichend gewürdigt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Hans Heinz CDU: Das glaubt Ihnen keiner!)

Am besten, meine Damen und Herren, könnte man die Arbeit der Polizei im Lande nämlich würdigen, wenn ihr das erforderliche Personal zur Verfügung gestellt würde, wenn nicht gekürzt, nicht umgeschichtet und nicht befristet beschäftigt werden würde, wenn denen, die ihre Arbeit gut und sehr gut erledigen wollen, die notwendige Ausstattung, die notwendige Ausrüstung zur Verfügung gestellt würde, wenn sie nicht Teile der persönlichen Schutzausrüstung, wie z. B. die Schutzhelme, im Einsatz gelegentlich untereinander ausleihen müssten, wenn die erforderliche Ausstattung mit Arbeits- und Kommunikationsmitteln auf dem neuesten Stand wäre und nicht – zum Teil zumindest – technikmuseumsreif.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Meinen Sie den Digitalfunk?)

Motivieren könnte, wenn Beförderungen von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten auf realistischen, nachvollziehbaren Bewertungskriterien basieren würden und auch in ausreichender Form vorgenommen würden.

(Abg. Hans Heinz CDU: Das haben wir doch erst neu geregelt!)

Zugegebenermaßen, Herr Kollege Heinz – das will ich und das wollen wir ausdrücklich anerkennen –, gibt es nun im Doppelhaushalt erkennbare Maßnahmen, mit denen versucht werden soll, das wettzumachen – aber mehr auch nicht –, was Sie in den zurückliegenden Jahren versäumt haben und worauf z. B. wir immer wieder hingewiesen haben.

(Zuruf des Abg. Hans Heinz CDU)

Fakt bleibt aber, dass die Einstellungszahlen, die Sie genannt haben, ab dem Jahr 2008 die altersbedingten Abgänge bis zum Jahr 2012 nicht werden kompensieren können, da Sie in der Vergangenheit die Zahl der Einstellungen schon fahrlässig zurückgefahren haben.

Jetzt muss ich sagen, Herr Innenminister: Ihrem Amtsvorgänger war bei diesen Debatten wenigstens noch anzusehen, wie sehr er unter den Beschlüssen des jeweiligen Kabinetts gelitten hat – weshalb er sich wahrscheinlich gern von dieser Bank hier vorne in den Schwarzwald verabschiedet hat –, während Sie und im Übrigen auch die Regierungsfractionen die Lage ständig schönreden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es!)

In der Öffentlichkeit versuchen Sie gegenwärtig den Eindruck zu erwecken, bei der Polizei würden 1 400 neue Stellen geschaffen. Sie vergessen jedoch meistens, darauf hinzuweisen, dass die anvisierte Zahl für die nächsten vier Jahre gelten soll

(Reinhold Gall)

und nicht etwa für die beiden Jahre, die der vorliegende Doppelhaushalt umfasst.

Mit unserem Antrag auf mehr Einstellungen von Polizeimeisteranwärtern wollen wir die Personalmisere unserer Polizei im Land mildern. Finanziert werden kann dies – Sie haben die Vorlage gegeben, Herr Kollege Heinz – durch die Abschaffung des freiwilligen Polizeidienstes, der durchaus Verdienste hat – das will ich anerkennen –, der aber nicht mehr in unsere Zeit und nicht mehr zum Anforderungsprofil eines schwierigen Berufs passt.

(Beifall bei der SPD)

Von Ihnen, Herr Minister, und von der Regierung erwarten wir darüber hinaus, dass Sie Ihre falsche Entscheidung, in den kommenden Jahren mehr als 800 Stellen im Nichtvollzugsbereich einzusparen, korrigieren. Die Sinnhaftigkeit der Effizienzrendite im Bereich der Polizei muss mehr als infrage gestellt werden. Angesichts der wachsenden Aufgaben der Polizei muss die Politik erkennen – wir tun dies –, dass es Grenzen der Leistungsfähigkeit der Polizei gibt. Unsere Polizei befindet sich an diesen Grenzen.

Ein düsteres Bild zeigt sich auch im Bereich der Beförderungen, insbesondere im mittleren Dienst. 70 Stellenhebungen von Besoldungsgruppe A 7 nach A 8 soll es geben.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: So viele?)

Motivation und Würdigung von Leistung, meine Damen und Herren, sehen anders aus.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Sagen Sie doch den zweiten Teil noch dazu: A 8 nach A 9!)

Bei Höhergruppierungen in den Regierungspräsidien als Auswirkungen der Verwaltungsreform waren Sie wesentlich großzügiger und gedenken Sie auch zukünftig wesentlich großzügiger zu verfahren.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Sagen Sie noch dazu: A 8 nach A 9!)

Die zusätzlichen Ausstattungen, die durch die übliche Manövriermasse – manche sagen dazu abschätzig „Spielgeld“ – an die Regierungsfractionen finanziert werden sollen, können wir natürlich unterstützen und begrüßen dies ausdrücklich.

(Abg. Hans Heinz CDU: Das freut uns aber!)

Dass Sie, Herr Innenminister, hierzu allerdings die Unterstützung des Parlaments benötigen, spricht nicht gerade für eine starke Stellung innerhalb des Kabinetts.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Innenminister, Sie sagten vor Kurzem auf dem Jahresempfang der GdP ebenfalls, die Polizei sei bei den Haushaltsberatungen und bei dem, was wohl beschlossen werden wird, gut weggekommen. Ich sage Ihnen: Die Polizei hat keinen Grund, Danke zu sagen. Denn erstens musste die Polizei bereits in den zurückliegenden Jahren kräftig Federn lassen, und zweitens sind alle Maßnahmen, die der Polizei das notwendige Handwerkszeug, die notwendige Ausstattung und die technischen Gerätschaften geben, nichts anderes als eine pure

Notwendigkeit – man muss sagen: eine Selbstverständlichkeit –, zumindest dann, wenn sie die an sie gestellten Aufgaben und Anforderungen erfüllen soll.

(Abg. Werner Raab CDU: Aber Danke muss man immer sagen!)

Positiv erwähnen will ich, dass nun eine alte Forderung von uns umgesetzt werden soll, nämlich die Forderung, dem Verfassungsschutz die Einrichtung eines dritten Observationstrupps dauerhaft zu ermöglichen – wenngleich Sie die erforderlichen Personalstellen nicht etwa neu schaffen, sondern umschichten, und zwar ebenfalls aus dem Bereich der Polizei. Das heißt: Stärkung einer Organisation der inneren Sicherheit zulasten einer anderen.

Ich denke, meine Damen und Herren, wir sind uns bei der Bewertung einig, dass auch in unserem Bundesland nach wie vor eine terroristische Gefährdung besteht. Wir alle wissen, dass wir bei der Fußball-WM knapp an einer Katastrophe vorbeigeschrammt sind. Aber dieser Situation sollten wir nicht etwa dadurch begegnen, dass innerhalb des Bereichs „Innere Sicherheit“ umgeschichtet wird. Gleichwohl – ich sagte es – unterstützen wir die Einrichtung dieses dritten Observationstrupps, weil er notwendig und sinnvoll ist und weil er gebraucht wird.

Wenn Sie, Herr Innenminister, jetzt noch Ihre ständig neuen Ideen nicht immer in den Vordergrund drängen würden, wäre es gut. Ich meine neue Ideen wie sinnloses Datensammeln, ungezügelter Videoüberwachung und deren Vernetzung mit Kameras etwa von Lidl und Aldi.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Nur Ablenkung!)

Ich denke, es sollte uns schon aufrütteln, wenn gerade die Einzelhandelsverbände dieses Vorhaben unterstützen mit der Begründung, da würden Synergien entstehen. Es fragt sich nur, für wen diese Synergien da entstehen. Dazu sagen wir eindeutig: Bürgerrechte haben einen solch hohen Rang, meine Damen und Herren, dass sie nicht allenthalben der Tagesaktualität und nicht immer dann, wenn Sie in Argumentationsnot sind, geopfert werden dürfen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Wir wollen die Bürger schützen!)

Sie sollten dafür Sorge tragen, dass in den unterschiedlichen Bereichen ausreichend Personal vorhanden ist, dass die Arbeitsbedingungen stimmen und dass die Ausstattung und die Ausrüstung derer stimmen, die unsere innere Sicherheit gewährleisten.

(Beifall bei der SPD)

Ein Haushaltsantrag der Regierungsfractionen, meine Damen und Herren, macht darüber hinaus deutlich, dass es schwerwiegende Versäumnisse, gar Mängel im Bereich des Katastrophenschutzes gibt. Vor wenigen Wochen noch haben Sie es abgelehnt, dem Landtag ein flächendeckendes Katastrophenschutzkonzept für Baden-Württemberg vorzulegen, während Sie heute 4 Millionen € in den Haushalt einstellen wollen, mit denen vorwiegend Krankentransportfahrzeuge beschafft werden sollen. Aufgrund welchen Konzepts soll das geschehen? Das frage ich in diesem Zusammenhang.

(Reinhold Gall)

Deutlich wird die Konzeptionslosigkeit auch dadurch, dass Sie uns vor Jahresfrist im Innenausschuss nicht einmal sagen konnten, bei welchen Gemeinden eigentlich die Fahrzeuge für den Brandschutz im Katastrophenfall stationiert sind. Ganz besonders will ich auch die Art der Finanzierung kritisieren, die Sie vorgesehen haben. Sie wollen das nämlich mit einem erneuten Griff in die Mittel aus der Feuerschutzsteuer finanzieren. Das ist ein Rückfall in alte Zeiten – so möchte man sagen –, die wir längst für vergessen hielten.

(Zuruf des Abg. Hans Heinz CDU)

Ich denke, meine Damen und Herren von den Regierungsfraktionen, Sie wissen, dass die in den Haushalt eingestellten Mittel von 45 Millionen € eh deutlich unter den mittelfristig prognostizierten 49 Millionen € zurückbleiben – und da greifen Sie nochmals in diesen Topf hinein! Das werden Sie den Städten und Gemeinden sowie den Feuerwehren erklären müssen, deren Förderanträge für Fahrzeuge, die etwa drei Jahrzehnte alt sind, dann abgewiesen werden müssen.

Das Thema Verwaltungsreform – Herr Kollege Heinz, Sie haben es auch angesprochen – muss bei den Beratungen des Einzelplans des Innenministeriums angesprochen werden. Da sage ich Ihnen: Allein die Tatsache, dass diese Reform umgesetzt wurde, rechtfertigt noch lange nicht, von einer gelungenen Reform zu sprechen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist mehr Sand im Getriebe – das wissen Sie –, als Sie zugeben. Selbst der Ministerpräsident spricht ja zwischenzeitlich von einer Nachbesserungsquote, einer Fehlerquote von rund 20 %. Ich sage Ihnen: Bei einer Fehlerquote von 20 % würde man in jedem anderen Bereich von Murks reden.

(Beifall bei der SPD)

Bei der Evaluation, die Sie angekündigt haben und die bezeichnenderweise natürlich von denen vorgenommen werden soll, die die Verwaltungsreform auch auf den Weg gebracht haben

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Wir können das doch als Parlament auch noch machen!)

und die ein Interesse daran haben, dass dies, wie Sie gesagt haben, auch möglichst geräuschlos vollzogen wird, sollten Sie neben den fiskalischen Auswirkungen, die es tatsächlich – unbestritten – zugunsten des Landes gibt,

(Abg. Hans Heinz CDU: Tatsächlich?)

auch einmal untersuchen, ob die von Ihnen formulierten Ziele Aufgabenabbau, schnellere Entscheidungen und mehr Bürgernähe erreicht worden sind. Sie könnten auch einmal unterhalb der Landräteebene Beschäftigte fragen, was sie von der vollzogenen Verwaltungsreform haben,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das machen wir!)

oder auch die Bürger – am besten sowohl Beschäftigte als auch Bürger.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage Ihnen: Die Antworten wären wenig schmeichelhaft.

(Zuruf des Abg. Hans Heinz CDU)

Wir erwarten von Ihnen: Sie sollten den Mut aufbringen, eine externe Evaluation machen zu lassen, und vor allem sollten Sie dann die Fehler eingestehen und rasch handeln.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Nepomuk Nestroy hat einmal gesagt: „Die Phönizier haben das Geld erfunden“, und er hat dann die Frage angeschlossen: „Warum nur so wenig?“

(Zuruf des Abg. Hans Heinz CDU)

Der Finanzminister unseres Landes hat sich diese Frage in den zurückliegenden Haushaltsjahren wohl häufig auch schon gestellt. Aber im Gegensatz zu Nestroy hat er erkannt, wo er es holen kann, nämlich bei den Städten und Gemeinden im Land. Ich und meine Fraktion stellen fest: Wiederum miserabel werden diese auch im Doppelhaushalt 2007/2008 behandelt.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Mit denen hat man das so vereinbart!)

Da helfen Ihnen auch alle Umarmungen mit den kommunalen Landesverbänden nicht aus der Patsche, denn die Wahrheit ist – und das wird uns auch von Verhandlungsteilnehmern bestätigt –: Sie waren mit deren Vertretern im Folterkeller und haben bei 500 Millionen € die Daumenschrauben angesetzt.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sie waren doch dabei!)

Das wird Ihnen nicht aus der Patsche helfen, denn vor Ort herrscht eine andere Stimmung als die, die offiziell verbreitet wird.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Dann nennen Sie auch die Situation der Kommunen!)

Der Hinweis auf steigende Gewerbesteuereinnahmen – auch das wissen Sie – hilft nicht weiter, denn auch die kommen nicht bei allen Kommunen an. Sie, meine Damen und Herren, sollten diese Einnahmen schon gar nicht ins Feld führen, denn ginge es nach Ihnen, gäbe es diese Gewerbesteuer überhaupt nicht mehr.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Aber einen Ersatz, einen verlässlichen Ersatz!)

Die Beharrlichkeit der Sozialdemokraten garantiert diese wichtige Säule der kommunalen Einnahmen.

Ich sage Ihnen: Auch was die kommunale Finanzausstattung anbelangt, haben Sie Ihre Versprechen gebrochen. Der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion – das war auch damals schon Herr Heinz –

(Abg. Thomas Blenke CDU: Guter Mann!)

hat bei den Haushaltsberatungen für die Jahre 2005 und 2006 gesagt, dass die Entnahme von 304 bzw. 350 Millionen € un-

(Reinhold Gall)

vermeidlich sei; positiv sei jedoch, dass dieser Eingriff einmalig sein werde.

(Lachen der Abg. Ursula Haußmann SPD – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE und Abg. Ursula Haußmann SPD: Einmal ist keinmal!)

Jetzt ist festzustellen, dass die Eingriffe im Doppelhaushalt noch höher ausfallen, nämlich 405 bzw. 412 Millionen € – jährlich, wohlgemerkt. Meine Damen und Herren, Sie schwächen damit die Finanzkraft der Kommunen um etwa 40 € pro Einwohner. Sie verhindern kommunale Investitionen, notwendige Erhaltungsmaßnahmen, erforderliche Ersatzbeschaffungen in den kommunalen Einrichtungen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie wollen sich mit dem Vorhaben schmücken, den Landeshaushalt ohne Nettoneuverschuldung zu finanzieren. Dies erreichen Sie aber nur auf dem Rücken unserer Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg. Sie, Herr Rech, haben als zuständiger Minister für den Kommunalbereich die Interessen der Städte und Gemeinden – ich will es zurückhaltend ausdrücken – nicht gut vertreten.

(Beifall bei der SPD)

Allein beim Finanzminister scheint Freude aufzukommen. Wilhelm Busch kommt einem in den Sinn. Bei ihm ist zu lesen: „Er fühlte sich wie neu gestärkt, als er so viel Geld bemerkte.“

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Wir jedenfalls, meine Damen und Herren, machen diesen Raubzug bei den Kommunen nicht mit und werden deshalb wesentliche Teile des Haushalts ablehnen.

Am Schluss meiner Ausführungen – der Kollege Haller wird noch einiges zum Thema Verkehr sagen – möchte ich all denen Dank gesagt haben, die in den Bereichen des Innenressorts – egal, an welcher Stelle – für unser Land arbeiten. Aber besondere Wertschätzung – ich denke, auch da sind wir uns einig – möchten wir gegenüber denjenigen zum Ausdruck bringen, die einen risikobehafteten Beruf ausüben und bei ihrer Tätigkeit auch ihre Gesundheit aufs Spiel setzen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU – Abg. Karl Zimmermann CDU: Das Gute an seiner Rede war: Er hat sie schnell vorgetragen!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Sckerl das Wort.

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir werden bei der Beratung des Einzelplans 03 – Innenministerium – noch einmal die Auseinandersetzung über die geplanten Kürzungen beim Schienenverkehr führen. Dieser Punkt ist für uns die wichtigste Einzelentscheidung der Haushaltsberatungen des heutigen Tages.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Deshalb rede ich vorab nur sehr punktuell

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Alles andere ist uninteressant!)

zu den klassischen Bereichen des Innenressorts, obwohl dazu natürlich sehr viel mehr zu sagen wäre.

Bei den heutigen Entscheidungen geht es vor allem um das Thema Schienenverkehr. Das werden wir nachher bei der Abstimmung sehen. Da kommt für alle die Nagelprobe, vor allem für all diejenigen, die in den letzten Wochen in ihren Wahlkreisen sehr lautstark aufgetreten sind.

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Zu den klassischen Bereichen des Innenressorts: Der Finanzminister hat bei seiner Haushaltsrede im Dezember letzten Jahres gesagt, meine Damen und Herren, die innere Sicherheit sei ein herausragender Schwerpunkt dieses Doppelhaushalts; die innere Sicherheit manifestiere sich vor allem in einer bürgernahen und leistungsfähigen Polizei, die noch besser organisiert und noch moderner ausgestattet werden solle. Einverstanden, sage ich dazu für meine Fraktion.

(Abg. Hans Heinz CDU: Sehr gut! Das höre ich gern von den Grünen!)

Nur, Herr Heinz: Die Haushaltsrede war eine Schönwetterveranstaltung gegenüber der Trübsal des tatsächlichen Haushaltsplans. Das ist das Problem.

(Zuruf des Abg. Hans Heinz CDU)

Denn tatsächlich ändert dieser Doppelhaushalt an den altbekannten strukturellen Defiziten der Polizeiorganisation und der Polizeiausstattung herzlich wenig – herzlich wenig!

(Abg. Hans Heinz CDU: Wo fehlt es denn?)

Ich nenne Ihnen nur zwei von ganz vielen denkbaren Beispielen. Ich könnte Ihnen dazu eine Stunde lang etwas erzählen. Nur: Dafür fehlt mir die Zeit. Aber ich nenne Ihnen zwei Beispiele.

(Abg. Hans Heinz CDU: Schienenpersonennahverkehr!)

Sie haben vorhin das Beispiel Digitalfunk auf der Habenseite genannt. Das Thema Digitalfunk ist doch eines der größten Trauerspiele.

(Abg. Hans Heinz CDU: Wenn der Schily nicht so einen Mist gebaut hätte!)

Wir sind im Jahr 16 nach dem verbindlichen Beschluss der Europäischen Union zur Einführung des Digitalfunks. Wir sind bei diesem Thema in Europa auf gleicher Augenhöhe mit Albanien. Wir sind außer Albanien das einzige Land, das noch keinen Digitalfunk hat.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Haben Sie etwas gegen Albanien?)

(Hans-Ulrich Sckerl)

Wir haben ihn nicht. Die Polizei schlägt sich mit dem störanfälligen analogen System herum – Volkssport Anzapfen, Reichweiten manchmal bis zur Landkreisgrenze.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Das ist die Wirklichkeit im Jahr 2007, und da sprechen Sie von Erfolg. Im Dezember erlebten wir den vorläufig letzten Akt bei diesem Trauerspiel. Jetzt kommt EADS. Warten wir einmal ab, wie das Ganze ausgeht. Ich denke, das Jahr 2010 können Sie schon einmal getrost abhaken. Das entsprechende Ziel werden Sie nicht einhalten.

(Zuruf des Abg. Hans Heinz CDU)

Beim letzten Doppelhaushalt war es ja gerade Ihre Stärke, zu sagen: „Daran ist Rot-Grün in Berlin schuld.“ Damals war es der „rote Otto“, aber den „roten Otto“ gibt es nicht mehr.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Der war auch einmal grün!)

Deshalb geht es diesmal um den „schwarzen Wolfgang“ und den „schwarzen Heribert“. Dazu müssen Sie einmal Stellung nehmen. Die Misere beim Thema Digitalfunk ist eine schwarze Misere. Da beißt die Maus keinen Faden ab, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ein zweites Beispiel – wie gesagt, es gäbe viele weitere – ist das Thema Personalausstattung. Dazu hat der Kollege gerade viel Richtiges gesagt.

(Zurufe von der SPD: Alles!)

Es ist ein Witz, sich für die Stellenhebungen im mittleren Dienst – diese mehrere Handvoll – feiern zu lassen.

(Abg. Hans Heinz CDU: Ich habe sie gar nicht erwähnt!)

Wir wissen seit vielen Jahren – die Kienbaum-Studie liefert den wissenschaftlichen Beweis –,

(Abg. Hans Heinz CDU: Das ist ja unglaublich!)

dass die Polizistinnen und Polizisten gerade in diesem Bereich deutlich unterbezahlt sind. Wir liegen auch hier weit unter dem Bundesdurchschnitt, was die wichtigen Besoldungsgruppen – gerade A 7 und A 8 – angeht. Da sind die anderen besser als wir. Wir sind nicht Spitze.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Die lasse ich jetzt nicht zu, weil ich nur kurz zu diesem Thema reden will. In der zweiten Runde können wir das gern machen.

(Oh-Rufe von der CDU – Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Andere haben es gemacht, andere sind da besser. Andere haben auch knappe Kassen, wollen auch die Nullnettoneuverschuldung. Aber die setzen andere Instrumente ein. In diesem Zusammenhang gibt es noch eine ganze Reihe ungelöster Fragen.

Was, meine Damen und Herren, ist insgesamt zu tun? Da sieht man, dass der Landesregierung tatsächlich der Mut zu weit gehenden Entwürfen fehlt – stattdessen viel Klein-Klein

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

und viele, viele kleine Schritte. Wir sagen, die Verbindung von Innovation mit mittel- und langfristiger Konsolidierung wäre auch hier im Bereich der Organisation und der künftigen Personalaufstellung der Polizei die richtige Antwort. Deshalb fordert meine Fraktion im Rahmen der Dienstrechtsreform ein verbindliches Konzept zur Einführung der zweigeteilten Laufbahn bei der Polizei.

(Glocke des Präsidenten)

Das ist für uns die adäquate Antwort auf die Misere.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege, es gibt noch einmal eine Zwischenfrage. Würden Sie gern –

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Die Antwort heißt wieder: Nein.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Ah ja, gut.

(Heiterkeit)

Dann würde ich gern feststellen: Sie beantworten während Ihrer Rede keine Zwischenfragen.

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ich beantworte keine, weil ich mich zugunsten der Verkehrsdebatte kurz fassen will. Keine Zwischenfragen.

(Heiterkeit – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Es wird nicht angerechnet!)

Zum Schluss ein kritischer Blick auf den Bereich der inneren Sicherheit.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Die Fragen muss dann jemand anders beantworten!)

Da wird es wie immer spannend. Da lobt sich die CDU-Fraktion dafür, ihr Spielgeld so vortrefflich eingesetzt zu haben. Wir haben bessere Deckungsvorschläge; dazu kommen wir später.

Jetzt einmal im Ernst: Etliche, aber bei Weitem nicht alle Haushaltsansätze in diesem Bereich finden unsere Zustimmung.

(Abg. Hans Heinz CDU: Tatsächlich?)

– Das wissen Sie aus der Fachdebatte. – Fern der Polemik finden sie selbstverständlich unsere Zustimmung.

Aber eine Aufgabe gibt es, und ihr müssen wir uns einmal stellen. Wir haben seit 2001 in allen möglichen Bereichen aufgrund neuer Gefahrenszenarien immer wieder aufgerüstet und

(Hans-Ulrich Sckerl)

aufgerüstet. Jede einzelne Maßnahme hat sicher gute Gründe für sich reklamieren können.

(Zuruf des Abg. Hans Heinz CDU)

Eine Kosten-Nutzen-Analyse, Herr Innenminister, eine kritische Überprüfung all dieser Maßnahmen hat nicht stattgefunden. Davor haben Sie sich bisher gescheut. Diese Evaluation fordern wir, bevor Sie weiter aufrüsten. Das gilt sowohl für den Bereich der Videoüberwachung als auch für den der Computerüberwachung. Sie haben ja persönlich offensichtlich Lust am Hacken der privaten Computer von Bürgerinnen und Bürgern; das konnte man in den letzten Tagen in der Zeitung lesen.

Bevor all das kommt, fordern wir in diesem Hause eine kritische Überprüfung. Dann kann man sicher darüber reden. Bürgerrechte sind ein hohes Gut, meine Damen und Herren. Wir Grünen werden uns auch in Zukunft bei der Verteidigung dieser Rechte von niemandem übertreffen lassen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Thomas Blenke CDU:
Nichts über den Verkehr? Sie wollten doch schwerpunktmäßig über den Verkehr reden!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Kluck das Wort.

(Zuruf von der SPD: Oh! Jetzt aber! – Unruhe)

Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Herr Präsident,

(Abg. Thomas Blenke CDU: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?)

meine Damen und Herren! Auch die vereinten Kritikbemühungen der Opposition ändern nichts daran, dass der Entwurf des Haushaltsplans des Innenministeriums die Weichen richtig stellt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Seit 1996 gehört Baden-Württemberg mit großem Abstand zu den sichersten Regionen Deutschlands.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Vorher nicht? – Abg. Reinhold Gall SPD: Dafür kann die Landesregierung nichts!)

Da muss ich die Aussagen des Kollegen Heinz etwas präzisieren. Er hat das nicht so klar gesagt. Es ist kein Zufall, sondern eine Tatsache: Seit über zehn Jahren in Folge, also seit die Liberalen die Regierungspolitik wieder mitbestimmen,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Hör auf! Die Balken biegen sich!)

nimmt unser Land mit einer der niedrigsten Kriminalitätsraten und einer der höchsten Aufklärungsquoten im Ländervergleich eine Spitzenposition ein. Das ist so.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Was hat das mit Ihnen zu tun? – Abg. Thomas Blenke CDU: Wegen oder trotz?)

Damit das so bleibt, meine Damen und Herren, wird die FDP/DVP-Landtagsfraktion dem Etat des Innenministeriums zustimmen,

(Zuruf von der SPD: Nein! Ehrlich?)

denn wir sind ja nicht diese Unsicherheitskantonisten, zu denen uns manche immer wieder abzustempeln versuchen. Wir wollen, liebe Kolleginnen und Kollegen, einen wehrhaften Rechtsstaat,

(Abg. Thomas Blenke CDU: Gut!)

und wir geben Polizei und Verfassungsschutz das, was beide zur Erfüllung ihrer Aufgaben brauchen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wir wollen, dass konsequent gegen Verherrlichung und Unterstützung von islamistischem Terror und nazistischem Rechtsradikalismus vorgegangen wird.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

– Keine Sorge, das kommt noch, Kollege Zimmermann.

Wer Demokratie und pluralistische Gesellschaft bekämpft, muss selbst mit aller Härte bekämpft werden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wer Religionsfreiheit und Toleranz, Gleichberechtigung und Selbstbestimmung abschaffen will, stößt auf unseren erbiterten Widerstand. Wir lehnen totalitäre und diktatorische Bestrebungen ab, auch wenn sie unter religiösem Deckmantel daherkommen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Peter Hofelich SPD: Genau!)

Wir wachen aber auch, meine Damen und Herren, über die bürgerlichen Freiheiten, mit denen der Staat nicht nach Belieben verfahren kann. Der Staat darf die in der ganz großen Mehrheit rechtstreuen Bürgerinnen und Bürger nicht unter Generalverdacht stellen. Er hat ihre Privatsphäre und den Datenschutz zu achten. Ich habe hier schon mehrfach daran erinnern müssen, dass man die Freiheit nicht dadurch verteidigen kann, dass man sie abschafft.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Deshalb sind wir Liberalen gegen unsinnige Gesetzesverschärfungen, gegen noch mehr Videoüberwachungen und Datensammelwut. Wir lehnen auch unverhältnismäßige Grundrechtseingriffe wie präventive Telefonüberwachung, hemungslose Kontenschnüffelei, Vorratsdatenspeicherung, Sicherungshaft ohne konkreten Tatverdacht und automatische Autokennzeichenerfassung ab.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl Zimmermann CDU: Total daneben!)

(Hagen Kluck)

Wir sind froh, Herr Kollege Zimmermann, dass der Bundesgerichtshof unsere Auffassung bestätigt hat, dass heimliche Onlineüberwachung auf keinen Fall zum polizeilichen Standard gehören darf.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Er hat nur gesagt, dass man ein Gesetz braucht!)

– Wir halten auch ein Gesetz dafür für überflüssig.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Thomas Blenke CDU: Die Rede hat so gut angefangen!)

Das Bekenntnis des Kollegen Gall zu den Bürgerrechten hat sich gut angehört – das gebe ich zu –, es ist aber leider nicht glaubhaft, wenn man an die mehr als einmal für rechtswidrig erklärte Regierungspraxis in Berlin denkt.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Meine Damen und Herren, Polizei und Verfassungsschutz mangelt es nicht an gesetzlichen Instrumenten, sondern teilweise noch – das will ich gern zugeben – an Personal- und Sachausstattung. Wir brauchen längerfristig breitere Einstellungskorridore bei der Polizei und besser bewertete Stellen bei der Arbeit vor Ort.

(Zurufe von der SPD: Was heißt „längerfristig“? – Warum handelt ihr dann nicht?)

– Ja, wir sind doch dabei. – Um das Sparziel dabei nicht aus den Augen zu verlieren, wollen wir einen verstärkten Austausch zwischen Bereitschaftspolizei und den Polizeidirektionen.

PD ist nicht gleich PD. Dort, wo es besondere Aufgaben gibt, muss es auch eine besondere Ausstattung dafür geben. Wir fordern den Innenminister auf, sich der besonderen Belange der Kriminalpolizei anzunehmen. Hier darf er sich nicht allein auf die Statistiken des Landespolizeipräsidenten verlassen.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Hier muss Minister Rech selbst nach dem Rechten sehen.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Ich möchte mich dem hier bereits gesagten Dank an unsere Polizeibeamtinnen und -beamten anschließen, die ja wirklich unter nicht einfachen Bedingungen sehr gute Arbeit leisten.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das stimmt!)

Auch deshalb steht die Fraktion der FDP/DVP zu einem modernen Berufsbeamtentum mit einer leistungsgerechten Besoldung. Mit den Stellenhebungen im mittleren Dienst bei der Polizei sind wir auf dem richtigen Weg. Wir wollen ihn weitergehen. Wir können nicht alle Wünsche auf einmal erfüllen, wenn wir das Sparziel im Auge behalten wollen, aber wir gehen diesen Weg weiter.

(Zurufe von der SPD: Wie viele Stellen? – Gegenruf des Abg. Thomas Blenke CDU: Mehr als eine Handvoll! 700!)

Nun zu dem, was Kollege Sckerl gesagt hat: Wir brauchen keine neue Organisationsreform. Da haben wir genug gemacht, und jetzt müssen wir die Betroffenen erst einmal schaffen lassen.

Die Sache mit dem Digitalfunk ist in der Tat ein Trauerspiel. Aber die Hauptakteure spielen nicht auf Stuttgarter, sondern auf Berliner Bühnen, und die Kulissen sind rot-grün und allemal schwarz-rot, aber schwarz-gelbe habe ich da noch nicht gesehen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, wir stehen zu unseren Kommunen. Dass wir die Finanzausstattung der Gemeinden, Städte und Kreise bis 2010 einvernehmlich regeln konnten, dass es eine Präzisierung des Konnexitätsprinzips in der Verfassung geben wird, dass wir die Stellung der kommunalen Landesverbände vor dem Staatsgerichtshof und durch eine gemeinsame Finanzkommission stärken, das sind gute Voraussetzungen für das Miteinander von Vater Staat und Mutter Kommune.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Bei der Verwaltungsstrukturreform – das lassen wir uns auch von Ihnen, Herr Kollege Gall, nicht vergällen – gibt es kein Zurück, sondern nur Korrekturen nach vorne.

(Zuruf von der SPD: Was heißt das? – Abg. Reinhold Gall SPD: Nur zu!)

Wir halten generell auch an der angepeilten Effizienzrendite fest. Meine Damen und Herren, für uns ist die Reform eine Daueraufgabe, weil wir von mehr Bürgernähe und weniger Bürokratie gar nicht genug bekommen können.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Davon ist bei der Verwaltungsreform aber gar nichts zu sehen! – Zuruf von der FDP/DVP: Sehr gute Rede! – Abg. Thomas Blenke CDU: Für die ersten drei, vier Minuten hätten wir auch klatschen können!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort erteile ich Herrn Innenminister Rech.

Innenminister Heribert Rech: Herr Präsident, meine Damen und Herren Kollegen!

(Der Redner greift nach dem neben dem Rednerpult stehenden Wasserglas. – Abg. Karl Zimmermann CDU: Herr Kluck hat das Wasser nicht angerührt!)

– Herr Kluck hat doch kein Wasser getrunken.

(Heiterkeit – Beifall)

Meine Damen und Herren, jetzt wollte ich allen meinen Vorrednern ein herzliches „Prosit“ zurufen, aber das kann ich jetzt natürlich nicht tun.

(Minister Heribert Rech)

Aber das ist ganz ernsthaft gemeint: Im Bereich der Innenpolitik verstehen wir uns – wenn ich Revue passieren lasse, was eben gesagt wurde – doch recht gut – relativ gut. Wir wissen zwar nicht immer, was Sie meinen, Herr Kollege Gall,

(Heiterkeit – Abg. Reinhold Gall SPD: Ich erkläre es gern noch einmal!)

und vor allem nicht, wie Sie das bezahlen wollen, aber wir verstehen uns in weiten Teilen sehr gut.

(Beifall – Abg. Reinhold Gall SPD: Wenn ich noch Redezeit bekomme, fange ich noch einmal von vorne an! – Heiterkeit)

Ich wiederhole es mit allem Ernst, meine Damen und Herren: Ich stelle in der Tat immer wieder eine große Schnittmenge fest. Auch was Kollege Hagen Kluck gerade zum Verhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit gesagt hat, muss der Ansatz jedes verantwortungsvollen Innenministers sein; keine Frage. Das muss uns jeden Tag beschäftigen. Auf Einzelheiten gehe ich nachher noch ein. Wenn Sie gestatten, will ich meine Ausführungen zweiteilen. Ich spreche zunächst zum Thema „Innere Sicherheit“ und gehe später, in einem eigenständigen Teil, auf den Verkehrsbereich ein.

Meine Damen und Herren, die Weichen sind gestellt. Die Innenverwaltung – das will ich betonen – hat ihre finanzpolitischen Aufgaben erfüllt und ihren Beitrag zu dem überragenden Ziel, das wir alle haben müssen, erbracht und einen soliden Haushalt vorgelegt, um die Schritte bis zum Jahr 2011 konsequent zu gehen. Wenn ich jetzt berücksichtige, was wir an Limitkürzungen, an globalen Minderausgaben und an zusätzlichen Einsparauflagen haben, stelle ich fest, dass wir im Innenressort insgesamt einen Beitrag von 160 Millionen € zur Konsolidierung des Landeshaushalts geleistet haben. 160 Millionen € sind wahrhaftig kein kleiner Brocken. Diese Summe einzusparen ist uns – ich gebe es zu – in der Tat an keiner Stelle leichtgefallen.

Gleichzeitig haben wir aber sichergestellt, dass in den Sicherheitsbereichen die notwendigen Ressourcen zur Verfügung stehen. Herr Gall, ich führe die wesentlichen Punkte gleich an. Natürlich könnte man immer und überall noch mehr tun. Man kann auch das Doppelte dessen machen, was man machen kann, wenn man kein Geld hat oder keines ausgeben will, das man nicht hat.

(Abg. Stephan Braun SPD: Diese Logik verstehe ich jetzt nicht!)

Die Leistungsfähigkeit unserer allgemeinen Verwaltungsbehörden bleibt gewahrt. Dazu sage ich nachher auch noch einen Satz. Der öffentliche Personennahverkehr kann trotz der gekürzten Bundesmittel in ganz herausragendem Umfang betrieben werden. Die für Neubau, Umbau und Ausbau und die Erhaltung der Landesstraßen erforderlichen Mittel stehen in ausreichendem Umfang zur Verfügung.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Meine Züge fallen weg!)

– Herr Palmer, zu Ihnen komme ich auch noch, solange Sie noch da sind.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Zuständigkeitsbereich des Innenministeriums ist in der Tat weit gespannt. Kollege Heinz hat das ja dargestellt. Ich möchte zunächst auf das Themenfeld „Innere Sicherheit“ eingehen.

Wir haben in Baden-Württemberg seit mehr als zehn Jahren ein hohes Sicherheitsniveau. Sie alle kennen die Zahlen und Daten. Grundlage dieses anhaltenden Erfolgs ist eine moderne und konsequente Gesamtstrategie. Dabei stehen die Bürgerinnen und Bürger, steht aber auch die Zusammenarbeit aller Behörden im Mittelpunkt. Wir haben eine moderne Bürgerpolizei. Das Bild der Polizei und die Art und Weise, wie sie ihren Dienst versieht, haben sich in den letzten 10, 15 oder 20 Jahren grundlegend gewandelt.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Und sehr positiv!)

Trotz dieser guten Vorzeichen und dieser guten Ergebnisse gibt es Gefahren. Ein zentrales Bedrohungspotenzial ist im islamistischen Extremismus und Terrorismus zu sehen. Es wurde vorhin erwähnt; ich will es aber noch einmal wiederholen. Meine Damen und Herren, es war nur ein kleiner Konstruktionsfehler der Kofferbomben, der verhindert hat, dass am 31. Juli 2006 ein Anschlag auf zwei deutsche Regionalzüge am Ende möglicherweise geglückt wäre. Es wäre der erste Terrorakt von Islamisten auf deutschem Boden gewesen.

In Fällen wie diesen stehen wir vor dem Problem, dass die Täter durch einen schlichten Mausklick im Internet ihr virtuelles Ausbildungslager erreichen können. Dadurch haben die Ermittlungsbehörden deutlich weniger Ansatzpunkte, um Anschlagsvorbereitungen rechtzeitig erkennen und erfolgreiche Gegenmaßnahmen ergreifen zu können. Hierauf müssen wir unser Augenmerk richten. Das Zeitfenster für die Polizei, um zuzugreifen, ist damit deutlich enger geworden. Der Kampf gegen den islamistischen Terrorismus ist äußerst personal- und kostenintensiv. Zur Verdeutlichung, meine Damen und Herren: Wir haben allein in einem einzigen Ermittlungsverfahren Sachkosten, die sich auf 480 000 € belaufen haben.

Die Polizei in Baden-Württemberg hat auf die sich wandelnden Erscheinungsformen des islamistischen Terrorismus reagiert. Wir haben ein neues Bekämpfungskonzept entwickelt, das die bisherige Strategie ergänzt und ein Maßnahmenpaket enthält, das auf den islamistischen Terrorismus moderner Prägung zugeschnitten ist. Wir werden in Baden-Württemberg auch in Zukunft konsequent gegen jegliche Form des Extremismus und Terrorismus, gleich welcher Couleur, vorgehen. Meine Damen und Herren, ich füge hinzu: Dazu gehört auch die konsequente Abschiebung von Personen, die hier bei uns nichts zu suchen haben.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Dies gehört zur selben Seite der Geschichte.

Auch der Polizeibereich – daran führt kein Weg vorbei – muss zur Konsolidierung des Landeshaushalts beitragen. Wir achten aber darauf, dass die Polizei die personellen und finanziellen Ressourcen erhält, die sie tatsächlich braucht, um ihre Aufgaben optimal zu erfüllen.

(Minister Heribert Rech)

Jetzt will ich hinzufügen, weil ich das immer sage und schon immer gesagt habe, auch öffentlich: Die Polizei arbeitet mit einer denkbar dünnen Personaldecke. Dies ist wohl wahr. Das Betreuungsverhältnis, die Polizeidichte ist nicht genauso hoch wie in anderen Bundesländern, aber die Ergebnisse sind besser,

(Abg. Thomas Blenke CDU: So ist es!)

weil nicht nur die Zahl der Polizeibeamten entscheidend ist, sondern es auch auf die Ausbildung, die Ausstattung, die Motivation, die Besoldung und vieles andere mehr ankommt.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Politische Rahmenbedingungen!)

Unser wichtigstes Ziel einer soliden Finanzierung ist es, trotz der notwendigen Restriktionen die bisherigen Standards zu erhalten. Die sind in der Tat, wie mir alle Innenministerkollegen aus den anderen Bundesländern bestätigen, in Baden-Württemberg besonders hoch. Wir treten dafür ein, dass die Polizei ihre Mittel bekommt, und zwar gleichmäßig und zuverlässig.

Der operative Bereich hat dabei Vorrang. Die technische Ausstattung – ich möchte dieses Stichwort aufgreifen, weil Sie, Herr Gall, gefragt haben, wo die Verbesserungen sind, oder pauschal in Abrede gestellt haben, dass es überhaupt Verbesserungen gegeben hat – der Polizei ist von besonderer Bedeutung. Eine zuverlässige, zeitgemäße Technik ist Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Polizei.

Erstens: Ich nenne in diesem Zusammenhang die Modernisierung der polizeilichen Informations- und Kommunikationstechnik. Die DV-Infrastruktur in Baden-Württemberg war bisher zentral und heterogen aufgestellt. Die Datenverarbeitung wird in einen zentralen Betrieb mit zeitgemäßer Technik überführt.

Zweitens: Das gemeinsame Vorgangsbearbeitungssystem ComVor der Länderkooperation Hamburg, Hessen, Baden-Württemberg und Brandenburg wird jetzt landesweit bei der Polizei eingeführt. ComVor löst die bisher eingesetzten Vorgangsbearbeitungssysteme ab. Das ist ein großer Schritt nach vorne.

Der Digitalfunk wurde angesprochen. Dazu gibt es jetzt natürlich vieles zu sagen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Sagen Sie einmal etwas zu Schily!)

– Kollege Otto Schily ist nicht mehr im aktiven Dienst. Deswegen sollte man das, was er uns eingebrockt hat, jetzt nicht in aller Breite erörtern.

Wir haben – ich will es positiver formulieren – auf dem Weg zum Aufbau des Netzes in den zurückliegenden Monaten bereits wesentliche Meilensteine erreicht, z. B. den Abschluss eines rechtskräftigen Vertrags mit der Firma EADS über die Lieferung der Systemtechnik und die Paraphierung des Verwaltungsabkommens, das die Zusammenarbeit von Bund und Ländern regelt.

Als weiterer Schritt sollte dann Ende 2006 der Auftrag für Netzplanung, Aufbau und Betrieb vergeben werden. Aber das Angebot der DB Telematik, eines Tochterunternehmens der Deutschen Bahn, war inhaltlich und preislich weder tragfähig noch verhandlungsfähig. Deshalb soll das alternative Betreibermodell – wenn Sie so wollen, der Plan B –, das von Bund und Ländern bereits in Eckpunkten erstellt wurde, umgehend weiterentwickelt werden.

Bund und Länder verfolgen weiterhin das Ziel, bis spätestens 31. Dezember 2010 das Gesamtnetz aufzubauen und bundesweit in Betrieb zu nehmen. Wir dürfen uns darüber freuen – Kollege Heinz hat darauf hingewiesen –: Stuttgart wird hier als Pilotgebiet fungieren. Wir werden also früher als andere Bundesländer Erfahrungen mit dieser neuen Technik sammeln können.

Meine Damen und Herren, ich will es nicht verschweigen: Wir haben Zeit verloren. Otto Schily hat ohne Ausschreibung vergeben. Entsprechend war das Angebot. Wir sind nicht auf einen Nenner gekommen. Da sind Monate ins Land gegangen. Aber das wird uns nicht daran hindern, am Ziel festzuhalten.

(Beifall des Abg. Thomas Blenke CDU)

Mehr möchte ich dazu nicht sagen.

Ein weiterer Schwerpunkt im Doppelhaushalt sind Verbesserungen beim Landeskriminalamt für die Erarbeitung von DNA-Analysen. 2005 trat das Gesetz zur Novellierung der forensischen DNA-Analyse in Kraft. Damit haben sich die Auftragszahlen für molekulargenetische Untersuchungen beim Kriminaltechnischen Institut mehr als verdoppelt. Daher ist die im Haushalt eingeplante Erweiterung der Teilautomatisierung der DNA-Analytik beim Landeskriminalamt von großer Bedeutung.

Es wurde – ich weiß nicht mehr, wer es gesagt hat – von immer neuen Szenarien, die immer neue Mittel und Ausstattungen erforderten, gesprochen. Meine Damen und Herren Kollegen, ich bitte schon, zu konstatieren, dass wir diese Szenarien nicht erfinden. Wir sind hier nicht virtuell unterwegs, sondern die Szenarien ergeben sich, weil sich natürlich auch die technischen Möglichkeiten der Extremisten und Terroristen erweitern, und die nutzen diese technischen Möglichkeiten. Da müssen wir einfach Schritt halten. Mir wäre es auch lieber, diese Entwicklung würde anders verlaufen. Aber es ist nun einmal so, wie es ist. Deswegen müssen wir Schritt halten. Also: Wir brauchen eine verbesserte Ausstattung für die Terrorismusbekämpfung.

In diesem Zusammenhang will ich dem Finanzausschuss ganz ausdrücklich danken. Er hat sich für eine Verbesserung der technischen Ausstattung des Landeskriminalamts – insbesondere im Bereich der Telekommunikation – zur Terrorismusbekämpfung eingesetzt und dem Landtag empfohlen, die notwendigen Mittel bereitzustellen. Das Stichwort „IMSI-Catcher“ ist gefallen. Allein ein solches Gerät kostet 500 000 €, wenn ich das noch richtig im Kopf habe.

Nur ein Wort zur Stellensituation, Herr Kollege Gall, und zum Stellenabbau bei der Polizei. Es ist wahr: Wir müssen sowohl beim Polizeivollzugsdienst als auch beim Nichtvollzugspersonal die Zahl der Stellen reduzieren. Zwischen 2008 und

(Minister Heribert Rech)

2010 müssen insgesamt 799 Planstellen des Polizeivollzugsdienstes und 2014 weitere 50 Planstellen abgebaut werden. Die erste Abbaurate, die für das Jahr 2008, umfasst insgesamt 265 Stellen. Weitere Streichungen kommen im Zuge der Erwirtschaftung der Effizienzrendite hinzu. Punktuelle Verbesserungen werden in folgenden Bereichen aber dennoch eintreten:

Den aus altersstrukturellen Gründen schlechten Beförderungsmöglichkeiten für Polizeimeister und Polizeiobermeister – auch Kollege Sckerl hat dies angesprochen – wollen wir unter anderem mit dem Einstieg in einen „atmenden Stellenplan“ begegnen, der insgesamt 1 400 Stellenhebungen im mittleren Polizeivollzugsdienst ab 2007 umfasst.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD: Das weiß bei der Polizei auch niemand, was das ist!)

Herr Gall, wenn Sie sich dadurch wohler fühlen, dann füge ich jetzt in aller Deutlichkeit das, was ich auch schon an anderer Stelle mehrfach gesagt habe, hinzu: Dies sind jährlich 350 Stellen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Und nicht 70, wie er sagt!)

Zwei und zwei gibt vier, und vier mal 350 gibt 1 400. Wenn Sie sagen, Sie könnten das an zwei Händen abzählen, muss ich feststellen: So viele Finger haben Sie sicherlich nicht.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

– Das haben Sie nicht gesagt. Dann nehme ich das zurück. Es war der Kollege Sckerl.

Der Anteil der Stellen des gehobenen Polizeivollzugsdienstes soll von 2006 bis 2010 schrittweise von 50 auf 55 % erhöht werden. Im Hinblick auf den Personalbedarf und die zu seiner Deckung erforderlichen Einstellungen reichen die vorhandenen Ausbildungsstellen für Polizeianwärter bei der Bereitschaftspolizei mittelfristig nicht mehr aus. Die Einstellungen für 2007 und die folgenden Jahre stehen noch nicht abschließend fest. Das wird auch davon abhängen, wie sich die Verlängerung der Lebensarbeitszeit gestaltet. Ab 2008 dürften die jährlichen Einstellungszahlen auf ca. 600 ansteigen. Deshalb ist für das Haushaltsjahr 2008 die Neubewilligung von immerhin 113 Stellen für Polizeimeisteranwärter eingeplant.

Bei der Bewahrung der inneren Sicherheit unseres Landes, insbesondere im Hinblick auf die Bekämpfung des islamistischen Terrorismus, kommt auch, meine Damen und Herren – dies möchte ich heute auch noch ansprechen –, dem Verfassungsschutz eine ganz herausragende Bedeutung zu. Deshalb erhält das Landesamt für Verfassungsschutz Mittel für drei Projekte – und dafür bin ich sehr dankbar –, die dazu beitragen sollen, zielsicher und effektiv neue Anschläge zu verhindern.

In Stichworten, weil es angesprochen worden ist: der dritte Observationstrupp. Sie wissen, terroristische Gewalttäter agieren mit hoher Konspirativität. Quellen sind deswegen nur schwer zu gewinnen. Technische Abhörmaßnahmen können nur ganz gezielt und begrenzt zu neuen Erkenntnissen führen. Deswegen brauchen wir – begleitend und überprüfend – zu-

sätzlich Observationen. Mit der Schaffung eines dritten Observationstrupps ist gewährleistet, dass wir das Mittel der Observation noch genauer und effizienter einsetzen können.

Der zweite Bereich ist das Internetkompetenzzentrum. Die modernen Kommunikationswege entwickeln sich mit atemberaubender Geschwindigkeit. Terroristen wissen diesen Fortschritt zu nutzen. Der baden-württembergische Verfassungsschutz ist bereits heute bundesweit Spitze, wenn es darum geht, Terroristen im Internet aufzuspüren und zu beobachten. Umso wichtiger ist es, dass er auch die notwendigen Mittel dafür erhält. Wir haben uns vorhin im Gremium nach Artikel 10 GG darüber unterhalten. Meine Damen und Herren, für die Bereitstellung der personellen und sächlichen Ressourcen des Kompetenzzentrums durch dieses Haus bedanke ich mich sehr herzlich.

Ein Drittes und Letztes: die Antiterrordatei. Zahlreiche Behörden wirken an der Sicherheitsarchitektur in unserem Land mit. Umso wichtiger ist es dann, dass alle verfügbaren Informationen zum richtigen Zeitpunkt an den richtigen Empfänger gelangen. Der Bund hat deswegen auf Initiative Baden-Württembergs für den höchst brisanten Bereich des internationalen Terrorismus beschlossen, eine gemeinsame Datei, nämlich die Antiterrordatei, zu schaffen. Mit den gemäß den Beschlüssen des Finanzausschusses für Polizei und Verfassungsschutz zusätzlich bereitgestellten Mitteln sind die Voraussetzungen für einen reibungslosen Betrieb der Datei in Baden-Württemberg gegeben.

Meine Damen und Herren, ich glaube, man kann hier konstatieren – das möchte ich zum Schluss in dieser Runde noch sagen –: Wir sind im Innenressort einerseits unserer Verantwortung und Verpflichtung nachgekommen, und zwar in erheblichem Umfang, unseren Teil zur Konsolidierung des Haushalts beizutragen, haben andererseits aber gleichwohl in den hochsensiblen Bereichen der inneren Sicherheit zusätzliche Mittel bereitgestellt. Also das Instrumentarium stimmt, das Personal stimmt,

(Abg. Stephan Braun SPD: Die Motivation stimmt nicht!)

die Ausstattung stimmt, und die Ausbildung stimmt.

Die Motivation, lieber Kollege Gall, ist anders, als Sie sie hier beschreiben wollen. Ich bestätige Ihnen eines – da bin ich mit Ihnen einer Meinung –: Stabilität und innere Sicherheit haben in einer pluralistischen Gesellschaft, in einem demokratischen Gemeinwesen vieles gemeinsam, sie bedingen einander. Aber allein mit dem Ruf nach mehr Beförderungen, nach mehr Personal, nach besserer Ausstattung, nach mehr Geld wird es nicht getan sein. Daran ist man schon früher gescheitert. Ich weiß nicht, wer es gesagt hat – Faust II; sagen wir, es war Mephisto –:

*Welch Unheil muss auch ich erfahren!
Wir wollen alle Tage sparen
und brauchen alle Tage mehr.*

Herr Gall, die Folterkammer, die Sie vorhin erwähnt haben, gibt es nicht im „Stami“, aber die spüre ich in Ihnen, weil Sie natürlich selbst merken, dass dieser Spagat zwischen dem übergeordneten Ziel eines soliden Staatshaushalts und dieser

(Minister Heribert Rech)

Aneinanderreihung von Mehrforderungen überhaupt nicht zu schaffen ist.

Das ist zu einfach.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wir haben für unsere Mehrforderungen Deckungsvorschläge gemacht!)

Jeder neuen Herausforderung mit der reflexartigen Forderung – das ist fast schon ein pawlowscher Reflex – nach mehr Personal, nach mehr Ausstattung begegnen zu wollen, ist zu einfalllos. Damit werden wir den Herausforderungen nicht gerecht.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wir haben Deckungsvorschläge gemacht!)

– Diese Vorschläge sind alle derart untauglich, dass ich jetzt gar nicht darauf eingehen will.

Eine Frage hätte ich aber noch, die Sie, Herr Gall, vielleicht in der zweiten Runde beantworten können. Sie haben davon gesprochen, dass wir während der Fußballweltmeisterschaft gerade noch so an einer Katastrophe vorbeigeschrammt seien. Diese habe ich aber nirgendwo gesehen. Wenn Sie damit allerdings meinen, dass wir nur Dritter geworden sind, dann mag dies sein. Das haben wir ja jetzt wieder ausgebügelt.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Gab es nun Warnungen vor einem Anschlag oder nicht? Das habe ich doch damit gemeint!)

– Ja, gut. Wir haben die Fußballweltmeisterschaft hervorragend bestanden, sowohl die Akteure auf dem Rasen als auch die Akteure in Grün. Ich habe da überhaupt nichts auszusetzen. Darüber unterhalten wir uns dann nachher noch.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wobei die Handballer besser waren! Das wissen Sie, oder?)

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich für die ausgezeichnete kollegiale Zusammenarbeit auf dem Feld der inneren Sicherheit, die in allen Gremien spürbar war. Wäre dies nicht so gewesen, wären wir sicherlich schwerlich zu diesen guten Ergebnissen, wie wir sie jetzt haben und wie sie sich in diesem Haushalt auch niederschlagen, gekommen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Stephan Braun SPD: Die Rede war ein bisschen müde!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort erteile ich Frau Abg. Razavi für die Fraktion der CDU.

Abg. Nicole Razavi CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Baden-Württemberg ist ein hoch industrialisiertes Land. Wir liegen im Herzen Europas und sind damit das Transitland Nummer 1. Mit den höchsten Wachstumsraten und der geringsten Arbeitslosigkeit ist Baden-Württemberg der europäische Wachstumsmotor.

Diese Spitzenstellung wollen wir behaupten. Das ist Ziel der der Politik der CDU. Grundvoraussetzung dafür ist eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur. Sie ist für das Land lebens-

wichtig. Das überragende Ziel unserer Politik ist der Stopp der Neuverschuldung bis 2011, weil wir davon überzeugt sind, dass wir die Chancen der zukünftigen Generationen nicht länger durch immer neue Schulden verspielen dürfen. Wir haben uns einen harten Sparkurs auferlegt. Aber die CDU-Landtagsfraktion bekennt sich ebenso zu ihren verkehrspolitischen Aufgaben.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig!)

Der Landesstraßenbau ist deshalb einer unserer Investitionsschwerpunkte. Mit 131 Millionen € stehen in diesem und im nächsten Jahr deutlich mehr Mittel zur Verfügung als 2006.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Die seit 1997 für den Landesstraßenbau aufgelegten Sonderfinanzierungsprogramme werden bis 2012 sukzessive in den Landeshaushalt integriert. Neben den Aus- und Neubaumaßnahmen hat die Erhaltung der Landesstraßen auch in diesem Haushalt einen hohen Stellenwert; eingeplant sind hierfür jährlich über 50 Millionen €.

Dass die Verkehrsspezialisten der SPD mehr Erhaltungsmittel fordern, ist ihr gutes Recht. Sie bleiben dabei aber weit unter unserem Ansatz.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Hört, hört!)

Wir sind also wieder einmal besser, als Sie meinen,

(Zuruf von der SPD: Das merkt nur keiner!)

und es ist sicherlich auch in Ihrem Sinn, wenn wir Ihren Antrag ablehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Es ist nichts Neues, dass wir besser sind!)

Insgesamt werden wir uns sicherlich nicht alles Wünschenswerte leisten können. Aber wir wollen das, was wir uns leisten können, optimal hinbekommen.

Für den Ausbau und den Erhalt der 1 000 km Autobahnen und der 5 000 km Bundesstraßen in Baden-Württemberg trägt der Bund die Verantwortung. Rechtlich und planerisch könnten zurzeit Bundesstraßenprojekte mit einem Gesamtvolumen von 1 Milliarde € sofort begonnen werden. Dieser Investitionsstau, meine Damen und Herren, muss dringend nach und nach ausgeglichen werden.

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Das ist überholt! – Zuruf der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE)

Der Investitionsrahmenplan des Bundes enthält allein für Baden-Württemberg Verkehrsprojekte mit einem Volumen von über 3 Milliarden €. Dass er nun endlich auf dem Tisch liegt, begrüßen wir sehr. Wir kritisieren aber, dass der Fünfjahresplan keine Finanzierungsaussagen macht und dass das, was alles darin steht, ohnehin nicht finanzierbar ist.

(Beifall des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

(Nicole Razavi)

Bevor der Plan tatsächlich wirksam werden kann, gibt es deshalb aus unserer Sicht noch ganz erheblichen Beratungsbedarf zwischen Land und Bund.

Grundsätzlich ist eines klar: Die finanzielle Situation von Bund und Ländern macht langfristige Verkehrsplanungen unmöglich. Wir sind deshalb davon überzeugt, dass wir einen grundsätzlichen Systemwechsel brauchen. Das heißt, wir müssen bei der Verkehrsfinanzierung weg von der reinen Haushaltsfinanzierung, hin zu einer Finanzierung über die Nutzer bei gleichzeitiger steuerlicher Entlastung. Wir hätten damit eine solide Finanzierungsgrundlage und nicht Verkehrsinvestitionen nach Kassenlage.

Die zweite Pulsader unseres Landes, meine Damen und Herren, sind die Schienenwege und der ÖPNV. Seit 1996 – da sollten Sie genau zuhören –

(Abg. Stephan Braun SPD: Nicht so lehrmeisterlich!)

hat das Land den ÖPNV um 50 % ausgebaut, so stark wie kein anderes Land.

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Dass wir das Angebot auf der Schiene jetzt um 3 % kürzen müssen, schmerzt. Die Reaktionen vor Ort sind nachvollziehbar, treffen aber die Falschen. Für all diejenigen, die von einem Kahlschlag reden und uns Verantwortungslosigkeit vorwerfen, nochmals die Fakten und die Tatsachen zum Mitschreiben:

Erstens – das ist heute schon mehrfach erwähnt worden – war es der Bundesfinanzminister, der die Regionalisierungsmittel um 70 Millionen € jährlich, insgesamt 290 Millionen €, gekürzt hat.

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Das stimmt nicht! – Gegenruf des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Lesen Sie einmal die Vorschläge, die er gemacht hat! – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU – Unruhe)

Unsere Landesregierung hat im Bundesrat immer dagegen gekämpft – vielleicht können Sie sich das auch merken, wenn Sie zuhören – und den Kürzungen nicht zugestimmt.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Und was heißt das? – Abg. Stephan Braun SPD: Nein, es ist die Koalition, die das zusammen beschlossen hat, Frau Kollegin! – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Aber nur wegen der FDP und der Mehrwertsteuererhöhung! – Widerspruch bei der CDU – Lebhaftige Unruhe)

– Zuhören! – Zweitens: Dies ist bereits die dritte Kürzung der Regionalisierungsmittel seit der Bahnreform 1996.

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: So ist es!)

Die Aufgabe für das Land ist immer dieselbe geblieben.

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: So ist es!)

Drittens: Die CDU-Fraktion und die Landesregierung konnten den Großteil der jüngsten Kürzungen durch Haushaltsumschichtungen und Einsparungen in anderen Bereichen auffan-

gen. Übrig geblieben sind 13 Millionen € bzw. Kürzungen des DB-Angebots um 2,1 Millionen Zugkilometer, die wir nicht auffangen konnten, weil wir uns das nicht leisten können.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Dann müsst ihr halt ordentlich verhandeln! Wenn ihr wenigstens das hinbringen würdet! – Zuruf des Abg. Stephan Braun SPD)

Viertens: Es werden keine Strecken stillgelegt, und der Berufs- und der Schülerverkehr bleiben weitgehend verschont.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Frau Haußmann, was haben Sie für den öffentlichen Nahverkehr bei Herrn Tiefensee gefordert?)

Das haben wir dem klugen Verhandlungsgeschick des zuständigen Verkehrsstaatssekretärs Köberle und seinen Mitarbeitern im Innenministerium zu verdanken.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Oh-Rufe von der SPD – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Sehr wahr! – Abg. Stephan Braun SPD: Was für eine schlechte Welt! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Wie kann man so tief sinken?)

Klar ist: Jeder Zug, der nicht mehr fährt, tut weh. Aber wer von Ihnen bereit ist, genau hinzusehen, muss anerkennen, dass wir das Schlimmste verhindert haben und dass die Konsequenzen aus den Kürzungen der Regionalisierungsmittel einigermaßen erträglich sind.

(Lachen der Abg. Ursula Haußmann SPD – Abg. Reinhold Gall SPD: Da höre ich vor Ort aber immer etwas anderes von der CDU!)

Wer angesichts dessen dennoch fordert, das Land solle die gestrichenen Bundesmittel durch eigene Landesmittel ersetzen, der verleugnet zum einen, dass wir bereits seit 2002 für den Bund in die Bresche springen und seitdem die gestrichenen Interregio-Fernverkehrsleistungen aus dem Landeshaushalt finanzieren, übrigens ebenfalls in einem Umfang von 2 Millionen Zugkilometern. Er vergisst auch, dass man dem Bund auf diese Weise einen Persilschein für weitere Kürzungen ausstellt, frei nach dem Motto „Die Baden-Württemberger haben es ja“. Nein, die Verantwortung des Bundes können wir nicht übernehmen. Wir lehnen deshalb die entsprechenden Anträge der Opposition eindeutig ab.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Da gibt es keine Persilscheine! Die können nicht einseitig gekürzt werden! – Abg. Karl-Heinz Joseph SPD: Das schreiben Sie einmal der Frau Merkel! – Zuruf des Abg. Stephan Braun SPD)

Zum Schluss noch ein Wort zu Stuttgart 21. Für die CDU-Fraktion ist dies kein Prestigeobjekt für Stuttgart,

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das sind schon zu viele Worte! – Gegenruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Jetzt ist er schon wieder aufgewacht da hinten!)

sondern zusammen mit der Neubaustrecke Wendlingen-Ulm und dem neuen Filderbahnhof das entscheidende strategische

(Nicole Razavi)

Projekt für Baden-Württemberg zum Anschluss an die Zukunft des europäischen Verkehrs und seine Entwicklung als Standort im Herzen Europas.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Genau darum geht es!)

Nun hört man aus den Reihen der Opposition – man höre und staune –, man müsse nur auf Stuttgart 21 verzichten, dann hätte man schon genügend Geld für den Nahverkehr.

(Zurufe von der SPD)

Diese Argumentation muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Da soll auf Stuttgart 21, das den gesamten Schienenverkehr, also den Nahverkehr und den Fernverkehr, im Land verbessern und beschleunigen wird, verzichtet werden, um mehr Geld zu haben, mit dem man dann gekürzte Bundesmittel für den Nahverkehr ausgleicht.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Absurd!)

Da kann ich nur sagen: Wer dies fordert, hat völlig den Überblick verloren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Frau Kollegin Razavi, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Nicole Razavi CDU: Nein. Ich komme gerade zum Schluss.

(Zuruf von der SPD: Gott sei Dank!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Aha. Gut.

Abg. Nicole Razavi CDU: Ebenso wenig kommt für uns infrage, der Forderung der Grünen zu folgen – sollte sich die SPD dieser Forderung anschließen, müssten wir an ihrer Haltung zu Stuttgart 21 zweifeln –, die Vorfinanzierungsmittel für Stuttgart 21 für das Jahr 2008 auf 1 Million € zu reduzieren.

(Abg. Stephan Braun SPD: Aus welchem Grund sagen Sie das jetzt? Ist das der Versuch einer Unterstellung, oder haben Sie dafür einen konkreten Hinweis?)

Wir wollen das Ja zu Stuttgart 21 in diesem Frühjahr. Wir wollen den Baubeginn 2008, und wir werden darauf vorbereitet sein. Deshalb bleiben wir, was die Vorfinanzierungsmittel betrifft, bei unserem Ansatz von 25 Millionen € für 2008.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir brauchen beides: Wir brauchen Stuttgart 21 und ausreichende Regionalisierungsmittel. Wir werden für beides ganz entschieden weiter kämpfen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort erteile ich für die SPD-Fraktion Herrn Abg. Haller, der schon am Pult steht, ohne dass er aufgerufen wurde.

(Heiterkeit)

Bitte.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das nennt man vorausseilenden Gehorsam! – Abg. Thomas Blenke CDU: Der steht nicht im Stau! – Abg. Reinhold Gall SPD: Damit es ein bisschen vorwärtsgeht! Nachdem die CDU überzogen hat, geben wir ein bisschen Gas!)

Das Wort hat Herr Abg. Haller!

Abg. Hans-Martin Haller SPD: Das ist der vorausseilende Gehorsam gegenüber dem Herrn Präsidenten.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir vorab zum Verkehr noch zwei, drei grundsätzliche Bemerkungen. Verkehr heißt Infrastruktur, Verkehr heißt Wirtschaftsentwicklung.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Das ist das eigentlich entscheidende Instrument der Wirtschaftsförderung in diesem Land und nicht diese Vielzahl von Kongressen und Tagungen, die nichts anderes bewirken als Emotion und Handauflegen. Wenn dem so ist, dann gibt es ein Strukturdefizit bei dieser Regierung: Die Zuständigkeit für den Verkehrsbereich ist im falschen Ministerium angesiedelt. Da stimmt mir ja sogar die FDP/DVP zu. Dieser Bereich müsste eigentlich ins Wirtschaftsministerium umressortiert werden.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Das ist ein Kernproblem im Blick zurück. Die Verkehrsadministration

(Abg. Heiderose Berroth und Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Der Spöri hat das auch nicht gehabt!)

hat unter den Wandlungen der letzten zwei Jahre am meisten gelitten. Vier verschiedene Minister – das merkt man auch am Ergebnis. Das Ergebnis ist miserabel. Postengeschacher Nummer 1 findet auf dem Rücken der Verkehrsadministration statt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Zwei Schwerpunkte hat die SPD bei diesem Haushalt gesetzt und auch entsprechende Forderungen eingebracht.

Erstens: der Landesstraßenbau. Basierend auf den Zahlen des Generalverkehrsplans von 1995 haben wir inzwischen einen Nachholbedarf von 1 Milliarde €.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Um Gottes willen!)

Nirgendwo gestaltet sich der Unterschied zwischen Plan und Wirklichkeit in diesem Land so miserabel, so desaströs wie bei den Landesstraßen, für die Sie Verantwortung tragen,

(Hans-Martin Haller)

(Abg. Stephan Braun SPD: Frau Razavi, zum Mitschreiben!)

diese Regierung und sonst niemand in den letzten 50 Jahren. Die Landesstraßen weisen den verkommensten Zustand unter allen Straßen auf. Kreisstraßen, Bundesstraßen, Kommunalstraßen sind in einem besseren Zustand.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das hängt aber sehr von den Kreisen ab! Das können Sie an der Kreisgrenze feststellen!)

Nur die Landesstraßen – das ist Ihre Verantwortung – sind in diesem miserablen Zustand.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage Ihnen: Wir brauchen sie gerade für den ländlichen Raum, wo keine großen Achsen sind, für die der Bund Verantwortung trägt, und wo wir uns im Wunsch nach mehr Geld einig sind.

(Minister Peter Hauk: Der Bund hat doch alle Interregios gestrichen!)

– Herr Hauk, Sie sind gerade gar nicht gefragt. Sie sind Förster, für den Wald zuständig und nicht für die Straßen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Für Waldwege!)

– Für Waldwege usw.

Wir brauchen, um die Entwicklungschancen des ländlichen Raums offenzuhalten, mehr Geld für die Landesstraßen. Es ist ja auch bezeichnend: Vor Ort sind alle Wahlkreisabgeordneten für den Straßenbau. Das kann man landauf, landab verfolgen. Hier drin wird die Hand nicht gehoben, wenn die SPD mehr Mittel fordert, die wir übrigens nicht über Schulden finanzieren wollen, wie immer wieder behauptet wird. Wir von der SPD haben in den letzten Jahren nie Deckungsvorschläge vorgelegt, die eine Kreditfinanzierung vorsahen. Das haben Sie nur noch nicht registriert.

Nun zum zweiten Feld, das uns beschäftigt: die Kürzung der Regionalisierungsmittel

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das beschäftigt Sie zu Recht!)

um 70 Millionen €. Der WBO sagt, es sei weniger, es seien nur 50 Millionen €. Im ganzen Land macht sich Protest breit. Bürgermeister, Oberbürgermeister, Landräte, IHK, Handwerkskammern – also eine jeglichen Aufruhrs unverdächtige Truppe – stellen sich dabei gegen die CDU. Die Vorwürfe des Ministerpräsidenten heute Morgen gehen dann ja in die eigenen Reihen zurück. Ich zitiere: „Wortführer der Empörten sind Klaus Tappeser, Rottenburg (CDU),“ – Bürgermeister und Landtagsabgeordneter – „und Boris Palmer.“ An dieser Stelle steht also, zumindest regional, bereits die schwarz-grüne Koalition.

(Zurufe von der FDP/DVP)

Es ist nicht der Protest einer Opposition um der Opposition willen, wie Sie behaupten. Sie haben nur noch nicht erkannt, welches Dilemma in diesen Kürzungen liegt.

Es liegt ein klarer Antrag von uns auf Erhöhung der Zuschüsse für den Bahnverkehr vor. Diese Mittel werden letztendlich durch die Reduzierung der Vorfinanzierungsmittel für Stuttgart 21 frei.

Wenn wir nun fragen, wie es kommt, dass in diesem Land die Reduzierung der Regionalisierungsmittel, die alle Bundesländer trifft,

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

so folgenreiche Auswirkungen hat, müssen wir auf zwei Schwerpunkte, zwei wichtige Elemente verweisen: den Vertrag mit der DB und die Vielzahl von Verkehrsverbünden.

Der Vertrag hat nun einmal die Konsequenz, dass, wenn wir 13 Millionen € streichen, letztlich eine Folgewirkung von 18 Millionen € eintritt. Nun müssen Sie sich einfach noch einmal klarmachen: Unter den Zügen, die Sie streichen, mag der eine oder andere Geisterzug sein. Es freut den Steuerzahler, wenn ein solcher Zug wegfällt. Aber – heute Morgen wurde es genannt – allein auf der Strecke Stuttgart–Tübingen sind 1 000 Fahrgäste betroffen. In einem Zug, der morgens um 6 Uhr fährt, sind keine Fahrgäste, die spaßeshalber nach Stuttgart fahren. Es handelt sich um Arbeitnehmer, die zur Arbeit fahren. Es sind Schülerinnen und Schüler, die etwas lernen wollen. Das sind die Leistungsträger der Gesellschaft – anders als die Leute in den S-Klasse-Wagen. Die nehmen täglich drei, vier Stunden für Hin- und Rückfahrt auf sich, um einen Arbeitsplatz ausfüllen zu können, um sich weiterzubilden. Die treffen Sie am allermeisten.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Das sind nämlich die Leistungsträger dieser Gesellschaft – nicht immer nur „die oben“ in den S-Klasse-Karossen und anderswo. Genau das sind die Schichten, die Gruppen, die die Zukunft unseres Landes ausmachen.

Nur noch eine Randbemerkung: Es macht keinen Sinn, dass wir, wenn wir subventionieren, die Urlauber auf dem Flug nach Süden subventionieren, während wir die, die arbeiten wollen, arbeiten müssen, im öffentlichen Nahverkehr im Regen stehen lassen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Deswegen mein Appell: Stimmen Sie unserem Antrag insoweit zu.

Noch zu einem anderen Thema: Verkehrsverbünde. Wir haben in Baden-Württemberg 21 Verkehrsverbünde, Bayern hat 15, Hessen 4. Gegenwärtig strukturiert Nordrhein-Westfalen als Folge der gekürzten Mittel komplett um. Das reduziert die Zahl der Verbünde nochmals, und weiterhin werden die Mittel pauschalisiert.

Da muss man sich doch immer wieder fragen: Wie reagiert diese Regierung im Vergleich zu den Regierungen aller anderen Bundesländer auf die gekürzten Mittel?

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Gar nicht!)

(Hans-Martin Haller)

Nirgendwo werden so viele Zugkilometer gestrichen und solche Folgewirkungen negativer Art erzeugt wie in diesem Land. Warum? Es fehlen der Wille und die Bereitschaft, das Thema strukturell anzugehen. Statt vorwärts zu denken, ist Lethargie angesagt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Das fehlt in entscheidender Weise. Man muss strukturell nach vorne schauen, anstatt den Blick nach hinten zu richten.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege Haller, ich bitte Sie, allmählich zum Schluss zu kommen.

(Zurufe von der CDU)

Abg. Hans-Martin Haller SPD: Vielen Dank für den Hinweis, Herr Präsident.

Wir brauchen beim ÖPNV, beim SPNV also andere Instrumente. Wir müssen das vorhandene Geld besser, effektiver einsetzen.

Nur noch ein Wort, damit das klar ist: Wir als SPD stehen zu Stuttgart 21.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Wir haben auch einen anderen Finanzierungsvorschlag als die Grünen. Deswegen werden wir uns bei der Abstimmung über den Antrag der Grünen, bei dem wir uns zwar in der Zielsetzung, aber nicht in der Finanzierung einig sind, der Stimme enthalten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Wölfe das Wort.

Abg. Werner Wölfe GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident! Vielen Dank für die Aufforderung, zu sprechen.

(Heiterkeit – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Man muss nicht!)

– Man muss nicht. Aber ich tue es aus Freude und mit Vergnügen, vor allem wenn ich an die launige Rede des Innenministers anknüpfen darf. Er hat heute zu uns viele Worte gesprochen, ist in der Tat aber launig eingestiegen. Aber er hat mir einfach ein Stichwort zu meinem anderen Lieblingsthema neben dem Verkehr gegeben. Er hat gesagt: „Personen, die hier nichts zu suchen haben, sollen konsequent abgeschoben werden.“ Da stimme ich Ihnen voll und ganz zu. Jetzt drehen wir diesen etwas tautologischen Satz um, interpretieren diesen und sagen: Personen, die hier etwas gefunden haben, lassen wir hier.

(Beifall bei den Grünen)

Wenn wir uns heute darauf verständigen könnten, wäre schon etwas gewonnen. Ich habe auch Herrn Heinz vorhin so ver-

standen, als er das Interesse der Wirtschaft formuliert hat, dass qualifizierte Arbeitnehmer hier im Land gehalten werden sollten.

In diesem Zusammenhang fällt mir noch eine Frage ein. Ich habe mir aus der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU und FDP/DVP die Passage gemerkt, dass auch für Kinder von längerfristig geduldeten Asylbewerbern die Schulpflicht eingeführt werden soll. Könnte man mir irgendwann einmal sagen, wann das realisiert wird? Wenn das nicht vergessen wird, wäre es mir sehr recht.

Eine kleine Episode am Rande: Ich habe mir in unserer Fraktion richtig Ärger eingehandelt, als ich den Antrag eingebracht habe, dem Integrationsbeauftragten der Landesregierung die entsprechenden Mittel zur Verfügung zu stellen, damit er seine Bemühungen auch in die Tat umsetzen kann. Da hat mich mein Fraktionsvorsitzender richtig abgebürstet und gesagt: Geld wird nur dort ausgegeben und dort zur Verfügung gestellt, wo auch gearbeitet wird.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sehr gut! Denn man weiß nicht, was er damit tun würde! – Heiterkeit bei der SPD und den Grünen)

Da sieht man, der Mann kennt sich aus. Nicht umsonst ist er unser Fraktionsvorsitzender.

Jetzt aber zurück zu meinem zweiten Punkt. Frau Razavi, ich habe Sie als jemanden kennengelernt, der sich gut auskennt. Deswegen weiß ich, dass Sie das, was Sie heute coram publico zum Besten gegeben haben, wahrscheinlich selbst nicht ganz glauben.

(Zuruf: Warum? – Lachen der Abg. Ursula Haußmann SPD)

– Ich erkläre gleich, warum ich das sage.

Wir setzen uns gern zusammen; das biete ich gern an. Wenn es um das Thema „Nutzerfinanzierung des Verkehrs“ geht, beteiligen wir uns gern an der Debatte.

Wir haben heute den ganzen Tag gehört – egal, zu welchem Thema –: Baden-Württemberg Nummer 1, Vorreiter Nummer 1, keiner überholt uns.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wenn es halt stimmt!)

– Wenn es stimmt, stimmt's. Da widerspreche ich auch gar nicht. Jetzt kommen wir eben leider zu einem Thema, wo es nicht stimmt,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Dann stimmt es nicht!)

nämlich zum Verkehr, und zwar zum Schienenverkehr. Vorhin haben wir von Boris Palmer schon die Kritik gehört, dass sein Zug gestrichen wird. Er weiß, wovon er redet, denn er fährt wenigstens mit dem Zug. Ich bin mir ganz sicher, wenn mehr von Ihnen mit dem Zug fahren würden, dann würden Sie die Bagatellisierung, an der der Herr Ministerpräsident heute Morgen mitgewirkt hat, nicht unterstützen. Es ist näm-

(Werner Wölfl)

lich kein Vergnügen für jemanden, der bisher pünktlich zu seinem Arbeitsplatz kam, wenn sein Zug gestrichen wird.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Ich fahre täglich! Seit 15 Jahren!)

– Sie haben Glück. Zu mir hat auch schon jemand gesagt: „Ich habe den Eindruck, dass man die, die erst um neun anfangen müssen, die Ministerialen, die Behördengänger, früher ein bisschen ausgenommen hat. Die kommen jetzt alle ein wenig früher.“ Das kann ich Ihnen sogar am Zugfahrplan Tübingen beweisen. Das spielt aber jetzt gar keine Rolle.

Ich wehre mich entschieden dagegen, dass man denjenigen, die sich zu Recht mit der Frage konfrontiert sehen: „Wie komme ich pünktlich zum Arbeitsplatz?“, sagt, es seien nur ein paar Züge, die gestrichen würden. Das ist es nicht.

Kein anderes Land streicht so viel wie Baden-Württemberg. Auch dies ist richtig. Sie wissen auch, dass das Thema Regionalisierungsmittel komplex ist. Herr Scheuermann hat eine Pressemitteilung herausgegeben, die ich vor mir liegen habe. Darin heißt es:

„Theoretisch könnte man diese 13 Millionen auch noch aufbringen“, räumte Scheuermann ein. Er habe jedoch keine Ideen, woher das Geld kommen könne.

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: Das ist die Wahrheit!)

Sonst enttäuschen Sie mich eigentlich nicht so. Sie sind weit- aus findiger. Heute Morgen lese ich in der „Stuttgarter Zeitung“: Das Kabinett hat 1,5 Millionen € gefunden, bewilligt, zugesagt. Es geht um eine private Universität. Wenn Sie wollen, dann geht's. Das ist der Unterschied: Sie wollen nicht. Es scheint ums Prinzip zu gehen. Das ist das Bedauerliche, das ist der Grund, warum wir Sie kritisieren. Kein Land hat einen so schlechten Vertrag mit der DB wie wir. Wir müssen beim Neubestellen sogar noch eine Strafe zahlen. Erkläre das dem Bürger, wer immer es will.

Wir hätten erwartet, dass Sie – so innovativ, wie Sie sich sonst gebärden – sagen: Okay – –

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sind! Sind!)

– Wie Sie sich gebärden und manchmal auch sind. Ehre, wem Ehre gebührt.

Also: Wir hätten erwartet, dass Sie sagen: Zwei Jahre lang haben wir ein Problem, aber das bewältigen wir. Wir reden mit der DB, wir verhandeln, wir sind innovativ, und dann haben wir es geschafft.

Heute brauchen wir kein Bekenntnis – das mache ich in der Kirche – für oder gegen Stuttgart 21. Sie selbst wissen, Frau Razavi, dass 2008 kein Baubeginn von Stuttgart 21 erfolgt, egal, wie die Entscheidung ausgeht. Wir als Land hätten also diese Gelder, die ja noch im Haushalt waren, nutzen können, um in diesen zwei Jahren dafür zu sorgen, dass nicht gestrichen werden muss und in den nächsten Jahren etwas Innovatives geschehen kann. Ich denke dabei vor allem an das Thema Wettbewerb und den Vorschlag, den die SPD hier wieder-

holt eingebracht hat, nämlich die Zahl der Verbünde zu reduzieren.

In den letzten Jahren hatten wir in der Tat Erfolg. Das ist gar keine Frage. Wir haben 50 % mehr Fahrgäste. Warum sollten wir das aber jetzt aufs Spiel setzen? Das ist die Frage, auf die Sie uns keine Antwort geben.

Nicht nachvollziehbar sind die Streichungen im Berufsverkehr; das habe ich schon angesprochen.

Dann habe ich noch einen Appell: Hören Sie – ich weiß nicht, warum Ihnen das nicht gelingt – auf Ihre Bürgermeister und Landräte, solange sie noch in Ihren Reihen sind.

(Heiterkeit bei den Grünen und der SPD)

Denn die sind offensichtlich näher dran und hören, was die Bürger sagen. Lassen Sie sich beeinflussen; Sie haben noch eine Woche Zeit.

Ich bin begeistert, dass jetzt auch die SPD unter Leitung des Landtagsvizepräsidenten Drexler, wie ich der Zeitung entnommen habe, noch auf den Zug aufgesprungen und in den Zug eingestiegen ist und jetzt auch fordert, Mittel für Schienenverkehr zumindest in der gleichen Höhe zur Verfügung zu stellen wie in den Jahren zuvor. In der ersten Lesung hat das noch nicht so funktioniert, aber wir machen gern einen Sitzplatz frei und rücken etwas auf. Wir freuen uns über jeden, der sich dafür engagiert, dass es in unserem Nahverkehr, in unserem öffentlichen Schienenverkehr keine Rückschritte gibt.

Wir könnten natürlich auch sarkastisch und zynisch sagen: Macht nur weiter so; der Wählerzuspruch, den wir durch solche Aktionen bekommen, ist uns angenehm. Die Sorge um die Fahrgäste ist uns aber so viel wert, dass wir auf diesen zusätzlichen Zuspruch verzichten. Sie haben aber noch eine Woche Zeit. Bereiten Sie zumindest ein Paket vor, mit dem gewährleistet werden kann, dass es im Berufsverkehr nicht zu den befürchteten Streichungen kommt. Diese Bitte hätten wir.

Die Zahlen sind eigentlich ganz einfach: 4 Millionen € für dieses Jahr – denn die Hälfte des Jahres ist schon um – und 8 Millionen € für das nächste Jahr; Herr Köberle weiß, wie es funktionieren könnte. Er könnte die DB ein bisschen dazu zwingen, gemeinsam mit uns in ihrem eigenen Interesse daran zu arbeiten.

Zum Abschluss will ich noch einen wichtigen Satz loswerden: Der Herr Ministerpräsident hat heute Morgen gesagt, unser Nahverkehr und unser Schienenverkehr seien pures Gold. Ich würde ihn gern einmal in unseren Zügen mitnehmen und ihn bitten, den Fahrgästen diese These kundzutun. Ich wette, er käme mit einer anderen Position zurück.

Vielen Dank.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort für die Fraktion der FDP/DVP erhält Herr Abg. Kluck.

Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eigentlich wollte Kollege Dr. Bullinger jetzt sprechen, der ja für den Verkehrsbereich zuständig ist. Er ist aber

(Hagen Kluck)

wegen eines Trauerfalls heute nicht hier. Deswegen müssen Sie mit mir vorliebnehmen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das machen wir gern!)

Ich werde versuchen, meinen Beitrag so zu fassen, wie er es tun würde.

Heute Morgen ist schon von Frau Kollegin Razavi gesagt worden, wie wichtig eine gute Verkehrspolitik für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg ist. Verkehrspolitik ist Standortpolitik. Wir meinen, dass sich dies auch im Verkehrshaushalt niederschlägt.

Sie wissen ja, individuelle Mobilität, Mobilität in der Arbeitswelt, Mobilität in Produktion und Handel, das alles ist von größter Bedeutung für unser Land. Wir brauchen Verkehr überall, also auf der Straße, auf der Schiene, auf dem Wasser und auch in der Luft.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Und so weiter, und so weiter! „Damit wir das nicht vergessen“!)

– Das alles dürfen wir nicht vergessen. Damit dieser Verkehr auch funktioniert und damit alles rund läuft, sind wir vorbehaltlos für das Projekt „Baden-Württemberg 21“ – wie ich es immer nenne;

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

denn es kommt nicht nur der Region Stuttgart, sondern dem ganzen Land zugute und stellt einen wichtigen Fortschritt dar.

Trotz der erforderlichen Einsparungen im Gesamthaushalt sind im Straßenbau mehr Mittel vorgesehen als im letzten Jahr – das ist schon gesagt worden. Der Schwerpunkt liegt bei der Unterhaltung der Straßen, damit nichts kaputtgeht.

Bei den Neckarschleusen tut sich etwas, weil sich der Bund jetzt erfreulicherweise bewegt. Wir sollten die Planung jetzt zügig angehen. Auch das dritte und das vierte Gleis im Rheintal sind auf einem guten Weg. Dort müssen die Lärmschutzmaßnahmen jetzt zügig so geplant werden, dass die Sorgen der Bevölkerung berücksichtigt werden.

Der Landesflughafen und die anderen Luftverkehrsplätze decken unserer Meinung nach heute und in überschaubarer Zukunft den Bedarf. Das sagt der Kollege Bullinger, und ich stimme ihm zu – der Kollege Noll tut das sicherlich auch.

(Beifall des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Jetzt noch ein paar Worte zum Schienenverkehr, meine Damen und Herren. Man kann es nicht oft genug wiederholen: Nicht die Landesregierung kürzt. Ich weiß, auch das wird bei Ihnen wieder nicht ankommen: Die Landesregierung kürzt überhaupt nicht. Die richtige Adresse für den Protest ist nicht Stuttgart, sondern Berlin.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Herr Kollege Haller, wenden Sie sich an Ihren Genossen Tiefensee, wenden Sie sich an Herrn Steinbrück! Die streichen die Regionalisierungsmittel!

(Lachen der Abg. Ursula Haußmann SPD – Abg. Ursula Haußmann SPD: So einfach ist die Welt!)

Wir bemühen uns ja nun wirklich, die Folgen dieser Kürzungen noch einigermaßen im Rahmen zu halten. Wir haben schon viel Geld eingesammelt, um von den 70 Millionen €, die bei uns wegfallen, nur 13 Millionen € weitergeben zu müssen. Wir haben die Busförderung reduziert, aber wir können sie nicht ganz abschaffen. Das können wir nicht, weil wir nicht nur auf ein einziges Verkehrsmittel setzen dürfen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Das ist ganz wichtig für die mittelständischen Unternehmen in diesem Bereich.

Eines will ich auch noch einmal sagen: Baden-Württemberg hat keine Regionalisierungsmittel zweckentfremdet – im Gegensatz zu anderen Bundesländern.

(Zustimmung des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Wenn der Bund das bei seinen Kürzungen berücksichtigt und nur dort gestrichen hätte, wo zweckentfremdet wurde, hätten wir wesentlich besser dagestanden. Aber das ist leider nicht geschehen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, dass es trotzdem Ungereimtheiten gibt, will ich gar nicht bestreiten. Sie sehen es mir nach, wenn ich ein Beispiel aus dem Reutlinger Raum nenne. Ich stehe zwar nicht so früh auf, dass ich in Reutlingen schon den Zug nach Stuttgart um 6:01 Uhr besteige, und ich höre hier auch nicht so früh mit der Arbeit auf, dass ich um 16:39 Uhr wieder den Zug nach Reutlingen nehme, aber diese Verbindung ist beispielsweise für Pendler sehr wichtig. Es gibt dafür ganz viele Beispiele aus dem ganzen Land.

(Beifall der Abg. Rita Haller-Haid SPD – Abg. Rita Haller-Haid SPD: Bravo!)

Es geht nicht an, dass wirtschaftsstarke Regionen wie die meine – Neckar-Alb – einfach abgehängt werden.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Aber die Regierung hat doch zugestimmt! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Das hat doch nicht die SPD verbrochen! – Gegenruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

– Jetzt hören Sie doch einmal zu! Warten Sie doch einmal ab, Herr Schmiedel!

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Er tut jetzt so, als sei er nicht dabei gewesen!)

Es geht auch nicht, dass man beispielsweise Verkehrskonzepte wie Nachtbusnetze in einem gemeinsamen Oberzentrum durch das fehlende Bindeglied Schienenverkehr in Schwierigkeiten bringt. Nur, meine Damen und Herren: Das alles hat die Deutsche Bahn oder die DB Regio – Region Baden-Württemberg – im stillen Kämmerlein ausgeheckt,

(Hagen Kluck)

(Lachen bei der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD:
Ihr habt doch zugestimmt! – Zuruf der Abg. Ursula
Haußmann SPD – Unruhe)

ohne Rücksprache mit den betroffenen Regionen zu halten.
Nicht einmal das Parlament wurde einbezogen.

(Zurufe von der SPD)

Diese Ungereimtheiten müssen bei den Fahrplankonferenzen
möglichst ausgebügelt werden, damit wir ab Dezember wie-
der einen rund laufenden Verkehr haben. Die Bahnoberen
müssen sich nach den Bedürfnissen der Bahnkunden richten
und dürfen das nicht einfach machen.

Ich weise nur den Vorwurf zurück, dass die Landesregierung
daran schuld ist.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Natürlich!)

Schuld ist die Deutsche Bahn, schuld ist die DB Regio.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Die Landesregierung hat
doch zugestimmt! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Ja,
sag einmal! – Weitere Zurufe, u. a. des Abg. Claus
Schmiedel SPD)

Es ist schon gesagt worden:

(Zuruf von der CDU: Jawohl, sag es noch einmal!)

Wenn wir jetzt für den Bund einspringen würden und das al-
les für den Bund übernehmen würden, dann wäre das ja eine
Ermutigung, uns beim nächsten Schritt noch mehr Geld weg-
zunehmen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der
CDU – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Genau!)

Wir fordern die Deutsche Bahn, die ja auch nach 2016 wieder
mit uns ins Geschäft kommen will, nachdrücklich auf, die not-
wendigen Korrekturen bei der Feinjustierung vorzunehmen.
Wir gehen auch davon aus, dass dies geschehen kann.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und der Abg. Nicole Ra-
zavi CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort erhält Herr
Innenminister Rech.

Innenminister Heribert Rech: Herr Präsident, meine Damen
und Herren Kollegen! Zum zweiten Thema, Verkehr und Stra-
ßenbau, will ich nur wenig ergänzend sagen. Seit Mai 2005
ist das Innenministerium auch wieder für die Bereiche Ver-
kehr und Straßenbau zuständig.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut!)

Aus meiner Sicht war die Umressortierungsentscheidung rich-
tig, auch wenn sie für mich nicht nur erfreuliche Aspekte hat.
Mir wäre es ohne Zweifel auch lieber, dem Land stünden die
Regionalisierungsmittel ungekürzt weiterhin zur Verfügung
und wir bräuchten keine Einschränkungen im Schienenver-
kehr und in den anderen belasteten Bereichen durchzuset-
zen.

Herr Kollege Wölfe, Ihnen wird immer unwohl, wenn deut-
lich wird, dass Baden-Württemberg in der Tat in allen ent-
scheidenden Feldern die Nummer 1 ist, im Übrigen auch im
Schienenverkehr, obwohl Sie das gerade bestritten haben. Ich
werde Ihnen das nachher mit wenigen Zahlen belegen. Nur in
der Krabbenfischerei belegen wir, wie Kollegin Brenner häu-
fig nachgewiesen hat, den vorletzten Platz vor Bayern.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Vor Bayern! – Abg. Hel-
mut Walter Rüeck CDU: Aber das schaffen wir auch
noch! – Zuruf von der CDU: Wer ist hinter uns?)

Meine Damen und Herren, dass Mobilität die Grundlage der
kulturellen und vor allem der wirtschaftlichen Entwicklung
unserer Gesellschaft ist, steht ohne Zweifel fest. Deswegen
kümmern wir uns intensiv um dieses Thema mit all seinen Fa-
cetten.

Ich will daran erinnern, dass die Landesregierung im Gene-
ralverkehrsplan 1995 die Grundlagen und Ziele ihrer Ver-
kehrspolitik formuliert hat. Die Koalitionsvereinbarung sieht
jetzt auch vor, den Generalverkehrsplan fortzuschreiben. Die
konzeptionellen Arbeiten sind aufgenommen. Die Fortschrei-
bung wird die zur Erhaltung und Weiterentwicklung der In-
frastruktur erforderlichen Maßnahmen aufzeigen.

Aber die politischen Schwerpunkte im Verkehrsbereich lie-
gen klar auf der Hand. Sie liegen beim öffentlichen Personen-
nahverkehr. Wir müssen die Attraktivität des ÖPNV dauerhaft
erhalten, und wir müssen die künftige Finanzierung des ÖPNV
sicherstellen. Das sind sehr ehrgeizige Ziele, wenn man die
veränderten Rahmenbedingungen betrachtet und das Ziel der
Nullnettoneuverschuldung des Landes vor Augen hat.

Die schon angesprochenen und uns vom Bund aufgezwun-
genen Kürzungen der Regionalisierungsmittel führen dazu,
dass uns zukünftig pro Jahr durchschnittlich 70 Millionen €
bzw. – wenn man es genau ausrechnet – 80 Millionen € we-
niger Fördermittel zur Verfügung stehen.

Jetzt haben wir ein, wie ich meine, sehr solides Konsolidie-
rungskonzept verabschiedet, das folgende Eckpunkte enthält.
Ich will sie in aller Kürze aufführen.

Erstens: Verteilung der Lasten auf möglichst alle Förderbe-
reiche des ÖPNV.

Zweitens: Deckung der Lücke durch einen Mix aus Umschich-
tungen und Einsparungen im Landeshaushalt. Hierzu werden
wir die Busförderung auf ein Volumen von 10 Millionen € ab-
senken.

Drittens: Wir kürzen die Zuweisung von Mitteln an den Ver-
band Region Stuttgart.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Schlimm ge-
nug!)

Viertens: Wir schichten Mittel nach dem GVFG vom kommu-
nalen Straßenbau zum ÖPNV um, stellen wieder FAG-Mittel
zur Kofinanzierung von Infrastrukturvorhaben bereit und kür-
zen darüber hinaus die Zuschüsse für Verkehrsleistungen der
Eisenbahnen um 14 Millionen €.

(Minister Heribert Rech)

Ich meine, dies ist bei allen Schmerzen, die auch ich dabei empfinde, ein ausgewogenes und vertretbares Konzept. Ich verschweige nicht, dass gerade die Kürzungen der Zuschüsse für die vom Land bestellten Verkehre im Schienenpersonennahverkehr, aber auch im Busbereich zu spürbaren Einschnitten führen. Das lässt sich aber nicht vermeiden; das können Sie drehen und wenden, wie Sie wollen.

Wir haben alles darangesetzt, damit das Grundkonzept im Schienennahverkehr, nämlich der Integrale Taktfahrplan, weiterhin gewahrt bleibt und in der Panikphase Streckenstilllegungen, Herr Kollege Palmer – das Wort habe ich mindestens tausendmal von Ihnen gehört –,

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE – Zuruf von der CDU: Aber das lässt jetzt nach!)

die in der Qualität des gesamten ÖPNV unweigerlich zu einer Spirale nach unten geführt hätten, unterbleiben.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Innenminister Heribert Rech: Ja, gleich. – Wenn ich jetzt von einem ausgewogenen, vertretbaren Konzept spreche, dann kommt der Satz, der mir am allerwichtigsten ist, vorweg, nämlich dass dieses Konzept mit einer höchst beachtlichen Stringenz, mit Sachlichkeit, mit Fachkunde von Staatssekretär Rudolf Köberle erarbeitet und verhandelt wurde. Ich kann nur sagen: Respekt und Hochachtung.

(Beifall bei der CDU)

Schon deswegen ist der Verkehrsbereich beim Innenministerium richtig ressortiert.

Jetzt zur Zwischenfrage.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Abg. Palmer.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Der ist ja immer noch da!)

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Herr Minister, was ist ausgewogen daran, wenn auf der Bahnstrecke mit der höchsten Fahrgastnachfrage, der besten Auslastung und dem geringsten Zuschussbedarf, der Strecke Tübingen–Stuttgart, mit 9 % der Zugleistung der stärkste Einschnitt erfolgt?

Und wie kommentieren Sie das mir vorliegende Schreiben des Landrats des Landkreises Tübingen, gemeinsam verfasst mit dem Landrat des Landkreises Reutlingen – beide sind nicht Angehörige meiner Partei –, die das Streichen besonders der Züge im Berufsverkehr als – Zitat – „verantwortungslos“ bezeichnen?

Innenminister Heribert Rech: Herr Kollege Palmer, meine Damen und Herren Kollegen, den Umfang der Streichungen – das sind ja landesweit, wenn man den Schnitt nimmt, je nach Betrachtungsweise 3 bzw. 5 %; in Ihrem Bereich wären es dann knapp 10 % –

(Abg. Reinhold Pix GRÜNE: 18,2 %!)

werde ich mir gern noch einmal ganz genau ansehen. Aber gegenwärtig bin ich dabei, mir die Unterlagen sehr genau recherchieren zu lassen.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Ein bisschen spät!)

Mir liegen Schreiben aus schätzungsweise 32 Landkreisen vor, die jeweils für ihren Landkreis genau das behaupten, was Sie jetzt für den Kreis Reutlingen sagen. Wenn mich auch noch der letzte Landrat angeschrieben haben wird, mache ich einmal einen Strich drunter, und dann überprüfen wir das Konzept noch einmal anhand der realen Gegebenheiten.

In Fällen, in denen Nachbesserungsbedarf und die Möglichkeit zur Nachbesserung besteht, wird sicherlich noch mit der DB Regio zu verhandeln sein. Aber wie viel Luft da noch ist, kann ich Ihnen nicht sagen.

Noch einmal ganz klar: Es gibt nur ganz wenige Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister, die mich in dieser Angelegenheit noch nicht angeschrieben haben, die mir noch nicht gesagt haben, dass die Belastung in ihren Kreisen am höchsten sei, dass die Defizite in ihren Kreisen zu den schlimmsten aller Katastrophen führen würden. Ich nehme jedes einzelne Schreiben ernst. Aber wenn ich dann einen Strich drunter mache und die Autoren frage, wo man zulasten des jeweils anderen Kreises umschichten kann, wird Politik sehr konkret. Dann werden wir noch einmal darüber reden, Herr Kollege Palmer.

Zur Genese des ganzen Elends will ich noch einmal eines mit wenigen Sätzen deutlich machen: Baden-Württemberg hat im Bundesrat der Kürzung der Regionalisierungsmittel – jetzt kommt Ihr Protest – nicht zugestimmt.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Baden-Württemberg hat nicht zugestimmt. Ihr Einwand, dass sich Baden-Württemberg feige enthalten hätte, kann schon deswegen nicht richtig sein, weil es im Bundesrat keine Enthaltungen gibt.

(Zuruf von der CDU: Die wissen ja gar nichts! – Abg. Katrin Altpeter SPD: Das stimmt doch gar nicht!)

Die Geschäftsordnung lässt Enthaltungen nicht zu. Also, wir haben nicht zugestimmt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Hat Stratthaus verhandelt? Hat Stratthaus verhandelt oder nicht?)

– Spät kommt der Zuruf, aber er kommt.

Zweitens: Der Widerstand des Landes Baden-Württemberg hat immerhin dazu geführt, dass der Bund das Kürzungsvolumen von den ursprünglich vorgesehenen 3,2 Milliarden € auf 2,7 Milliarden € gesenkt hat. Dies bringt uns immerhin einen Gewinn bzw. um 10 Millionen € pro Jahr abgesenkte Kürzungen. Das ist ja auch ein Wort.

Jetzt aber das Wichtigste – da bin ich wieder bei Ihnen, Herr Kollege Wölflé –: Ich bin ja noch den Beweis schuldig, dass wir auch im Schienennahverkehr die Nummer 1 sind.

(Abg. Werner Wölflé GRÜNE: Das mit den Krabben gucke ich nach!)

(Minister Heribert Rech)

– Das mit den Krabben gucken Sie nach. Aber ich denke, das erklärt sich fast von selbst. Ich habe allerdings gehört, dass Bayern hierbei aufgeholt hat. Ich habe gehört, die würden an irgendeinem See im Alpenvorland Krabben züchten. Also auch da überholen sie uns noch. Aber das nehmen wir gelassen hin.

Jetzt zu den Zahlen, Herr Kollege Wölflé: 1995, also bevor die Länder für den Schienennahverkehr zuständig wurden, hatten wir Zugkilometer im Umfang von 31 Millionen; die Stellen hinter dem Komma lasse ich einmal weg. Vor der Kürzung der Regionalisierungsmittel im Jahr 2006 betrugen die Zugkilometer in Baden-Württemberg 44 Millionen. Und jetzt, nach der Kürzung, betragen die Zugkilometer in Baden-Württemberg noch 42 Millionen. Diese 42 Millionen Zugkilometer sind immer noch 36 % mehr als im Jahr 1995, also vor der Übertragung der Zuständigkeit an die Länder, und bedeutend mehr als in jedem anderen Bundesland.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Es wäre auch schlimm, wenn es weniger wären!)

Bitte berücksichtigen Sie: Wir haben den Umfang unserer Zugkilometer um 50 % gesteigert.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Wollen Sie jetzt Krabbenfischer werden, oder was?)

– Herr Kollege Palmer, man muss die Zahlen halt zur Kenntnis nehmen. Ich habe dem Kollegen Wölflé lediglich auf seine These geantwortet, die da lautete, wir seien in diesem Bereich nicht die Nummer 1. Wir sind es auch in diesem Bereich, und wir werden es bleiben.

Meine Damen und Herren, durch die Föderalismusreform ist auch das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz geändert worden. Daraus sind dem Land immerhin 167 Millionen € zugeflossen, die zweckgebunden zur Finanzierung der Verkehrswegeinfrastruktur und für die Beschaffung von Fahrzeugen zu verwenden waren. Bis zum Jahr 2013 wird das auch so bleiben, da diese Mittel den Ländern bis dahin weiterhin zweckgebunden zur Verfügung gestellt werden. Für die Zeit danach müssen wir dann aber an einer landesrechtlichen Folgeregelung arbeiten.

Zum Thema Stuttgart 21 ist alles gesagt worden; das meiste war auch richtig. Ich will nicht verhehlen, dass ich es bedauere, dass bis heute keine definitive Zusage des Bundes vorliegt. Aber Baden-Württemberg gehört zu den wirtschaftlich stärksten Regionen in Deutschland, eigentlich in ganz Europa. Da kann ich nur eines sagen: Jeder vernünftige, wirtschaftlich denkende Mensch – und die Politiker sind dies – wird das Geld dort investieren, wo es verdient wird, und das ist in Baden-Württemberg. Deswegen gibt es für mich überhaupt keine Alternative dazu. Die großen Eisenbahnmagistralen dürfen nicht an unserem Land vorbeilaufen, sonst drohen Standortnachteile für Wirtschaft und Arbeitsplätze.

Meine Damen und Herren, wir haben gemeinsam mit der DB AG ein schlüssiges Konzept für die Finanzierung vorgelegt. Auch vonseiten der Bahn sind die Signale ganz eindeutig. Herr Mehdorn hat sich deutlich zu den Projekten bekannt. Jetzt kommt es halt darauf an, dass der Bund seine Verantwortung übernimmt. Er sollte bei seiner Entscheidung bedenken,

dass jede Alternative den Bundeshaushalt deutlich mehr belasten würde.

Es gibt noch andere Großprojekte in unserem Land – das dürfen wir nicht vergessen –: die Neubaustrecke Rhein/Main–Rhein/Neckar, viergleisiger Ausbau der Rheintalbahn. Da liegen zwei weitere wesentliche Engpässe im Netz der Deutschen Bahn AG in Baden-Württemberg. Das Land wird weiterhin darauf drängen, dass der Bund die notwendigen Mittel zeitgerecht bereitstellt. Ich sage Ihnen nichts Neues, wenn ich darauf hinweise, dass die Planungen der Bahn im Projekt vor allem wegen des Lärmschutzes und der Trassierung auf große Widerstände stoßen. Dem Regierungspräsidium Freiburg – Kollege Fleischer nickt zustimmend, er weiß es – liegen zwischenzeitlich mehr als 20 000 Einwendungen vor.

Wir fordern gegenüber dem Bund und der Bahn eine Planung, die in gebotener Weise auf Mensch und Umwelt Rücksicht nimmt. Die rechtlichen, technischen und natürlich auch die finanziellen Fragen des Ausbaus werden wir Mitte 2007 in einem Spitzengespräch mit Bahnchef Mehdorn und Bundesverkehrsminister Tiefensee erörtern.

Noch ein Wort zum Luftverkehr. Mit dem Landesflughafen Stuttgart und den Regionalflughäfen Karlsruhe/Baden-Baden und Friedrichshafen und daneben 19 Verkehrslandeplätzen sind wir in Baden-Württemberg gut aufgestellt. Insbesondere der Geschäftsreiseverkehr ist auf die Verkehrslandeplätze angewiesen. Diese sind ja auch eine gute Ergänzung zu den Flughäfen. Deswegen sind wir darum bemüht, die notwendigen Ausbaumaßnahmen trotz geringerer Haushaltsmittel nach Möglichkeit weiterhin zu fördern.

Ein letztes, sehr aktuelles Thema: Fluglärm durch den Flughafen Zürich. Dazu will ich, am Rande bemerkt, Folgendes sagen:

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Der Fluglärm auf den Fildern wäre auch einmal ein interessantes Thema!)

Wir haben im Herbst 2006 einen Arbeitsauftrag erteilt. Derzeit laufen Gespräche zwischen – –

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Was machen Sie hinsichtlich des Fluglärms auf den Fildern?)

– Das werden wir dann erörtern, wenn diese Frage ansteht, wenn das Thema „Zweite Start- und Landebahn“ ansteht. Das ist jetzt noch kein Thema. Warten wir das Gutachten ab, und dann reden wir darüber.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Der Fluglärm ist schon jetzt da, nicht nur in Zürich!)

– Darüber ist genug geredet worden, Herr Kollege Dr. Schmid. Geduld, wir kommen dazu.

Das Innenministerium und die Region sind an den Gesprächen bezüglich des Flughafens Zürich-Kloten beteiligt. Die Vorstellungen der Schweiz hinsichtlich Ausbau und Kapazitätserweiterung gehen zum Teil sehr weit, insbesondere zulasten der südbadischen Bevölkerung. Dass wir dies nicht akzeptieren können, liegt auf der Hand. Unsere Eckpunkte sind in der Koalitionsvereinbarung definiert. Die bisherigen Gespräche sind zwar konstruktiv verlaufen, aber sie gestalten sich – das

(Minister Heribert Rech)

war auch überhaupt nicht anders zu erwarten – äußerst schwierig. Gleichwohl bin ich der Auffassung, dass eine akzeptable Lösung möglich und auch erreichbar ist, die dann auch Rechtssicherheit schafft.

Meine Damen und Herren, der Landesstraßenbau wurde angesprochen. Hier will ich nur darauf hinweisen, dass mit diesem Doppelhaushalt die finanzielle Ausstattung des Landesstraßenbaus jedenfalls mittelfristig stabilisiert wird. Gleichzeitig gelingt uns der stufenweise Einstieg in die unmittelbare Finanzierung aus dem Landeshaushalt.

Für die Planung und die Bauüberwachung an Bundes-, Fern- und Landesstraßen sowie für Investitionen in den Aus- und Neubau und die Erhaltung von Landesstraßen sind in den Jahren 2007 und 2008 jeweils insgesamt 131 Millionen € netto vorgesehen. „Netto“ bedeutet in dem Zusammenhang übrigens: frei von globalen Minderausgaben; auch dafür bin ich dem Finanzministerium dankbar.

Gegenüber dem Jahr 2006 – auch das ist hier sehr wichtig – stellt das Land für diesen Bereich in beiden Haushaltsjahren kassenmäßig über 30 Millionen € mehr zur Verfügung: Die Mittel für die Planung und die Bauüberwachung betragen jährlich 32 Millionen € – Sie kennen diese Zahlen. Allein für die Umsetzung der Bundesinvestitionen werden jährlich rund 24 Millionen € benötigt. Aber dieses Geld haben wir jetzt, und deswegen werden wir diese Investitionen auch umsetzen.

Lassen Sie mich zum Schluss einige wenige Worte des Dankes sagen. Danke an alle Beschäftigten in der Innenverwaltung, sei es im Bereich der inneren Sicherheit, bei der Feuerwehr, im Straßenbau, in den Behörden und Verwaltungen, gerade auch in denjenigen Bereichen, auf die ich jetzt aus Zeitgründen nicht eingehen konnte. Jeder und jede von ihnen trägt dazu bei, dass wir die geforderten Leistungen trotz zum Teil massiver Streichungen aufrechterhalten können.

Meine Damen und Herren, viele wissen es: Ich komme aus einem freien Beruf. Ich habe dennoch nie Vorbehalte oder gar Vorurteile gegenüber der öffentlichen Verwaltung gehabt. Aber seit ich die Innensicht habe und gewinnen konnte, habe ich einen noch größeren Respekt und eine noch größere Achtung vor der Leistungsbereitschaft und dem Leistungsvermögen unserer Landesverwaltung auf allen Ebenen. Der Grundgedanke der Verwaltungsreform, nämlich das Vertrauen in die Leistungskraft und die Leistungsfähigkeit – in diesem Fall auch und gerade der kommunalen Ebene; dies gilt aber auch für alle anderen Verwaltungsbereiche –, trägt diese Reform, und er trägt sie zu Recht.

Meine Damen und Herren, ich kann nur sagen: Respekt vor dem, was in unseren Behörden und Ministerien geleistet wird – bei nahezu täglich wachsenden Aufgaben und gleichzeitigem Personalabbau. Dies ist in der Tat beachtlich, und deswegen geht mein Dank an all diejenigen, die dieses hohe Leistungsniveau gewährleisten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Mein Dank gilt insbesondere auch dem Finanzminister und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die kollegiale

Zusammenarbeit und auch für das Verständnis für unsere Wünsche und Belange.

Diese Verhandlungen sind keine reinen Sonnenscheinveranstaltungen; umso mehr halte ich es für respektabel und bemerkenswert, dass wir zu solch guten Ergebnissen gekommen sind. Denn für uns gilt schon lange nicht mehr das, was von der Opposition vielleicht noch immer für zulässig gehalten wird, nämlich dass man auf alle neuen Herausforderungen mit neuen Forderungen nach Mitteln, nach Personal, nach Ausstattung und nach was auch immer reagiert.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! Reflexartig!)

Mit solchen einfallslosen Instrumentarien würden wir gegen die Wand fahren. Reflexartige Handlungen führen nicht zum Ziel.

Schließlich danke ich auch den Mitgliedern des Finanzausschusses und Ihnen allen hier im Haus für das Verständnis für unsere Anliegen und für Ihre Unterstützung, die Sie unserem Ressort, das ja in der Tat sehr breit gefächert ist, entgegengebracht haben.

Vielen Dank.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Innenminister, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Wölfe?

Innenminister Heribert Rech: Ja. Herr Abg. Wölfe, wenn der Herr Präsident nichts dagegen hat, dürfen Sie auch sitzen bleiben.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Abg. Wölfe.

Abg. Werner Wölfe GRÜNE: Jetzt habe ich doch gewusst, dass ich bestimmt etwas falsch mache. Aber ich habe mir gedacht, wenn ich ins Mikrofon sprechen will, muss ich sitzen bleiben. Aber wenn es die Höflichkeit gebietet, stehe ich gerne auf. Daran soll die Antwort bei Gott nicht scheitern. Das Prozedere machen wir jetzt auch noch zum Vergnügen.

(Heiterkeit – Abg. Werner Wölfe GRÜNE begibt sich zu einem Saalmikrofon im Bereich der Fraktion der CDU. – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das ist aber unser Mikrofon!)

– Darf ein grüner Abgeordneter dieses Mikrofon auch benutzen? – Gut. Vielen Dank.

(Heiterkeit)

Ich will eine ganz einfache Frage stellen. Ich habe Sie, Herr Innenminister, vorhin so verstanden, dass Sie, nachdem Herr Boris Palmer vorgelesen bzw. zitiert hat, wo es aus seiner Sicht besondere Ausreißer gibt, gesagt haben, Sie wollten sich diese anschauen. Jetzt weiß ich, dass in dieser Woche die ganzen Fahrplankonferenzen stattfinden – die letzten am Freitag – und dass wir noch genau bis zur nächsten Woche Zeit haben. Wie läuft nun dieses Anschauen ab? Das hätte ich gern noch gewusst.

Innenminister Heribert Rech: Herr Kollege Wölflé, es war mir natürlich klar, dass Sie unnachgiebig und erbarmungslos nachfassen.

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Ich habe das so gemeint – ich wiederhole mich –: Ich schaue mir das an, damit ich die Frage des Kollegen Palmer beantworten kann und weil es mich auch selbst interessiert, woher diese Unterschiede in der prozentualen Belastung kommen. Wenn Sie meine Aussage jetzt so interpretieren, dass ich da höchstpersönlich eingreife und korrigiere, obwohl ich die Fakten noch gar nicht kenne, dann wäre dies zu weit gegriffen. Ich weiß, dass diese Fahrplankonferenzen von meinem Haus fachlich sehr exakt und fundiert begleitet werden. Auch der Kollege Köberle wird das Seine dazu tun, dass wir da zu vertretbaren, gerechten Ergebnissen kommen. Das mag Ihnen hoffentlich genügen. Ich schaue es mir aber an, weil mich auch selbst interessiert, woher diese regionalen Unterschiede kommen. Dafür wird es sicherlich sachliche Gründe geben; sonst würde die Bahn dies nicht so machen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Mit mir hat das nichts zu tun! Das ist richtig!)

– Ja, doch. Bei Ihnen, auf dieser Strecke sind die Einschnitte wohl offensichtlich größer.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Aber nicht wegen mir!)

– Nein, mit Ihnen persönlich hat das nichts zu tun. Aber wir treffen uns dann einmal in einem der Regionalzüge und schauen, was da wirklich los ist.

Die Aussage von Herrn Steinbrück, wonach in diesem Lande noch immer zu viel heiße Luft durch die Gegend gefahren wird, scheint mir so jedenfalls nicht richtig zu sein. Also, Herr Kollege Palmer, wir kümmern uns einmal darum.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Innenminister, lassen Sie eine weitere Zwischenfrage, eine Zwischenfrage der Frau Abg. Kipfer, zu?

Innenminister Heribert Rech: Frau Kollegin, gern.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Frau Abg. Kipfer.

Abg. Birgit Kipfer SPD: Herr Minister, kann ich Ihre Aussagen dann jetzt so interpretieren, dass diese Fahrplankonferenzen noch Änderungen zulassen, besonders auf solchen Fahrstrecken wie bei uns auf der Gäubahn mit 8,8 % Abweichung?

(Abg. Reinhold Gall SPD: Schon auf dem Glatteis!
– Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Karl-Wilhelm Röhm: Sie kommen in die Regionalzeitung! Freuen Sie sich!)

Innenminister Heribert Rech: Frau Kollegin Kipfer, das kann man so pauschal nicht bejahen.

Abg. Birgit Kipfer SPD: Ich frage Sie: Wozu gibt es dann noch Fahrplankonferenzen?

Innenminister Heribert Rech: Frau Kollegin Kipfer, da wird es mit Sicherheit – sonst würde man die nicht veranstalten – noch einen gewissen Spielraum geben. Wie der aber im Einzelnen auf den einzelnen Strecken aussieht, das kann ich Ihnen hier von diesem Pult aus nicht beantworten.

Abg. Birgit Kipfer SPD: Nein. Das erwarte ich auch nicht.

Innenminister Heribert Rech: Da müssten Sie sich in diese Fahrplankonferenzen bemühen. Ich sage Ihnen: Mein Haus ist vertreten. Da können Sie dann sehen, wie groß die Spielräume sind.

(Unruhe)

Wir können die Anliegen an die Bahn herantragen. Aber konkret vorschreiben können wir nichts. Das ist der Punkt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! So
geduldig alles beantwortet!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Vielen Dank. – Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen jetzt zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 03 – Innenministerium. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/803. Die Änderungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen und zur Abstimmung stellen.

Wir kommen zunächst zu Abschnitt I der Beschlussempfehlung, und ich rufe auf

Kapitel 0301

Ministerium

Wer stimmt dem Kapitel 0301 zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Somit ist dem Kapitel 0301 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0302

Allgemeine Bewilligungen

Wer stimmt dem Kapitel zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0303

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz

Wer stimmt dem Kapitel zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmige Annahme.

Ich rufe auf

Kapitel 0304

Regierungspräsidium Stuttgart

Wer stimmt dem Kapitel zu? –

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sogar Karlsruhe stimmt zu! Da freuen wir uns!)

Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich beschlossen.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Ich rufe auf

Kapitel 0305

Regierungspräsidium Karlsruhe

Wer stimmt dem Kapitel zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0306

Regierungspräsidium Freiburg

Wer stimmt dem Kapitel zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0307

Regierungspräsidium Tübingen

Wer stimmt dem Kapitel zu? –

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Gerne! – Heiterkeit)

Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0308

Informatikzentrum Landesverwaltung Baden-Württemberg

Wer dem Kapitel zustimmt, möge bitte seine Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich angenommen.

Kapitel 0310

Feuerschutz, Katastrophenschutz

Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich so beschlossen.

Kapitel 0311

Ausbildung für den Verwaltungsdienst

Wer stimmt dem Kapitel zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich so beschlossen.

Kapitel 0312

Landratsämter

Wer stimmt dem Kapitel zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich so angenommen.

Ich rufe jetzt

Kapitel 0314

Landespolizei

auf.

Dazu gibt es den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/903-3. Wer stimmt für diesen Änderungsantrag? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über Kapitel 0314 – Landespolizei – abstimmen. Wer dafür ist, möge bitte seine Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0316

Bereitschaftspolizei

Dazu gibt es den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/903-4. Wer für diesen Änderungsantrag ist, möge bitte seine Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über das Kapitel 0316 – Bereitschaftspolizei – abstimmen. Wer dafür ist, möge bitte seine Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0317

Akademie der Polizei

Wer dafür ist, möge bitte seine Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich so beschlossen.

Kapitel 0318

Landeskriminalamt

Wer dafür ist, möge bitte seine Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich so beschlossen.

Wir kommen jetzt zu

Kapitel 0319

Landesamt für Verfassungsschutz

Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Bei zwei Enthaltungen so beschlossen.

Kapitel 0320

Logistikzentrum Baden-Württemberg

Wer dafür ist, möge bitte seine Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig ist dieses Kapitel so beschlossen.

Kapitel 0321

Fachhochschule Villingen-Schwenningen – Hochschule für Polizei

Wer dafür ist, möge bitte seine Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig so beschlossen.

Kapitel 0325

Verkehr

Hierzu liegen mehrere Änderungsanträge vor.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Zuerst der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/903-5 – Streichung der Schuldendiensthilfe an den Flughafen Stuttgart für den Ausbau des Regionalflughafens Karlsruhe/Baden-Baden. Wer für diesen Änderungsantrag ist, möge bitte seine Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/903-2 – Vorfinanzierungskosten für die Neubaustrecke Stuttgart-Ulm und Stuttgart 21. Wer für diesen Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE ist, möge bitte seine Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen zum Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/903-6 – Streichung der Zuschüsse zum Bau und Ausbau von Regionalflughäfen und Regionallandeplätzen. Wer für diesen Antrag ist, möge bitte seine Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Jetzt haben wir zwei Änderungsanträge zum Titel „Zuschüsse an öffentliche Unternehmen“. Die Anträge begehren, die Kürzung der Zuschüsse für den Schienenpersonenverkehr rückgängig zu machen. Es handelt sich um den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/903-7, und den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/903-1. Der Änderungsantrag der Fraktion der SPD ist der weiter gehende. Deswegen werde ich ihn als Ersten aufrufen.

(Abg. Reinhold Gall SPD meldet sich zur Geschäftsordnung.)

– Herr Abg. Gall.

Abg. Reinhold Gall SPD: Herr Präsident, wir beantragen namentliche Abstimmung.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Es ist namentliche Abstimmung beantragt. Ich gehe davon aus, dass dieser Antrag die notwendige Unterstützung findet. – Das ist der Fall.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/903-7, zustimmen möchte, den bitte ich, mit Ja zu antworten, wer ihn ablehnen möchte, der möge mit Nein antworten. Wer sich der Stimme enthalten möchte, der antworte mit „Enthaltung“.

Ich bitte Herrn Schriftführer Stehmer, den Namensaufruf vorzunehmen. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben D. Ich bitte um Ruhe während der Abstimmung.

Bitte, Herr Abg. Stehmer.

(Namensaufruf)

Welcher Abgeordnete oder welche Abgeordnete haben bisher ihre Stimme noch nicht abgegeben?

(Es melden sich Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU und Abg. Dr. Christoph Palmer CDU.)

– Bitte schön, Herr Abg. Dr. Palmer.

(Abg. Dr. Christoph Palmer CDU: Ich stimme mit „Nein“!)

Sonst noch ein weiterer Abgeordneter oder eine Abgeordnete? – Frau Gurr-Hirsch, Sie haben schon abgestimmt.

Haben jetzt alle Abgeordnete im Saal abgestimmt? – Das ist der Fall. Ich schließe damit die Abstimmung und bitte die Schriftführer, das Ergebnis festzustellen.

(Auszählen der Stimmen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf Sie bitten, wieder Platz zu nehmen.

Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt vor, und ich gebe es bekannt:

An der Abstimmung haben sich 130 Abgeordnete beteiligt.

*Mit Ja haben 52 Abgeordnete gestimmt,
mit Nein haben 76 Abgeordnete gestimmt,
enthalten haben sich 2 Abgeordnete.*

Damit ist der Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/903-7, abgelehnt.

*

Mit J a haben gestimmt:

SPD: Katrin Altpeter, Christoph Bayer, Stephan Braun, Carla Bregenzer, Fritz Buschle, Wolfgang Drexler, Reinhold Gall, Rosa Grünstein, Gustav-Adolf Haas, Hans-Martin Haller, Rita Haller-Haid, Rudolf Hausmann, Ursula Haußmann, Helen Heberer, Walter Heiler, Peter Hofelich, Karl-Heinz Joseph, Gunter Kaufmann, Birgit Kipfer, Dr. Frank Mentrup, Dr. Rainer Prewo, Margot Queitsch, Martin Rivoir, Christine Rudolf, Ingo Rust, Nikolaos Sakellariou, Dr. Nils Schmid, Claus Schmiedel, Wolfgang Staiger, Wolfgang Stehmer, Rainer Stickelberger, Johannes Stober, Ute Vogt, Alfred Winkler, Marianne Wonnay, Norbert Zeller.

GRÜNE: Theresia Bauer, Winfried Kretschmann, Siegfried Lehmann, Brigitte Lösch, Oswald Metzger, Bärl Mielich, Dr. Bernd Murschel, Boris Palmer, Reinhold Pix, Renate Rastätter, Hans-Ulrich Sckerl, Edith Sitzmann, Dr. Gisela Splett, Franz Untersteller, Jürgen Walter, Werner Wölfe.

Mit N e i n haben gestimmt:

CDU: Ernst Behringer, Dr. Dietrich Birk, Thomas Blenke, Dr. Carmina Brenner, Elke Brunnemer, Jörg Döpper, Gundolf Fleischer, Michael Föll, Manfred Groh, Friedlinde Gurr-Hirsch, Peter Hauk, Hans Heinz, Klaus Herrmann, Dieter Hillebrand, Bernd Hitzler, Andreas Hoffmann, Manfred Hollenbach, Karl-Wolfgang Jägel, Karl Klein, Wilfried Klenk, Rudolf Köberle, Joachim Köbler, Andrea Krueger, Jochen Karl Kübler, Sabine Kurtz, Dr. Bernhard Lasotta, Ursula Lazarus, Johanna Lichy, Paul Locherer, Dr. Reinhard Löffler, Ulrich Lusche, Stefan Mappus, Ulrich Müller, Paul Nemeth, Veronika Netzhammer, Christoph Palm, Dr. Christoph Palmer, Günther-Martin Pauli, Werner Pfisterer, Werner Raab, Nicole Razavi, Heribert Rech, Klaus Dieter Reichardt, Karl-Wilhelm Röhm, Karl Rombach, Helmut Walter Rüeck, Bernhard Schätzle, Volker Schebesta, Dr. Stefan Scheffold, Winfried Scheuermann, Peter Schneider, Dr. Klaus Schüle, Katrin Schütz, Marcel Schwehr, Dr. Monika Stolz, Gerhard Stratthaus, Peter Straub, Klaus Tappeser, Stefan Teufel, Karl Traub, Christa Vosserschulte, Georg Wacker, Guido Wolf, Karl Zimmermann.

FDP/DVP: Dr. Birgit Arnold, Dietmar Bachmann, Heiderose Berroth, Monika Chef, Beate Fauser, Dr. Ulrich Goll, Dieter Kleinmann, Hagen Kluck, Dr. Ulrich Noll, Ernst Pfister, Dr. Hans-Ulrich Rülke, Dr. Hans-Peter Wetzel.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Der Stimme *e n t h a l t e n* haben sich:

FDP/DVP: Dieter Ehret, Michael Theurer.

*

Ich rufe zu Kapitel 0325 – Verkehr – den Antrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/903-1, auf.

Wer für diesen Antrag ist, möge bitte seine Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich erteile nun Herrn Abg. Theurer zu einer Erklärung zur Abstimmung das Wort.

Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will es kurz machen. Wir haben gerade über zwei Anträge abgestimmt, und ich glaube, dass es allen Abgeordneten hier im Haus nicht leicht gefallen ist, eine Entscheidung zu treffen. Wir sind nur unserem Gewissen verantwortlich. Ich konnte dem Antrag der SPD-Fraktion und dem Antrag der Fraktion GRÜNE nicht zustimmen und habe mich deshalb enthalten.

Dies geschah zum einen deshalb, weil Sie den Antrag mit Stuttgart 21 verknüpft haben.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist nicht wahr! – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE – Unruhe)

Diese Verknüpfung zur Gegenfinanzierung halte ich nicht für vernünftig.

Zum anderen sehen wir hier die Bahn in der Verantwortung. Es geht darum, die schlimmsten Härtefälle auszugleichen. Dafür braucht man nicht den Gesamtbetrag, sondern nur einen kleineren Betrag. Ich habe hierzu Initiativen geschaffen und in der Kürze der Zeit keine Mehrheit dafür erhalten können.

Es ist guter parlamentarischer Brauch, sich dann zu enthalten. Von diesem Recht eines frei gewählten Abgeordneten habe ich Gebrauch gemacht.

Vielen Dank.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Wir sind alle frei gewählt!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Damit kommen wir jetzt zur Abstimmung über das Kapitel 0325. Wer für dieses Kapitel ist, möge bitte seine Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Kapitel 0325 mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0326

Straßenbau

und hierzu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/903-8: Verstärkung der Mittel für die Erhaltung von Landesstraßen. Wer für diesen Antrag ist, möge bitte seine Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer dem Kapitel 0326 zustimmt, möge bitte seine Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0330

Ausländer und Aussiedler

Wer für dieses Kapitel ist, möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Somit ist das Kapitel mehrheitlich angenommen.

Wir kommen jetzt zu Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/803. Wer Abschnitt II zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Somit ist Abschnitt II der Beschlussempfehlung einstimmig angenommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind nun am Ende der Beratung des Einzelplans 03 angelangt.

Vielen Dank für Ihre Mitarbeit.

Ich rufe **Buchstabe c** der Tagesordnung auf:

Einzelplan 09: Ministerium für Arbeit und Soziales – Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/809

Berichterstatterin: Abg. Heiderose Berroth

Die Berichterstatterin wünscht das Wort nicht.

Das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 09 eine Gesamtredezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich für die CDU-Fraktion Herrn Abg. Klenk das Wort.

Abg. Wilfried Klenk CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir, die Sozialpolitiker der CDU-Landtagsfraktion, sind, um es gleich vorweg zu sagen, mit dem Ergebnis der Haushaltsberatungen der letzten Wochen vielleicht nicht sehr zufrieden, aber doch zufrieden.

Selbstverständlich gäbe es in dem einen oder anderen Bereich Bedarf und Wünsche nach noch mehr Mitteln. Aber wir sind nicht den bequemen Weg gegangen, sondern auch wir haben uns zusammen mit dem zuständigen Ministerium dem Ziel gestellt, im Jahr 2011 keine neuen Schulden mehr aufzunehmen, und haben unseren Beitrag dazu geleistet.

Unabhängig davon ist es gelungen, bei wichtigen politischen Schwerpunkten trotz Konsolidierungsmaßnahmen sogar wesentliche Verbesserungen zu erreichen. So konnte, um nur ein Beispiel zu nennen, dem aktuellen Mehrbedarf bei den Schulen für Sozial- und Gesundheitsberufe entsprochen werden. Für das Programm „Kinderland Baden-Württemberg“ konnten neue Mittel etatisiert werden.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, ich darf um Ruhe bitten.

Abg. Wilfried Klenk CDU: Aber eines sollten wir bei allen Programmen und Maßnahmen stets im Auge behalten: Die Zuständigkeiten für die einzelnen Bereiche sollten gewahrt bleiben. Deshalb, lieber Kollege Kretschmann – er ist leider gerade nicht da –, war es zwar witzig, dass Sie bei der Ersten Beratung des Haushalts von sich gegeben haben, dass man das Futter für die Elefanten nicht bei den Mäusen einsparen kann, aber – in Abwesenheit, lieber Kollege – Sie wissen umgekehrt sicherlich, dass Kleinvieh auch Mist macht.

Aber im Ernst, liebe Kolleginnen und Kollegen: Grundsätzlich denken wir, dass alle gesellschaftlichen Gruppierungen ihren Teil zur Haushaltssanierung beitragen müssen. Bei der Aufstellung eines Haushaltsplans steht die Politik immer vor der Schwierigkeit, einerseits genügend für die Zukunft der Bürgerinnen und Bürger zu investieren, dies andererseits aber möglichst ohne Finanzierung durch Schulden zu bewerkstelligen. Dies, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist eine moralische Verpflichtung gegenüber der kommenden Generation. Der Gestaltungsspielraum von morgen darf nicht durch Schulden von gestern eingeengt werden. Dies mag zwar in der Sozialpolitik, speziell dort, wo Not vorhanden scheint, etwas schwieriger sein; nichtsdestotrotz sollen aber unsere Sozialsysteme auch in einigen Jahren noch – wenn möglich, auf dem heutigen Niveau – finanzierbar bleiben.

Dort, wo es nicht geht, z. B. bei der Suchtberatung, bei der wir insbesondere auf Prävention setzen, haben die Regierungsfractionen durch entsprechende Anträge die notwendige Grundlage für eine weitere gute Basis geschaffen. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass die wertvolle und fachlich anerkannte Arbeit der Suchtkrankenhilfe in Baden-Württemberg weiterhin berücksichtigt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Dafür, liebe Kollegin Lösch, bedarf es auch nicht des Drucks aus der Opposition. Wir Sozialpolitiker der CDU-Fraktion wissen auch, wo der Schuh drückt und wo Bedarf besteht.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Ein bisschen schieben muss man!)

Nur, Sie wissen auch, aus welchem Topf all diese zusätzlichen Mittel kommen. Wie ich, der ich die letzten Tage und auch die Diskussion heute Morgen und vorhin verfolgt habe, feststelle, ist es schon interessant, was man nach Ansicht der Oppositionsparteien aus diesem Topf noch alles finanzieren soll.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wenn man es ordentlich macht, funktioniert es ja auch!)

Dasselbe gilt für Maßnahmen in der Gesundheitsförderung und bei der Jugendberufshilfe. Auch hier konnten wir durch eine Kompensation der Kürzungen bzw. durch eine Aufstockung erreichen, dass eine Förderung nach den bisherigen Förderrichtlinien, auch vom Umfang her, möglich ist. Wir haben dies – ich sage es ungeschönt – deshalb getan, weil wir Jugendberufshilfemaßnahmen für ein sinnvolles Angebot halten, und nicht deshalb, weil wir aus der halben Welt Postkarten erhal-

ten hätten oder uns sogar gedroht worden wäre, dem Jugendpakt nicht beizutreten.

Ein uns bei der Anhörung zum Landesjugendplan klar gewordenes Problem mit der Abrechnung wurde vonseiten des Ministeriums aufgegriffen, und es wird derzeit nach praktikablen Lösungsansätzen gesucht. Wir haben volles Verständnis für das Anliegen des Landesjugendrings und werden dies im Rahmen unserer Möglichkeit entsprechend unterstützen.

Die zusätzlichen Mittel für die Sonderdienste im Rettungsdienst wie Bergwacht und Wasserrettung – ich nenne konkret das Thema Rettungsboote auf dem Bodensee – sind eine Investition, die dringend erforderlich ist und im normalen Verfahren angesichts des vorhandenen Antragstaus, obwohl dringend nötig, nicht zeitnah hätte bedient werden können.

(Beifall der Abg. Andreas Hoffmann und Jörg Döpfer CDU)

In fast allen Bereichen des Sozialhaushalts, meine Damen und Herren, können – das ist uns wichtig – durch entsprechende Bewirtschaftung bzw. rückläufige Inanspruchnahmen die Kürzungen in diesem Doppelhaushalt weitestgehend kompensiert werden. Nur, ganz ohne Schmerzen an einzelnen Stellen geht es einfach nicht.

Bei einem Punkt, nämlich – wir haben es heute schon mehrfach gehört – der Neuausrichtung des Landeserziehungsgelds, sind wir in den letzten Wochen ein gutes Stück vorangekommen. Das angedachte Dreisäulenmodell entspricht den Anforderungen an die Familienpolitik unseres Landes. Das Herzstück des bisherigen Landeserziehungsgelds, nämlich die Unterstützung sozial schwacher Familien und Alleinerziehender, bleibt erhalten. Ich verstehe deshalb überhaupt nicht, weshalb man hier von einem zum Teil unsozialen Modell reden kann.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das erklären wir Ihnen gleich!)

Wenn wir uns darüber austauschen wollen, was in Teilen unsozial ist – dazu stehen wir, auch wenn die eigene Partei in Berlin dafür mitverantwortlich ist –, dann müssen wir uns eher mit dem Elterngeld des Bundes auseinandersetzen. Aber das ist hier und heute nicht unser Thema.

Die zweite Säule des Landeserziehungsgelds – bereits in der Koalitionsvereinbarung festgeschrieben – ist die Teilumwidmung in den Ausbau der Betreuungsangebote. Nur, hier haben wir bzw. die Kommunen einen Auftrag bis zum Jahr 2010, und das Land wird die Kommunen bei der Erfüllung dieser wichtigen Aufgabe nicht alleinlassen. Die vom Land zu erbringenden Anteile sind einvernehmlich besprochen. Wenn von kommunaler Seite ein Mehrbedarf, nicht in der prozentualen Höhe – da reden wir immer über 10 oder 30 % –, sondern durch Schaffung weiterer Angebote über das geplante Maß hinaus, entstanden ist, hat sich das Land auch in den letzten Jahren seiner Verantwortung nicht entzogen.

Deshalb sage ich nochmals: Wir wollen erstens an dem Herzstück des Landeserziehungsgelds festhalten und den jungen Familien und Müttern ein Garant für eine verlässliche Politik und für finanzielle Unterstützung sein. Dies hat bisher unsere baden-württembergische Familienpolitik ausgezeichnet und

(Wilfried Klenk)

wird sie auch in Zukunft auszeichnen. Gerade diese Zielgruppe muss sich auf uns verlassen können.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm
CDU: Bravo!)

Wir haben aber auch erkannt, dass im Bereich der Elternbildung Bedarf besteht. Hierzu soll die dritte Säule dienen. Auch hier müssen wir das Rad nicht neu erfinden. Es gibt bereits hervorragende, evaluierte Programme. Die spannende Frage wird nur sein – das ist heute auch schon angekommen –: Wie können wir alle Eltern, auch die, bei denen wir der Meinung sind, dass sie die Angebote am dringendsten brauchen, erreichen? Aber Sie können unbesorgt sein: Es wird uns hierzu eine gute und vor allem praktikable Lösung einfallen.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Schauen wir mal! –
Abg. Katrin Altpeter SPD: Das glaube ich nicht! –
Abg. Ursula Haußmann SPD: Das glaube ich auch nicht!)

Diejenigen, die das angedachte Modell kritisieren, sollten sich einmal überlegen, ob sie in den letzten Jahren nicht zu denen gezählt haben, die es am liebsten ganz abgeschafft hätten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Wir dagegen sind sogar bereit, in der Übergangsphase vom alten auf das neue Modell zusätzliches Geld in die Hand zu nehmen, um die betroffenen Familien in kein Loch fallen zu lassen bzw. die neuen Mittel von Anfang an zu gewähren.

Es gibt aber durchaus auch Bereiche, meine sehr verehrten Damen und Herren, denen wir in Zukunft unser Augenmerk schenken müssen. Dazu zählt mit Sicherheit auch die steigende Zahl wohnungsloser Frauen. Die Probleme sind auch uns nicht entgangen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Warum habt ihr dann kein Geld eingestellt? Das wundert mich ja!)

Für unsere Arbeit als Sozialpolitiker ist es aber auch wichtig, gewisse Übersichten über angebotene Programme in ihrer Gänze zu haben, z. B. bei der Gefährdetenhilfe, um daraus die richtigen politischen und finanziellen Einschätzungen vornehmen zu können. So sind wir jetzt wahrscheinlich alle gespannt, wie die noch im ersten Quartal 2007 zugesagte „Angebotslandkarte“ – das ist ein toller Begriff – aussehen wird. Bei der Pflegeheimförderung ist unser Weg, nämlich der Ausstieg bis zum Jahr 2010, vorgezeichnet. Der Ausstieg erfolgt deshalb erst 2010, weil uns bewusst ist, dass es Regionen im Land gibt, in denen der Kreispflegeplan noch nicht vollständig umgesetzt ist und damit noch Nachholbedarf besteht. Wir wissen aber auch alle sehr wohl, dass es durchaus Experten gibt, die uns einen sofortigen Ausstieg geraten haben. Unabhängig von alldem wissen wir auch alle, dass uns die stationäre Pflege in Zukunft noch vor große Herausforderungen stellen wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln auch weiterhin eine vernünftige Sozial- und hier insbesondere eine den Bedürfnissen angepasste Familienpolitik machen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Wonnay.

Abg. Marianne Wonnay SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Es ist leider nicht nur die Krabbenfischerei, bei der sich das Land in einer Schlusslichtposition befindet. Wenn es denn so einfach wäre! Es gibt eine Studie des unabhängigen Instituts berlinpolis vom Dezember letzten Jahres, die die soziale Lage der einzelnen Bundesländer untereinander verglichen hat. Da schneidet Baden-Württemberg in vielen Bereichen gut ab. Das freut uns. Aber genau in dem Bereich, den wir gemeinsam in der Enquetekommission „Demografischer Wandel“ als eine der entscheidenden Weichenstellungen für die Zukunftsfähigkeit des Landes erachtet haben, nämlich im Bereich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, wird uns nicht die Spitzenposition bestätigt, sondern da nehmen wir einen der Abstiegsplätze ein. Und das, liebe Kolleginnen und Kollegen, darf uns nicht zufriedenstellen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Brigitte Lösch
GRÜNE)

Deshalb möchte ich im ersten Teil, nämlich bei der Thematisierung der Familien- und Frauenpolitik – nachher wird Frau Kollegin Haußmann auf die anderen Felder der Sozialpolitik eingehen –, auf den in der Tat wesentlichen Bereich der Kleinkindbetreuung eingehen.

Wir haben bei der Kleinkindbetreuung im Land Fortschritte gemacht. Wir haben in den vergangenen vier Jahren pro Jahr um 1,5 Prozentpunkte zugelegt. Wir sind jetzt bei einem Angebot für 9 % der Kinder im entsprechenden Alter. Wenn Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion, sehr aufmerksam Ihrer Bundesfamilienministerin zugehört haben, die im vergangenen Sommer dargestellt hat, wie sich die Situation bezüglich des von ihr so geschätzten Tagesbetreuungsangebotes darstellt – ich darf daran erinnern, das ist noch der rot-grünen Bundesregierung zu verdanken –, dann wissen Sie, dass Baden-Württemberg heute einen Stand hat, der dem durchschnittlichen Stand aller Bundesländer im Jahr 2002 entspricht. Wenn wir in der gleichen Dynamik fortfahren – wenn ich Herrn Mappus heute Morgen richtig verstanden habe, sprach er davon, dass wir das Niveau halten –, dann, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind wir zum Zeitpunkt der Zielmarke 2010 auf dem Stand, dass wir für jedes siebte Kind in unserem Land einen Platz anbieten können. Das ist jedoch erst das Niveau, das alle Bundesländer zusammen bereits jetzt im Schnitt haben.

Wir hinken in der Entwicklung also um vier Jahre hinterher. Lassen Sie es mich noch einfacher erklären: Die Sozialministerin spricht davon, dass wir im Jahr 2010 im Schnitt – wir wissen, es ist regional unterschiedlich – für 20 % der Kinder ein Angebot brauchen. Ich sage, ich halte diese Zielmarke für zu niedrig. Denn das Bundeselterngeld wird uns eine Dynamik bringen, die dazu führt, dass wir bei dieser Zielmarke den Bedarf nicht erfüllen, sondern dass wir die Messlatte höher legen müssen. Aber gehen wir von dieser Größenordnung aus. Wenn Sie den Anstieg der letzten Jahre hochrechnen, sehen Sie, dass wir auch dieses selbst gesteckte Ziel der Landesregierung nicht erreichen werden. Das heißt, wir müssen mehr tun.

(Marianne Wonnay)

Die SPD-Fraktion gibt Ihnen heute die Chance dazu, mehr zu tun, und zwar in zweifacher Hinsicht. Wir schlagen Ihnen vor, 64 Millionen € zusätzlich im Doppelhaushalt einzustellen, um zusätzliche Plätze im Bereich der Krippenbetreuung zu schaffen, aber auch um dazu beizutragen, dass es den Partnern, die wir dazu brauchen, nämlich den Kommunen und den Trägern – darunter auch vielen Elterninitiativen –, überhaupt ermöglicht wird, in diesen Ausbau einzusteigen. Das heißt, wir müssen die Zuschusshöhe von 10 % – wir schlagen vor, in Stufen – auf 30 % anheben. Für uns ist es nicht einsichtig, dass die Förderung von Kleinkindern dem Land weniger wert sein soll als die Förderung von Kindergartenkindern.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Brigitte Lösch
GRÜNE)

Ich würde mich freuen, wenn wir zum Thema Landeserziehungsgeld endlich einmal mehr bekommen würden als Problemskizzen oder Lösungsskizzen. Sie hatten Ihr Konzept für den Herbst angekündigt. Das ist jetzt schon ein bisschen her. Wir warten darauf, dass nun vielleicht im Frühjahr das Konzept endlich vorgelegt wird. Wir haben unser Konzept vorgelegt.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Das ist doch noch
ein ganzes Jahr hin!)

– Wir halten daran fest, dass wir weiterhin sozial schwache Familien in unserem Land finanziell unterstützen wollen.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Wir auch!)

Laut den Aussagen unseres Statistischen Landesamts leben immerhin 16 % der Kinder in Baden-Württemberg unter der Armutsschwelle. Deshalb sagen wir: Diese Familien wollen wir unterstützen. Allerdings verknüpft die SPD-Fraktion dies mit vielfältigen Vorschlägen. Wir wollen auch das Budgetmodell anbieten; wir wollen vor allem die Koppelung mit Beratungsangeboten, und zwar nicht nur mit Beratungsangeboten, liebe Kolleginnen und Kollegen, die die Erziehungskompetenz der Eltern betreffen, sondern wir wollen speziell auch die Beratung in Fragen anbieten, die die Erwerbstätigkeit, die Berufsausübung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf betreffen. Wir wollen das Landeserziehungsgeld zu einem modernen Landeselterngeld umgestalten. Ich kann Sie nur ermuntern, sich bei der Erarbeitung Ihres Konzepts unseren Vorschlag sehr gut anzuschauen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Bärbl Mielich
GRÜNE – Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

Ich appelliere aber eindringlich an Sie: Nehmen Sie auch den Bereich der Hilfen für Familien noch einmal genau unter die Lupe. Beraten Sie sich noch einmal eingehend mit Ihrer Fachministerin. Denn gerade, wenn wir die Familien erreichen wollen, bei denen Kindern Vernachlässigung droht, dann – das wissen wir aus der ganzen Debatte um die Vorsorgeuntersuchungen – ist das Einladungssystem, so gut es auch gemeint ist, nicht geeignet. Ein Einladungssystem mit Beratungsgut-scheinen erreicht genau die Familien nicht, die wir erreichen wollen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es!)

Das heißt, wir brauchen aufsuchende Hilfen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Bärbl Mielich
GRÜNE – Zuruf von der SPD: Ganz genau!)

Sie haben ja jetzt noch einen gleichstellungspolitisch bedeutsamen Antrag vorgelegt, liebe Kolleginnen und Kollegen. Hierzu muss ich Ihnen jedoch sagen: Ich bin beim Titel leidenschaftslos, und ich hätte dem auch gern zugestimmt, Frau Kollegin Berroth, wenn ich unter diesem Haushaltstitel auch etwas Habhaftes in Bezug auf die Fördersumme entdeckt hätte.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Ein Haushaltstitel, den Sie von Jahr zu Jahr weiter demontiert haben, ist leider auch kein Ruhmesblatt für die zuständige Beauftragte der Landesregierung – wobei ich glaube, dass sie am wenigsten dafür kann. Aber dazu, eine solche Demontage der Mittel, die wir im Land Baden-Württemberg einsetzen, um tatsächlich Chancengleichheit von Frauen und Männern herbeizuführen, auch noch mit einem anderen Titel zu bemänteln,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das ist unglaublich!)

sind wir, das muss ich sagen, in unserer Fraktion nicht bereit.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des
Abg. Norbert Zeller SPD)

Ich erkenne ausdrücklich an, dass Sie wenigstens bei den Kontaktstellen „Frau und Beruf“ den geplanten Sündenfall zurückgenommen haben. Aber das gleicht in der Summe das Defizit in anderen Bereichen leider nicht aus.

Wenn Sie wirklich das Ziel verfolgen, ein kinder- und familienfreundliches Land zu werden, dann kann ich Ihnen nur ans Herz legen: Stimmen Sie unseren Vorschlägen zu, und geben Sie beispielsweise auch der Forderung des Ministerpräsidenten Ihre Zustimmung, die er seit Jahren gebetsmühlenhaft wiederholt, nämlich die Beitragsfreiheit für das letzte Kindergartenjahr einzuführen.

Weniger reden und mehr handeln – dann geht es den Kindern und unserem Land gut.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Frau Abg. Lösch für die Fraktion GRÜNE.

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sozialpolitik ist ein Kernthema und eine Kernaufgabe staatlichen Handelns.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Ganz automatisch!)

Aber auf die Frage, wie sozialpolitische Aufgaben zukunftsfähig gemacht werden können, haben Sie bei den Haushaltsplanberatungen keine Antwort geliefert.

Dass man in einem schon in der Vergangenheit radikal zusammengekürzten Haushalt nun keine großen Einschnitte mehr

(Brigitte Lösch)

vorgenommen hat, das bezeichnen Sie schon als Erfolg und sind damit zufrieden. Aber dass Sie keine einzige innovative Idee umgesetzt haben, keine zukunftssträchtige Entscheidung getroffen haben, das bezeichnen wir als Armutszeugnis.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Dieter Hillebrand CDU: Das stimmt doch gar nicht!)

Das Problem ist die Trägheit Ihrer Politik, die verhindert, dass notwendige Entscheidungen getroffen und auch umgesetzt werden. Das zeigen die Beispiele Landeserziehungsgeld, Ausbau der Kleinkindbetreuung, Nichtraucherschutz oder auch Ihre Haltung zur kontrollierten Heroinabgabe. Ich erwähne das, weil heute der Krisengipfel der sieben deutschen Städte stattfindet, die an der Heroinstudie teilgenommen haben und die noch immer auf eine gesetzliche Regelung warten, um auf der Basis der positiven wissenschaftlichen Erkenntnisse weiterarbeiten zu können.

(Zuruf des Abg. Wilfried Klenk CDU)

Ich appelliere nun noch einmal an Sie: Lassen Sie diese Städte nicht im Stich, und lassen Sie vor allem die betroffenen Menschen nicht im Stich; denn hier geht es nicht um Ideologien, sondern es geht um Fakten und um das reine Überleben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Eine andere Reform, die sich auf Landesebene ähnlich zäh gestaltet – fast so wie die Gesundheitsreform innerhalb der Großen Koalition –, ist die Weiterentwicklung des Landeserziehungsgelds. Wir haben auch in diesem Jahr wieder einen Antrag in die Haushaltsplanberatungen eingebracht, der die stufenweise Umwidmung des Landeserziehungsgelds für die Kleinkindbetreuung vorsieht, und zwar genau in der Höhe der von den Verpflichtungsermächtigungen frei werdenden Mittel. Unserer Meinung nach ist das Landeserziehungsgeld ein Auslaufmodell. Es hat keinen logischen Anschluss mehr zum Elterngeld vom Bund.

(Abg. Bernhard Schätzle CDU: Bleiben Sie beim Thema!)

Das Elterngeld ist eine Lohnersatzleistung und hat das Ziel, dass Frauen und Männer so schnell wie möglich wieder ihre Berufstätigkeit aufnehmen können. Es setzt natürlich auf eine darauf folgende gut ausgebaute, ausreichende Betreuungsstruktur für Kleinkinder, die wir hier in Baden-Württemberg jedoch in dem benötigten Umfang noch gar nicht haben.

Übrigens, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und SPD: Auch sozial schwache Familien profitieren von einer besseren Infrastruktur. Das Landeserziehungsgeld war, im Gegensatz zum Elterngeld, nie als Einkommensersatz für sozial schwache Familien vorgesehen. Das Ziel des Landeserziehungsgelds – ich zitiere die Sozialministerin aus der „Stuttgarter Zeitung“ vom 29. Januar – ist:

Mit dem Landeserziehungsgeld soll die Erziehungskraft in der Familie gestärkt und die Erziehungsleistung gesellschaftspolitisch anerkannt werden.

Damit zielt es in eine komplett andere Richtung als das Elterngeld der Bundesregierung.

Eine Schlüsselrolle bei der Kinder- und Familienfreundlichkeit des Landes spielt die Kleinkindbetreuung. Das Land ist noch meilenweit entfernt von einer ausreichenden, qualitativ hochwertigen Betreuungsstruktur für Kinder unter drei Jahren. Zwar stimmt es, dass seit 2003 das Angebot für Kleinkindbetreuung um 60 % gestiegen ist. Das ist eine positive Entwicklung, aber von einem sehr niedrigen Niveau aus. So ist Baden-Württemberg mit seiner Betreuungsquote von 9 % im Landesdurchschnitt noch weit von einer bedarfsgerechten Betreuung entfernt.

Im Gegensatz zur Landesregierung haben wir ein solides Ausbaukonzept, um in Baden-Württemberg bis 2010 ein flächendeckendes, bedarfsgerechtes Betreuungsangebot für Kleinkinder zu schaffen. Bis 2010 soll im Landesdurchschnitt für jedes vierte Kind eine Betreuungsmöglichkeit geschaffen sein.

Bei der Kleinkindbetreuung reicht die Kinderlandlyrik nicht mehr aus. Da bedarf es Taten. Außer wolkigen Umschreibungen haben wir heute Vormittag in der Rede des Ministerpräsidenten nichts Konkretes gehört. Er hat zu einem Satz angesetzt, der mit den Worten begann: „Bis 2012 ...“. Dann folgte eine Pause, und dann fuhr er fort: „... wollen wir eine bedarfsgerechte Ausbaustruktur für Kleinkinder haben“. Aber dazu, in welcher Höhe und wie dies umgesetzt wird, habe ich kein Wort gehört.

Ihre Vorschläge zur Weiterentwicklung des Landeserziehungsgelds würde ich nicht als sozial ungerecht bezeichnen, wie die Kollegin Vogt das in der Presse getan hat, sondern ich würde sie eher als unausgegoren bezeichnen. Geld für die Stärkung der Erziehungskompetenz, Geld für die Stärkung der Eltern ist wichtig, aber nicht in Form von Gutscheinen. Das haben, glaube ich, auch alle familienpolitischen Sprecher und Sprecherinnen erkannt. Damit erreichen Sie die Familien aus bildungsfernen Schichten natürlich nicht. Da eignet sich nicht die Kommstruktur, sondern man muss zu diesen Familien hingehen, sonst erreicht man sie nicht.

Aber dieses Vorgehen so zu begründen, wie es der Ministerpräsident getan hat, nämlich mit den Worten, die Badener und die Württemberger hätten ja nun einmal die Eigenschaft, sobald es etwas umsonst gibt, das auch einzulösen,

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Die Badener nicht!
Nur die Württemberger! – Zurufe der Abg. Hans
Heinz und Dieter Hillebrand CDU)

zeugt wirklich von so wenig sozialpolitischem Sachverstand, dass ich ihm raten würde, sich bei seinen – abschätzig sogenannten – Sopos doch erst einmal kundig zu machen, bevor er mit solchen Vorschlägen an die Öffentlichkeit geht.

(Zurufe von der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Vergangenheit hat die Landesregierung verschiedene Initiativen im Bereich „Gewalt gegen Frauen“ ergriffen. Mit anderen Organisationen müssen nun gemeinsame Handlungs- und Präventionsstrategien entwickelt werden. Diese Bündnisse müssen vernetzt und koordiniert werden. Das können die Beratungsstellen nicht neben-

(Brigitte Lösch)

her leisten. Deshalb wollen wir eine Stelle, die diese Tätigkeit übernimmt. Dazu sind 60 000 € erforderlich für eine Stelle, die an eine bestehende Beratungsstelle angekoppelt werden könnte.

(Zuruf des Abg. Hans Heinz CDU)

Auch muss die Situation der wohnungslosen Frauen in Baden-Württemberg angesprochen werden. Der Kollege Klenk hat das vorhin auch getan. Die Anzahl der wohnungslosen Frauen hat sich in den letzten Jahren verdreifacht. Es gibt aber keine Hilfsstruktur. Deshalb hat die Liga ja auch vorgeschlagen, ein Sofortprogramm in Höhe von 1 Million € bis 2010 aufzulegen. Wir schlagen vor, jedes Jahr 125 000 € dafür einzustellen und 500 000 € auf den bestehenden Sockel der Gefährdetenhilfe draufzusatteln.

Übrigens werden wir, liebe Kollegin Berroth – auch dies noch zum Thema Frauenpolitik –, dem Antrag von CDU und FDP/DVP – wir haben gerade darüber gesprochen – auf Umbenennung des Kapitels 0921 von „Frauenförderung“ in „Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern“ nicht zustimmen, weil es im gesamten Haushaltskapitel keine Maßnahme gibt, die zur Chancengleichheit von Frauen und Männern beiträgt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Der Haushaltstitel enthält reine Frauenfördermaßnahmen, alle anderen Titel sind auf null gesetzt, Maßnahmen zur Chancengleichheit von Männern und Frauen sind Fehlanzeige. Deshalb wäre es ein reiner Etikettenschwindel, dies so umzubenennen.

(Zuruf von der SPD: Ja, genau!)

Wir können ja gern bei unserem gemeinsamen Frauenstammtisch, den wir ja haben, darüber reden, wie eine gemeinsame Linie in der Frauenpolitik aussehen könnte, damit der Titel dann auch der Realität entspricht.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Damit der dann auch realisiert wird, genau!)

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosserschulte: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Noll.

Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Sopos! Ich empfinde diese Bezeichnung gar nicht als Beleidigung.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das zeigt aber schon die Wertschätzung des Ministerpräsidenten für seine Sozialpolitiker!)

– Liebe Ulla Haußmann, das zeigt wieder, wie man in gewisse Ausdrücke eine Wertung hineinlegen kann. Ich empfinde das nicht als abwertend,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ich gehe damit anders um als die FDP/DVP! – Abg. Marianne Wonnay SPD: Also wenn man die CDU-Kollegen anschaut, dann empfinden die das schon anders!)

sondern ich meine, dass wir Sozialpolitiker – das ist, glaube ich, schon in den bisherigen Beiträgen deutlich geworden – quer durch alle Fraktionen, wie etwa beim Landeserziehungsgeld, durchaus auch einmal unterschiedliche Ansätze haben. Auch innerhalb der Oppositionsfraktionen ist die Beurteilung ja keineswegs einheitlich. Deswegen lassen Sie uns doch einfach einmal gemeinsam feststellen: Im Ziel sind wir uns ja häufig einig; aber die Wege dorthin sind manchmal unterschiedlich.

Ich glaube, dass Sozialpolitik nicht als ein Bereich gesehen werden darf, wo immer irgendwelche Leute Geld fordern und sagen: „Da und da müsst ihr noch etwas tun“, sondern dass wir uns wirklich einmal klarmachen sollten, dass die drei Säulen der Sozialpolitik ein Stück weit neu austariert werden müssen. Wir haben drei Teile. Der Staat ist für die Daseinsvorsorge zuständig. Wir haben daneben die große Säule der freigemeinnützigen und privaten Träger, die die Aufgaben, die der Staat definiert, in subsidiärer Weise auch übernehmen können. Das lässt auch Wettbewerb zu und führt häufig zu besseren Ergebnissen, als wenn der Staat und damit wir glaubten, alles regeln zu müssen. Den Rahmen gibt der Staat, und die Aufgaben können subsidiär auf freigemeinnützige und private Träger übertragen werden.

Das gilt übrigens für alle Bereiche. Da schaue ich ein bisschen in Richtung des Kollegen Hoffmann, weil er ja vor Kurzem mit der Äußerung zitiert worden ist, er halte eine Privatisierung von Krankenhäusern grundsätzlich für suspekt.

(Zuruf des Abg. Andreas Hoffmann CDU)

Auch da sollten wir, glaube ich, über neue Aufgabenverteilungen offen diskutieren.

Hinzu kommt die dritte, zunehmend wichtiger werdende Säule – gerade mit Blick auf die Generationen, die ja in immer größerer Zahl gemeinsam miteinander leben. Wir alle werden ja immer älter, allerdings häufig nicht mehr im klassischen Familienverband. Es ist doch eine Chance und eine Herausforderung, sozusagen als gesellschaftspolitischer Impulsgeber die Zusammenarbeit der Generationen dort, wo diese nicht mehr innerhalb der Familie stattfindet, zu organisieren.

(Zuruf der Abg. Katrin Altpeter SPD)

Ich glaube, es ist eine wertvolle Erkenntnis, dass wir zusammen mit den Kommunen, die das Ganze ja vor Ort anstoßen müssen, nicht immer bloß mit Geld, sondern auch mit einem nur geringen Einsatz von Mitteln durchaus Impulse setzen können.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Aber ganz ohne Geld geht es eben doch nicht!)

Lassen Sie mich jetzt zu ein paar konkreten Themen, die angesprochen worden sind, kommen.

Als Erstes ist – weil ich gerade von der dritten Säule gesprochen habe – folgende Überlegung wichtig – und das gilt gerade auch für die älteren Menschen, die durchaus bereit sind, ihr Engagement in die Gesellschaft einzubringen, und zwar auch im Wechsel und im Austausch mit der Elterngeneration und mit den Kindern –: Wir würden das, was sich im Bereich der dritten Säule entwickelt und was uns nur wenig Geld kos-

(Dr. Ulrich Noll)

tet, gefährden, wenn wir da radikal kürzen würden. Solche Bereiche – wir erinnern uns – waren übrigens eine Zeit lang immer die „Steinbrüche“, nach dem Motto: „Freiwilligkeitsleistung, muss das alles sein? Das sind doch Spielwiesen!“ Wir sagen Nein zu einer solchen Betrachtung, und wir konnten die Mittel in vollem Umfang erhalten.

Ich weise schon noch einmal darauf hin, dass das Sozialministerium im Grunde gerade einmal die Hälfte dessen, was ihm bei diesem notwendigen Sparhaushalt nach dem eigentlichen Schlüssel aufzuerlegen gewesen wäre, erbringen musste. Im sozialpolitischen Bereich mussten eben nicht Kahlschlag und Rasenmäher regieren.

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Da ist doch sowieso nichts mehr da! Da kann man doch nichts wegnehmen!)

Ich denke, wir Sopos können uns doch ein Stück weit auf die Fahnen schreiben, dass wir wirklich sinnvolle Projekte, die mit wenig Geld viel dazu beitragen können, um bürgerschaftliches Engagement und Selbsthilfe zu stützen, gemeinsam erreicht haben. Darauf dürfen wir auch ein bisschen stolz sein.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Lassen Sie mich zum nächsten Thema kommen: Suchtkrankenhilfe. Dieses Thema ist mir schon wichtig. Die Kollegin Lösch hat gerade darauf hingewiesen, dass sich die beteiligten Städte jetzt zusammengetan haben und versuchen wollen, die Frage zu lösen: Was passiert eigentlich mit diesen Menschen? Zugegebenermaßen sind es nicht Tausende; vielmehr handelt es sich um ca.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: 300!)

1 800 Menschen in Deutschland. Aber noch einmal, liebe Kolleginnen und Kollegen: Ich hielte es für zynisch, wenn man sagen würde: „Was sind schon 1 800 Leute?“ Das sind schwerstkranke Menschen, für die wir inzwischen eine wissenschaftlich als geeignet erachtete, auch in Karlsruhe positiv bewertete Therapie anbieten könnten.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Sie heißt dummerweise „Heroinabgabe auf Krankenschein“. Eigentlich heißt sie „Diamorphingestützte Therapie für Schwerstabhängige“. Auch da bitte ich noch einmal – Der Ball liegt im Moment ja im Feld.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Machen wir doch eine Bundesratsinitiative!)

– Liebe Frau Haußmann, Sie wissen, der Ball liegt im Moment im Feld der Bundesregierung. An ihr sind Sie beteiligt.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Baden-Württemberg kann nicht aktiv gestalten!)

Ich weiß, dass Ihre Seite dafür kämpft, dass die Diamorphintherapie in die Regelversorgung aufgenommen wird. Ich appelliere mit Ihnen gemeinsam auch an die Kollegen hier auf der rechten Seite, sich all den Argumenten nicht weiter zu verschließen. Denn es ist eben nicht nur wissenschaftlich nach-

gewiesen, dass es sich um eine effiziente Therapie handelt, dass sie lebensrettend wirken kann, sondern diese Therapie ist auch wirtschaftlicher,

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP, der SPD und der Grünen)

wenn man tatsächlich alle Kosten, alles, was daran hängt – Beschaffungskriminalität, Haftkosten, Drehtüreffekte usw. –, zusammenrechnet. Da liegen die Ergebnisse jetzt doch vor. Ich kann nur noch einmal appellieren, sich diesen Ergebnissen nicht zu verschließen.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Wenn die Debatten, die wir hier ja schon mehrfach geführt haben, ein Gutes hatten, dann besteht es darin, dass man gemeinsam bereit war, noch einmal 1 Million € draufzulegen, um in der Suchthilfe eben mehr begleitende und unterstützende Maßnahmen über das rein Medizinische hinaus zu ermöglichen. Ich freue mich sehr, dass es zusammen mit den Kolleginnen und Kollegen von der CDU gelungen ist, sogar mehr draufzulegen, als Sie vorhatten.

So viel zu den Änderungsanträgen.

Jetzt kommt ein heute schon mehrfach diskutiertes Thema zur Sprache: Wie kommen wir bei Erziehung, Bildung und Betreuung noch schneller zu einer besseren Situation?

Frau Wonnay, Sie haben ja recht. Das ist ein Feld, wo wir wirklich nicht nur schlechter sind als manche anderen Bundesländer – Sie sprachen den Krabbenfang an –, sondern wo wir im Ländervergleich unsere Probleme haben und hatten. Das hat historische Gründe; das muss man einfach wissen.

Wenn Sie die Stadt Stuttgart anschauen, sehen Sie, dass die Quoten dort natürlich deutlich über den geforderten 20 % liegen. Die Frau Müller-Trimbusch hat mir das neulich noch einmal klagemacht. Es gibt aber andere Regionen, wo die gesellschaftlichen Strukturen einfach anders sind und wo diese Quoten noch nicht erreicht werden.

Wir haben uns trotzdem gemeinsam vorgenommen, dass wir uns massiv darauf konzentrieren, gerade im Hinblick auf Vereinbarkeit von Familie und Beruf und damit übrigens auch im Hinblick auf Chancengleichheit von Frauen und Männern – beide sind ja beteiligt, das ist ein Thema, das, wenn man Gender verinnerlicht hat, alle Politikbereiche betrifft –, diesen Bereich auszubauen. Einen kleinen Beitrag konnten wir mit den Kontaktstellen „Frau und Beruf“ wieder einmal leisten. Ich sage hier: Hoffentlich zum letzten Mal. Denn wir waren eigentlich übereingekommen, dass künftig für die mittelfristige Finanzplanung die Istzahlen zu nehmen sind und nicht jedes Mal wieder die Ansätze gekürzt werden. Diese Diskussion sollte nicht mehr geführt werden müssen.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Die Verpflichtungsermächtigungen sind schon da!)

Zudem sind wir in der Tat der Meinung, dass wir, wenn wir Familien zielgenau fördern wollen – insofern gebe ich Frau Lösch recht –, mit dem bisherigen Landeserziehungsgeld schon deswegen nicht mehr weiterkommen, weil es jetzt ein Bundeselterngeld gibt und damit die Bedingungen völlig an-

(Dr. Ulrich Noll)

dere geworden sind. Trotzdem müssen wir einfach wahrnehmen, dass jedenfalls im Moment noch die Situation von Familien in jeder Form, in denen Kinder leben – auch von Alleinerziehenden –, im Hinblick auf Steuern und Transfers – die eigentlich der Zuständigkeit des Bundes unterliegen – nicht optimal ist.

Der Gedanke war ja, dass wir zusätzlich eine Transferleistung geben, nämlich ein Landeserziehungsgeld. Nur kommt mir das inzwischen genauso vor, als wenn wir künftig zusätzlich zu den Bundesleistungen ein Landesarbeitslosengeld beschließen würden. Das ist eigentlich nicht Aufgabe des Landes. Nun verschließe ich mich nicht der Realität; deswegen konnten wir uns darauf einigen, dass wir das nicht abschaffen, sondern dass wir einen Teil umwidmen.

Jetzt sind Sie ein bisschen ungeduldig, weil das schwierig ist. Aber ich sage Ihnen, liebe Frau Lösch und vor allem auch Herr Metzger – er ist gerade nicht da –: Wir wollen das seriös machen. Wir wollen rechnen. Wir wollen übrigens auch Anspruchsberechtigungen von Menschen, die schon Kinder haben und Ansprüche hätten, im Auge behalten. Deswegen geht es halt nicht so schnell. Es geht nicht, dass Sie statt der veranschlagten Mittel einfach einmal 20 Millionen € herausnehmen und sagen: „Ja, ja, die haben es alle noch nicht beantragt, deswegen können wir denen das streichen.“ Ich hielte es für zynisch und menschenverachtend, zu sagen: „Du hättest zwar Anspruch auf das Landeserziehungsgeld, hast aber Pech gehabt; du hast es nicht rechtzeitig beantragt.“ Daher werden wir diesen Weg einer radikalen Streichung von Mitteln nicht mitgehen, sondern versuchen, dass die Ansprüche der Menschen, die auf das vertrauten, was zum Zeitpunkt der Geburt ihres Kindes gilt, erfüllt werden.

(Beifall bei der FDP/DVP)

So viel zum Thema Seriosität. Es geht nicht an, im Umfang von einigen Millionen Euro Familien Gelder wegzunehmen, auf die sie noch einen Rechtsanspruch haben, der im Zweifelsfall verfassungsrechtlich eingeklagt werden könnte.

Lassen Sie uns deswegen noch einmal auf die Frage zurückkommen: Wie können wir es vernünftig und seriös umsetzen? Es wird tatsächlich eine Übergangsproblematik geben, weil in den Jahren 2008 und 2009 sowohl noch Ansprüche aufgrund des alten Landeserziehungsgelds in nicht unerheblicher Höhe als auch Ansprüche durch das neue Landeserziehungsgeld bestehen werden, das noch im Jahr 2007 beschlossen werden soll und ab 2008 in Kraft treten wird. Da bekommen wir eine Doppelbelastung. Das heißt, es wird zunächst auf keinen Fall zu Einsparungen, sondern erst einmal zu Mehrbelastungen führen. Dazu sind wir im Interesse der Familien und im Interesse eines sauberen Übergangs durchaus bereit.

Aber man muss natürlich noch einmal rechnen. Es kann nicht das Motto gelten: „Darf's noch ein bisschen mehr sein?“ Nein, wir müssen das seriös machen, und deswegen wird man die Höhe des Landeserziehungsgeldes noch einmal im Detail durchrechnen müssen. Das wird dann die zweite Säule. Die ist garantiert und in der Koalitionsvereinbarung festgeschrieben. Das sind mindestens 8 Millionen € zusätzlich, die in die Betreuung für Kinder unter drei Jahren – und zwar nicht ausschließlich in Krippenbetreuung, sondern auch z. B. zur För-

derung innovativer Modelle bei der Tageselternbetreuung – investiert werden müssen.

(Zuruf von der SPD: Gut!)

Es gibt ein Modell in Leinfelden-Echterdingen, das Ihr früherer Kollege Klenk, der jetzt OB ist, entwickelt hat. Er sagte: Für mich als Stadt ist es eigentlich günstiger, statt in Krippenplätze zu investieren, Zuschüsse an Tagesmütter zu zahlen, damit es für die Eltern, die ihr Kind dorthin bringen, bezahlbar wird. Das scheinen mir sehr innovative und sehr gute Modelle zu sein. Wenn wir dieses Geld, das wir jetzt durch Umschichtungen frei machen, in solche Modelle investieren, dann sind wir, glaube ich, auf dem richtigen Weg.

Zum Schluss zur dritten Säule, zu der Stärkung der Erziehungsfähigkeit. Ich halte das für ein sehr, sehr wichtiges Thema. Denn Untersuchungen – ich habe es heute Morgen schon zitiert – zeigen, dass gerade im ersten Lebensjahr die Gefahr am größten ist – und zwar nicht aus Böswilligkeit, sondern teilweise aus Überforderung von Familien –, dass Kindern nicht das Maß an Zuwendung und an Betreuung zukommt, das sie wirklich brauchen. Deswegen glaube ich schon, dass es sich lohnt, die bestehenden Strukturen zu nutzen, mit denen wir leichter an diese Familien herankommen, statt ihnen nur einen Brief oder einen Gutschein zu schicken. Wir sollten ein eher niederschwelliges Modell für eine Gehstruktur entwickeln, bei der die Familien aufgesucht werden, ohne dass sie Angst haben müssen, sie würden gleich an den Pranger gestellt und würden für nicht fähig gehalten, ihre Kinder zu erziehen.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Ich werde sofort zum Ende kommen. Ich weise aber darauf hin, dass ich nur eine Runde mache.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Sie haben keine Redezeit mehr, Herr Kollege.

Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Dann darf ich abschließend das Gutscheinmodell noch einmal auf den Vorschlag hin präzisieren – darüber sind wir ja auch im Gespräch –, in das Modellprojekt „Guter Start ins Kinderleben“, welches ja auf aufsuchende Hilfen und eine Vernetzung der vorhandenen Angebote setzt, die Gutscheine zu integrieren. Denn wenn man erkennt, dass eine Familie an dieser oder jener Stelle ein klar zu identifizierendes Problem hat, und sie dann darauf hinweist, dass bei dieser oder jener Familienbildungsstätte oder sonst wo ein Gutschein erhältlich ist und man sich dort beraten lassen kann, wird das möglicherweise besser genutzt. Deshalb sollte man den Vorschlag mit den Gutscheinen nicht lächerlich machen. Ich halte ihn für einen richtigen Gedanken.

Manchem mag alles nicht schnell genug gehen. Wir stülpen nichts von oben über, sondern wir lassen gemeinsam mit den Kommunen neue Modelle wachsen. Dafür wollen wir durch Umschichtungen Geld bereitstellen. Denn eines gilt auch da: Über mehr Schulden können wir dies alles nicht finanzieren. Mein Lieblingssatz lautet – Sie müssen ihn wieder hören –: Auf Schuldenbergen können Kinder nun mal nicht spielen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Ministerin Dr. Stolz.

Ministerin für Arbeit und Soziales Dr. Monika Stolz: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich als eine Ministerin, die zum ersten Mal in dieser Position Haushaltsberatungen erlebt, als Erlebnis eigener Art etwas an den Anfang stellen, was meine Kollegen vorher an den Schluss ihrer Reden gestellt haben, nämlich einen herzlichen Dank an alle Beteiligten: an das Finanzministerium, den Finanzminister, auch an alle Beteiligten und Kollegen, die an der Aufstellung dieses Haushalts beteiligt waren und konstruktiv mitgearbeitet haben. Ich habe bei den vielen Verhandlungen, die in den letzten Monaten geführt werden mussten, oftmals an den Satz Bismarcks von der Politik als der Kunst des Möglichen gedacht. Er ist mir oft in den Sinn gekommen. Ich glaube, wir haben in der Tat mit vielen Verhandlungen und auch mit viel konstruktiver Unterstützung vieles erreicht. Dank dafür an alle.

(Beifall des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

– Ja, Dank an alle. Auch die Opposition ist da eingeschlossen. Sie werden das gleich merken.

Was haben wir erreicht, was mir wichtig ist? Es ist uns am Ende gelungen, auch im Sozialhaushalt unseren Beitrag zur Haushaltskonsolidierung zu leisten. Das ist auch im Interesse derer wichtig, für die wir im Moment Politik machen. Das sage ich auch ganz offen als Kinderbeauftragte, die natürlich immer Gelegenheit hat, Geld auszugeben. In der jetzigen Zeit ist die Haushaltskonsolidierung auch im Interesse eines Gestaltungsspielraums für die Generation, die im nächsten Jahrzehnt etwas gestalten will, sehr wichtig. Insofern haben wir einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten können. Dabei haben wir darauf geachtet, dass den Bürgerinnen und Bürgern keine zusätzlichen Lasten auferlegt werden, sondern die Kürzung der Ansätze regelmäßig auf die letzten Istaussgaben beschränkt bleibt.

Dabei bin ich auch froh, dass insbesondere bei den Selbsthilfegruppen und beim bürgerschaftlichen Engagement „Rasenmäherkürzungen“ vermieden werden konnten.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Mit Ihrer Unterstützung, liebe Kolleginnen und Kollegen, konnten noch im Finanzausschuss Kürzungen bei der Jugendberufshilfe und bei der Suchthilfe zurückgenommen werden. Dabei haben alle Fraktionen an einem Strang gezogen. Auch dafür möchte ich mich ganz herzlich bedanken. Ich bin für jeden Euro dankbar, den wir sinnvoll ausgeben können.

Auch heute werden wieder Anträge auf zusätzliche Ausgaben im Sozialhaushalt gestellt. Bei allem Dank für das konstruktive Miteinander muss ich den Damen und Herren Antragstellern aber auch sagen, dass es wirklich nicht zielführend ist, an nicht verausgabten Haushaltsansätzen festzuhalten.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Genau!)

Genauso wenig können wir eingestellte Förderungen, die anderweitig finanziert sind, wieder aufleben lassen.

(Zuruf des Abg. Dr. Nils Schmid SPD)

Der wiederholt gestellte Antrag der Grünen, das Landeserziehungsgeld bereits 2008 in die Förderung der Kleinkindbetreuung umzuschichten, ist rechtlich bedenklich, wenn nicht sogar rechtswidrig.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Nein, das stimmt ja nicht! – Gegenruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Das wäre auch gegenüber finanzschwachen jungen Familien sozial ungerecht. Der Antrag ist außerdem überflüssig, denn wir haben bereits zusätzliche Mittel für die Kleinkindbetreuung in den Haushalt eingestellt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort hat Frau Ministerin Dr. Stolz.

Ministerin für Arbeit und Soziales Dr. Monika Stolz: Der Ansatz für 2008 ist mit 18,8 Millionen € gegenüber 9,65 Millionen € im Jahr 2006 nahezu doppelt so hoch. Hier wie in anderen Schwerpunktbereichen unserer Gesellschaftspolitik haben wir Zeichen gesetzt, die sich in finanziellen Verbesserungen widerspiegeln.

Das Landeserziehungsgeld ist hier schon angesprochen worden, auch die Ermahnung, dass wir den Paradigmenwechsel des Elterngeldes offensichtlich nicht mit vollzogen hätten. Es ist gerade das Charakteristikum einer Landespolitik, eigene Akzente zu setzen. Dass wir einkommensschwache Eltern weiterhin unterstützen wollen und dass wir Eltern bei ihrer Erziehungsaufgabe unterstützen wollen, ist unser eigener Akzent.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! Ja-wohl!)

der mindestens genauso wichtig ist wie das Elterngeld, das ich auch gut finde. Aber ich sehe keine Veranlassung, als Land nicht auch eigene wichtige Akzente zu setzen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, der Ausbau Baden-Württembergs zum „Kinderland“ wird auch zukünftig den Einsatz aller erfordern, die hierfür Verantwortung tragen. Als Kinderbeauftragte werde ich dieses Vorhaben mit großem Nachdruck aktiv unterstützen. Dabei weiß ich die Landesregierung und auch den Ministerpräsidenten an meiner Seite. Wir werden den Weg zum „Kinderland“ gemeinsam mit den Familien, den Kommunen und allen anderen Akteuren Schritt für Schritt gehen.

Kinder- und Familienfreundlichkeit kann allerdings nicht verordnet werden und ist nicht nur eine Sache des Geldes, auch wenn wir hier jetzt Haushaltsberatungen führen. Kinderfreundlichkeit und Familienfreundlichkeit entstehen in den Köpfen und Herzen der Menschen vor Ort, in den Gemeinden und Städten. Ich bin dankbar, dass bereits viele Kommunen in unserem Land mit großem Einsatz ihre Infrastruktur für Kinder und Familien weiterentwickelt haben.

(Ministerin Dr. Monika Stolz)

Mit dem Projekt „Schritt für Schritt ins Kinderland“ möchte ich auf diesem Prozess aufbauen. Wir wollen den weiteren Ausbau kinder- und familienfreundlicher Strukturen gerade auf kommunaler Ebene mit Bausteinen weiterverfolgen und unser Modell „Zukunftswerkstatt Familie“ möglichst flächendeckend und auch nachhaltig – d. h. auch mit Bilanzworkshops – überprüfen und zu einer Nachhaltigkeit der Familienfreundlichkeit vor Ort kommen.

Kindern neue Aufmerksamkeit zu schenken heißt für mich auch, insbesondere auf Kinder zu achten, die auf der Schattenseite des Lebens stehen oder geboren werden. Ein guter Start ins Kinderleben für jedes Kind ist daher ein weiterer Schwerpunkt meiner kommenden Arbeit als Kinderbeauftragte.

Um Vernachlässigung und Misshandlung von Kindern effektiv entgegenzuwirken, sollen Eltern von Säuglingen und Kleinkindern in einer sehr frühen Phase gestärkt und gestützt werden. Darin sind wir uns alle einig. Sie werden in ihrer Erziehungs- und Beziehungskompetenz zu ihren Kindern möglichst von Anfang an gestärkt. Baden-Württemberg setzt hier einen Schwerpunkt bei jungen oder auch psychisch kranken Müttern.

Als repräsentative Modellstandorte in Baden-Württemberg wurden die Stadt Pforzheim und der eher ländlich geprägte Ostalbkreis ausgewählt. Die Pilotphase des bis Ende 2008 laufenden Projekts hat im November 2006 begonnen. Ein wesentliches Ziel des Projekts liegt darin, die Vernetzung der Jugendhilfe und des Gesundheitswesens zu verbessern. Das ist gerade für diese Kinder ein wichtiger Schritt.

Auch dieses Standbein Landeserziehungsgeld, Stärkung der Erziehungskompetenz weist natürlich in die Richtung, Eltern in einer frühen Phase zu unterstützen, damit sie gegen Überforderungen gewappnet sind.

(Beifall des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Um Baden-Württemberg zum „Kinderland“ zu machen, müssen die Familien und Kinder noch bessere Chancen haben. So sollen natürlich Kind und Beruf nicht im Widerspruch stehen. Ein zentrales Element hierfür ist der bedarfsgerechte Ausbau der Kinderbetreuung. Das habe ich schon angesprochen. Mit rund 4 500 neuen Betreuungsplätzen im Jahr 2006 stehen nunmehr 25 000 Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren zur Verfügung. Die große Bedeutung, die die Landesregierung dem weiteren Ausbau der Kleinkindbetreuung beimisst, zeigt sich auch in den Ansätzen. Wir haben diese Ansätze – das habe ich schon angesprochen – bis zum Jahr 2008 auf 18,8 Millionen € verdoppelt.

Ich gebe zu, wir sind noch nicht am Ziel; aber dieses Ziel ist klar definiert. Wir rechnen aufgrund der Rückmeldungen der Kommunen damit, dass wir bis zum Jahr 2010 einen bedarfsgerechten Ausbau erreichen werden, der dann bei etwa 20 % liegt.

Lassen Sie mich noch auf einige wichtige Aspekte des Ressorts und des Haushalts eingehen. Die Landesregierung und die sie tragenden Parteien haben sich zum Ziel gesetzt, die Pflegeheimförderung des Landes noch bis zum Jahr 2010 mit

vier Förderprogrammen von jeweils 50 Millionen € fortzuführen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Die Fraktionen! Ich bin Abgeordneter und kein Parteisoldat!)

So ist das in der Koalitionsvereinbarung vorgesehen. Damit soll eine möglichst wohnortnahe Grundversorgung in allen Landesteilen sichergestellt werden. Wir wollen die bestehenden Pflegeheime leistungsfähig erhalten. Ganz wichtig ist uns auch, dass die demenzspezifische Orientierung verbessert wird.

Nach 2010 werden wir prüfen, ob und inwieweit modellhafte Projekte in der Pflege und der Altenhilfe gefördert werden können oder sollen. Den Zeitraum bis 2010 und das Fördervolumen brauchen wir, um noch bestehende Versorgungsdefizite auszugleichen und die entsprechenden Kreispflegeplanungen und die laufenden Fördervorhaben umzusetzen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sehr gut! Das ist auch Vertrauensschutz!)

Damit haben wir die Grundlagen für einen geordneten und an sachlichen Kriterien ausgerichteten Förderausstieg gelegt.

(Beifall der Abg. Dr. Ulrich Noll und Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Was ist uns sonst wichtig? Die Zahl der behinderten Menschen steigt aufgrund unserer demografischen Entwicklung kontinuierlich an. Die Behindertenpolitik ist und bleibt ein Schwerpunkt der Sozialpolitik unseres Landes. Trotz der schwierigen Haushaltssituation haben wir die Mittel in der Behindertenhilfe insgesamt nicht gekürzt. Beispielsweise sollen die Frühförderstellen, in denen behinderte Kinder von einem interdisziplinären Team behandelt werden, in diesem und im nächsten Jahr wie bisher mit 1,8 Millionen € gefördert und unterstützt werden.

In der Investitionsförderung haben wir die Mittel gegenüber dem Vorjahr sogar um 2,2 Millionen € aufgestockt. Für die Bewilligung neuer Projekte in diesem Jahr sind im Landeshaushalt 8,5 Millionen € vorgesehen. Außerdem können wir für die Investitionsförderung in der Behindertenhilfe ergänzend Mittel aus dem Ausgleichsabgabenaufkommen einsetzen. Damit stehen in diesem Jahr mehr als 18 Millionen € für die Investitionsförderung bereit.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Damit tragen wir maßgeblich zur Weiterentwicklung der stationären Versorgung behinderter Menschen bei.

Meine Damen und Herren, auch wenn das Thema Hartz IV leider noch immer weit öfter negative als positive Schlagzeilen macht, kann ich Ihnen auch etwas Erfreuliches mitteilen. In langwierigen und schwierigen Verhandlungen konnten wir erreichen, dass sich der Bund an den Kosten der Kreise für Unterkunft und Heizung im Jahr 2007 mit einer Quote von 35,2 % beteiligt.

(Abg. Ingo Rust SPD: Wer ist da Arbeitsminister? – Abg. Ursula Haußmann SPD: Danke, Herr Müntefering! Superfranzl!)

(Ministerin Dr. Monika Stolz)

Bisher waren das 29,1 %. Es handelt sich dabei um eine Sonderquote für Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. Das ist für uns Baden-Württemberger etwas sehr Außergewöhnliches. Als Ausgleich erhalten die anderen 14 Länder nur 31,2 % anstatt der vom Bund ursprünglich vorgesehenen 31,8 %.

Das Gesamtergebnis halte ich für bemerkenswert. Die Kommunen in Baden-Württemberg werden dank dieses Erfolgs 2007 voraussichtlich landesweit 60 Millionen € mehr für diesen Bereich in der Kasse haben als 2006, nämlich insgesamt rund 340 Millionen €.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm
CDU: Gut gemacht!)

Dieser positive Finanzeffekt wird sich auch in den Folgejahren fortsetzen.

Die Arbeitsmarktzahlen haben sich im letzten Jahr sehr positiv entwickelt. Baden-Württemberg hat nach wie vor die niedrigste Arbeitslosenquote aller Bundesländer – übrigens seit 74 Monaten. Dennoch haben zu viele Jugendliche erhebliche Schwierigkeiten, einen Ausbildungsplatz zu bekommen, oder sind bereits am Beginn ihres Berufslebens von Arbeitslosigkeit betroffen. Das dürfen wir so nicht hinnehmen. Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit steht deshalb ganz oben auf der Agenda. Hierzu wollen wir das 2004 zwischen Landesregierung und Wirtschaft für eine Laufzeit von drei Jahren vereinbarte Ausbildungsbündnis in diesem Jahr unter Einbeziehung der Gewerkschaften erneuern und dabei auch das Thema „Qualifikation und Integration von benachteiligten Jugendlichen“ einbeziehen.

Mit dem Berufspraktischen Jahr fördern wir ein seit vielen Jahren erfolgreiches Kooperationsmodell mit der baden-württembergischen Wirtschaft. Hier setzen wir zusätzliche Landesmittel ein. Das ist bei einer Vermittlungsquote von 75 % ein sehr gut angelegtes Geld.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir werden auch auf anderen arbeitsmarktpolitischen Handlungsfeldern weiterhin gezielt ESF-Mittel einsetzen. Für die Förderperiode von 2007 bis 2013 wird das Land ESF-Mittel in Höhe von insgesamt 266 Millionen € erhalten. Diese werden wir schwerpunktmäßig für einen verbesserten Zugang zur Beschäftigung und zur sozialen Eingliederung benachteiligter Menschen einsetzen.

Die ESF-Mittel werden auch zukünftig zielgerichtet und wirksam im Land eingesetzt. Wir erreichen mit relativ geringen Landesmitteln, dass rund 190 Millionen € an ESF-Mitteln über die gesamte Laufzeit zum Einsatz gebracht werden. Damit wird ein Gesamtfördervolumen von insgesamt 570 Millionen € generiert. Dieses Geld kommt den Menschen in unserem Land auf dem Arbeitsmarkt zugute. Bei einem solch effizienten Mitteleinsatz werden wir auch weiterhin darauf achten müssen, dass dem Land keine EU-Mittel verfallen.

Angesichts der zunehmenden gesellschaftlichen Schwierigkeiten von jungen Menschen, wie z. B. der Bedrohung durch Arbeitslosigkeit, hat die mobile Jugendarbeit mit ihrer aufsuchenden Arbeit eine wichtige Funktion. Sie kann insbesondere einen Zugang zu Jugendlichen aufbauen, die von allgemei-

nen Angeboten der Jugendhilfe nicht mehr erreicht werden. Damit wirkt sie darauf hin, die Persönlichkeit und das Sozialverhalten zu entwickeln und zu stärken, und trägt so auch zu einer beruflichen und gesellschaftlichen Integration bei.

Bisher hat das Land rund 50 Projekte der mobilen Jugendarbeit gefördert. Im Rahmen der Erneuerung des Ausbildungsbündnisses, bei dem die Qualifikation und Integration von Jugendlichen ein wichtiger Aspekt sein wird, werden wir auch hier die Mittel auf insgesamt 2,4 Millionen € aufstocken. Das ist eine Steigerung um 70 %. Damit können insbesondere Maßnahmen auf kommunaler Ebene und auf der Ebene freier Träger berücksichtigt werden. Gerade im Hinblick auf die demografische Entwicklung ist es wichtig, dass wir keinen Jugendlichen mit seinen Problemen alleine lassen und möglichst alle mitnehmen können.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Lassen Sie mich zum Schluss noch einige Worte zu den Maßnahmen der Gesundheitspolitik verlieren.

Rettungsdienstleistungen gibt es bei allem ehrenamtlichen Engagement unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger nicht zum Nulltarif. Um den Menschen helfen zu können, muss den ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern eine moderne und sichere technische Ausstattung zur Verfügung gestellt werden, und die kostet Geld. Ich freue mich, dass die Rettungsmittelförderung des Landes spürbar erhöht werden kann. Im Rahmen eines Techniksonderprogramms werden für die Wasserrettung am Bodensee und die Bergrettung in den Haushaltsjahren 2007 und 2008 jeweils zusätzliche Fördermittel in Höhe von 380 000 €, insgesamt also 760 000 € zusätzlich, zur Verfügung gestellt. Damit kann auch eine notwendige Modernisierung durchgeführt werden.

Die Suchthilfe habe ich schon angesprochen, auch mit einem herzlichen Dank für die Unterstützung.

Ein paar Worte noch zur Krankenhauslandschaft. Das ist ein Thema, das uns auch in diesem Jahr besonders beschäftigen wird. Die gesamte Krankenhauslandschaft befindet sich bundesweit in einer Phase des rasanten Umbruchs. Für das Land gilt es dabei, Spitzenmedizin sowie ausreichende Versorgung im ganzen Land bei größtmöglicher Wirtschaftlichkeit zu erreichen. Die Krankenhausesperten haben darauf hingewiesen, dass gerade in der derzeit stattfindenden Umbruchphase ein ausreichendes Investitionsvolumen erforderlich ist, um die Krankenhäuser baulich, medizinisch und technisch auf dem neuesten Stand zu halten.

Schließlich – das ist der wichtigste Punkt – sind zeitnahe Investitionen in den Krankenhäusern auch zur weiteren Steigerung der Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung dringend angezeigt. Die aktuellen Herausforderungen auf dem Krankenhaussektor können letztlich nur dann von den Trägern gemeistert werden, wenn sie die erforderlichen strukturellen Veränderungen zeitnah realisieren können. Deshalb und mit Blick auf den aktuellen Antragstau dringender Projekte in Höhe von 1,2 Milliarden € haben wir die Ausgabemittel auf 305 Millionen € im Jahr 2007 und auf 310 Millionen € im Jahr 2008 erhöht.

(Ministerin Dr. Monika Stolz)

Meine Damen und Herren, ich halte den vorliegenden Sozialhaushalt für einen gelungenen Kompromiss zwischen den notwendigen Konsolidierungsmaßnahmen auf dem Weg zur Nullnettoneuverschuldung und der genauso erforderlichen Schwerpunktsetzung in Zukunftsbereichen. Prioritäten zu setzen ist nicht leicht, aber notwendig. Und allen Leuten recht getan, ist eine Kunst, die letztlich niemand kann. Aber ein Zeugnis für die Kunst des Möglichen im Sinne Bismarcks ist dieser Sozialhaushalt sehr wohl. Ich bin Ihnen dankbar, wenn Sie diesem Sozialhaushalt zustimmen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Haußmann.

Abg. Ursula Haußmann SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst die erfreuliche Nachricht: Dieser Sozialhaushalt ist von größeren Einschnitten verschont geblieben.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das ist doch immerhin auch schon etwas!)

Das ist jedoch kein Wunder, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Regierungsfractionen CDU und FDP/DVP, denn so furchtbar viel Geld für Sozialpolitik steht in Baden-Württemberg nach den Kürzungen, die Sie in den vergangenen Jahren vorgenommen haben, nicht mehr zur Verfügung.

(Beifall bei der SPD – Zurufe der Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP und Jörg Döpper CDU)

Trotzdem ist es erfreulich, Kollege Döpper, dass in den Ausschussberatungen Kürzungen, die noch im Planentwurf der Landesregierung vorgesehen waren, rückgängig gemacht werden konnten. Ich meine damit insbesondere die Kürzungen im Bereich der Suchtkrankenhilfe, einem besonders sensiblen Bereich, in dem die Landesregierung trotz steigender Fallzahlen völlig unverständlich Kürzungen vorgesehen hatte.

Leider waren die Regierungsfractionen nicht bereit, auch bei den Jugendberufsmaßnahmen so zu verfahren, lieber Kollege Klenk. Da sind die Kürzungen nicht vollständig zurückgenommen worden. Dies ist deshalb so bedauerlich, weil der Landesjugendring in der gemeinsamen Anhörung von Schulausschuss und Sozialausschuss sehr überzeugend dargelegt hat, dass die Landesförderung der Jugendberufshilfe uneingeschränkt erhalten bleiben muss.

(Zuruf des Abg. Wilfried Klenk CDU)

Meine Damen und Herren, trotz einiger positiver Veränderungen in den Ausschussberatungen kann jedoch für den Sozialhaushalt insgesamt keine Entwarnung gegeben werden. Die Förderprogramme im Sozialbereich sind nach wie vor gefährdet. Auf diesem Sozialhaushalt lasten erneut erhebliche globale Minderausgaben. In diesem und im nächsten Jahr muss im Einzelplan 09 jeweils eine globale Minderausgabe in Höhe von 4,3 Millionen € erwirtschaftet werden.

Die Ministerin hat auf unsere Fragen in den Ausschussberatungen, ob im laufenden Haushalt deshalb Einschnitte bei den

Förderprogrammen zu befürchten seien, leider sehr halbherzig und nur ausweichend geantwortet. Fakt ist: Damit fehlt auch in diesem Doppelhaushalt für die Verbände der freien Wohlfahrtspflege erneut die notwendige Planungssicherheit und Verlässlichkeit. Wir hätten es begrüßt, wenn endlich ein verlässlicher Rahmen für die Arbeit dieser Verbände hätte vorgegeben werden können.

(Beifall bei der SPD)

Unverständlich ist für die SPD-Fraktion auch, dass die Landesregierung angesichts der aktuellen Situation in den Zentren für Psychiatrie in den nächsten beiden Jahren bei den Zuschüssen für die Zentren erhebliche globale Minderausgaben vorsieht. Im Jahr 2007 beläuft sich diese globale Minderausgabe auf mehr als 10 Millionen €, meine Damen und Herren, und im Jahr 2008 immerhin noch auf rund 4,3 Millionen €. Damit werden die Umsetzung der Tarifabschlüsse für die Zentren ebenso wie die Gespräche mit den Gewerkschaften über die tarifvertragliche Zukunft noch schwieriger.

Die Zentren hätten angesichts der aktuellen Situation in diesem Doppelhaushalt wirklich mehr Planungssicherheit verdient. Ganz aktuell hat ja der Bund seine Kürzungen für die Zentren für Psychiatrie zurückgenommen, wofür ich sehr dankbar bin. In dieser für die Zentren schwierigen Situation war das eine kluge Entscheidung. Davon lässt sich aber diese Landesregierung leider nicht beeindrucken.

Nun zum demografischen Wandel, der Herausforderung unserer Zeit. Er findet bei dieser Landesregierung überhaupt nicht statt, meine Damen und Herren. Kürzlich hat die Sozialministerin der Öffentlichkeit eine Broschüre mit dem Titel „Pflegebedürftig – was nun?“ vorgestellt. In der Pressemitteilung vom 2. Februar war dazu folgender bemerkenswerter Satz zu lesen – ich zitiere –:

Unverzichtbarer Baustein in der Bekämpfung illegaler Beschäftigung müsse vor allem die Weiterentwicklung von Hilfen im Vor- und Umfeld der Pflege sein.

Das ist wahr. Die Landesregierung hat von der Enquetekommission „Demografischer Wandel“ der letzten Legislaturperiode auch einen klaren und unmissverständlichen Auftrag dazu erhalten, endlich ein Konzept vorzulegen. Geschehen ist jedoch leider nichts, auch nicht in diesem Haushalt. An keiner einzigen Stelle wird auf die Herausforderungen durch den demografischen Wandel reagiert. Im Gegenteil, wir waren hier wirklich schon einmal viel weiter. 1996 standen im Haushalt des Sozialministeriums für die Förderung von Hilfen im Vor- und Umfeld der Pflege rund 10,5 Millionen € zur Verfügung. Heute summieren sich die Fördermittel auf insgesamt nicht einmal 2 Millionen €.

Ich sage für meine Fraktion der SPD ganz klar: Lediglich eine Beauftragte für den demografischen Wandel auf die Regierungsbank zu setzen

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wo ist die überhaupt? Die sitzt da ja gar nicht!)

reicht uns nicht aus. Wir wollen endlich Taten sehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

(Ursula Haußmann)

Es wird mutlos, kraftlos, planlos und ohne klare Linie agiert, wie wir es bei der Debatte um die diamorphingestützte Behandlung mitverfolgt haben. Beim Nichtrauchererschutz hat Herr Mappus die Backen aufgeblasen und ist als Bettvorleger gelandet.

(Lachen bei der CDU – Abg. Dr. Stefan Scheffold
CDU: Der Spruch geht anders, Frau Haußmann!)

Es ist nichts passiert. Sozialpolitik in Baden-Württemberg muss endlich gestalten, statt sich lediglich in Ankündigungen und Modellprojekten zu erschöpfen.

Ich will Ihnen noch eines sagen, Kollege Klenk. Sie haben vorhin ja die Situation der wohnungslosen Frauen angesprochen. Mit 100 000 € wären wir hier sehr weit gekommen. Wenn Sie unserem entsprechenden Antrag im Finanzausschuss zugestimmt hätten, hätten wir hier endlich eine Lösung. Die Verbände haben auch mit Ihnen geredet. Hier gibt es eine große Not, und wenn Sie sich hier nicht bewegen, wird die Not noch größer. Wir erwarten, dass es in diesem Bereich nicht nur Ankündigungen gibt, sondern endlich auch einmal Taten. Da sind Sie in Ihrer Verantwortung als Sopos der CDU-Fraktion gefordert.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Mielich.

(Abg. Werner Pfisterer CDU: Kann man das nicht zu Protokoll geben?)

Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Nachhaltig und generationengerecht, so sollte der Haushalt sein. So hat es der Ministerpräsident angekündigt, und so hat er es auch heute noch einmal klar bestätigt. Wir können für den Sozialhaushalt nur sagen: Dieser Haushalt ist weder nachhaltig noch generationengerecht.

Herr Mappus hat deutlich gesagt, was er sich unter Generationengerechtigkeit vorstellt, nämlich einen Sparhaushalt vorzulegen, der der jüngeren Generation einen Spielraum eröffnet. Das ist die eine Seite der Generationengerechtigkeit. Die andere Seite ist die – darauf hat die Kollegin Haußmann eben auch schon hingewiesen –, dass wir den demografischen Wandel wirklich ernst nehmen. Dazu möchte ich Ihnen einfach noch einmal einige Zahlen nennen.

In der Tat ist es ja so, dass für die Landesregierung das Problem der älter werdenden Gesellschaft überhaupt nicht vorkommt.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, die Gespräche nach draußen zu verlegen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Oder einzustellen!)

Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: In den Jahren bis 2030 wird der Anteil der Bevölkerungsgruppe der unter Sechzigjährigen

an der Gesamtbevölkerung von derzeit 55 % auf 30 % sinken. Gleichzeitig wird sich der Anteil der Bevölkerungsgruppe der über Achtzigjährigen verdoppeln. Der Anteil der Bevölkerungsgruppe der über Sechzigjährigen wird von 24 % auf 53 % anwachsen.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Bachmann?

Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Ja. – Das wird doch nicht von meiner Redezeit abgezogen?

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Bitte, Herr Bachmann.

Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Ich beeile mich. – Frau Kollegin, ist Ihnen bekannt, dass die Landesregierung extra den Posten einer Staatsrätin geschaffen hat, die sich speziell mit der demografischen Entwicklung befasst?

(Abg. Reinhold Gall SPD: Was macht denn die? –
Weitere Zurufe von der SPD)

Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Das ist mir bekannt. Es ist mir bekannt, dass sie da sitzt, aber es ist mir nicht bekannt, dass sie in irgendeiner Weise etwas tut, geschweige denn, dass in irgendeiner Weise Initiativen in den Landeshaushalt eingeflossen wären.

Ich möchte wirklich einmal deutlich sagen: Die Tatsache, dass Sie als Landesregierung im Jahr 2010 aus der Pflegeheimförderung aussteigen, wird von uns durchaus unterstützt, weil wir glauben, dass die Objektförderung nicht mehr der angemessene Rahmen ist, in dem tatsächlich eine Förderung erfolgen sollte. Aber sie tut anschließend nichts weiter.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Woher wissen Sie denn, dass wir nichts weiter tun werden?)

Das heißt, das, was danach kommt – das hat die Frau Ministerin vorhin selbst gesagt –

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Haben Sie seherische Fähigkeiten?)

– Die Frau Ministerin hat eben selbst noch einmal gesagt: „Danach werden wir uns überlegen, ob wir irgendwelche Modelle entwickeln, die wir dann in die Erprobung schicken.“ Genau das wollen wir nicht.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Wir wollen, dass wir jetzt in die Entwicklung von Modellen einsteigen und dass wir parallel zum Ausstieg aus der Pflegeheimförderung sukzessive mit Modellen beginnen, die auch erprobt werden können, um tatsächlich zu einer Umstellung von der Objektförderung auf die Subjektförderung zu kommen, damit wir eine wohnortnahe, dezentrale und flexible Lösung für die immer größer werdende Bevölkerungsgruppe der über 60-Jährigen schaffen und vor allem für diejenigen, die tatsächlich auch pflegebedürftig sind.

(Bärbl Mielich)

Denn wir alle wissen, dass pflegebedürftige Menschen den Anspruch und den Wunsch haben, möglichst lange in ihrem sozialen Umfeld zu bleiben. Dem müssen wir begegnen. Darauf müssen wir Antworten finden. Dies darf nicht erst dann geschehen, wenn kein Geld mehr da ist und die Pflegeheimförderung ausfällt, sondern dem müssen wir auch langfristig entgegensehen. Das ist unser Verständnis von Nachhaltigkeit, und das ist auch unser Verständnis von Generationengerechtigkeit.

(Beifall bei den Grünen)

Sie haben eben, Frau Ministerin, noch einmal deutlich darauf hingewiesen, dass Sie auch die Arbeit mit Demenzzkranken deutlich unterstützen wollen. Aber nun wird gerade auch in diesem Bereich gekürzt. Wir wollten die Kürzung auf keinen Fall zulassen. Wir wollen, dass sie zurückgenommen wird, weil das genau der Bereich ist, in dem das ehrenamtliche Engagement mit sehr wenig Mitteln sehr viel erreichen kann, in dem pflegende Angehörige tatsächlich entlastet werden können und damit eben auch bereit sind, ihre Angehörigen länger zu Hause zu pflegen.

Für uns – das kann ich abschließend sagen – ist Haushaltspolitik nur dann erfolgreich und auch nur dann nachhaltig, wenn sich die Landesregierung diesen Herausforderungen in der Sozialpolitik endlich stellt und initiativ wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/
DVP: Das tun wir!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen deshalb zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 09 – Ministerium für Arbeit und Soziales. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/809. Die vorliegenden Änderungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen und zur Abstimmung stellen. Den Entschließungsantrag der Fraktion GRÜNE werde ich am Schluss aufrufen und zur Abstimmung stellen.

Wir kommen zunächst zu Abschnitt I der Beschlussempfehlung, und ich rufe auf

Kapitel 0901

Ministerium

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0902

Allgemeine Bewilligungen

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0903

Arbeitsförderung und Berufsbildung

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0904

Gesetzliche Unfallversicherung im Landesbereich

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0905

Hilfen für behinderte Menschen

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0913

Versorgungsämter und Gesundheitsämter

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0917

Wohlfahrtspflege und Bürgerschaftliches Engagement

Hierzu rufe ich zunächst den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/909-1, auf. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/909-2, auf. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über das Kapitel 0917 abstimmen. Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0918

Jugendhilfe

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

(Stellv. Präsidentin Christa Voßschulte)

Ich rufe auf

Kapitel 0919

Familienhilfe

und hierzu den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/909-3. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Verfassungsrechtlich bedenklich!)

Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/909-6, auf. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über das Kapitel 0919 abstimmen. Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0920

Altenhilfe

Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0921

Frauenförderung

und dazu zunächst den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 14/909-7. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Änderungsantrag ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/909-5, auf.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD zu den Grünen: Das ist ja ein Antrag zur Männerförderung!)

Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer dem Kapitel 0921 – Frauenförderung – zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das heißt jetzt anders!)

Dieses Kapitel heißt aufgrund der beschlossenen Änderung künftig „Chancengleichheit“. – Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0922

Gesundheitspflege

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0930

Zentren für Psychiatrie

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Meine Damen und Herren, wir haben noch abzustimmen über den Entschließungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/909-4. Wer stimmt dem Entschließungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir haben nun noch abzustimmen über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/809. Wer stimmt Abschnitt II zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Abschnitt II ist einstimmig zugestimmt.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Beratung des Einzelplans 09.

Ich rufe nun **Buchstabe d** der Tagesordnung auf:

Einzelplan 11: Rechnungshof – Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/811

Berichterstatlerin: Abg. Ursula Lazarus

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 11 – Rechnungshof – eine Gesamtredezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Wünscht die Berichterstatlerin das Wort? – Das ist nicht der Fall.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Frau Abg. Lazarus das Wort.

Abg. Ursula Lazarus CDU: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ein besonderer Gruß gilt dem anwesenden Vizepräsidenten des Landesrechnungshofs verbunden mit der Bitte, dem erkrankten Präsidenten alle guten Wünsche zu bestellen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Die Beratung des Haushaltsentwurfs des Landesrechnungshofs im Finanzausschuss war fast so kurz wie das Zahlenwerk selbst. Eine einzige Frage galt dem Nachweis der Effektivität der Arbeit des Landesrechnungshofs. Dabei wurde vom Landesrechnungshof auf Abschnitt IV der Denkschriften verwie-

(Ursula Lazarus)

sen, der eine Art Ergebnisbericht darstelle. Vom Rechnungshof wird beabsichtigt, dies in Zukunft auszubauen.

Wohlgemerkt: Niemand wollte dem Rechnungshof mangelnde Effizienz unterstellen, im Gegenteil. Für die Darstellung wäre es jedoch besser, wenn der Erfolg der Prüfungen und der Beratenden Äußerungen sichtbar und messbar gemacht werden könnte. Ganz einfach ist das nicht, zumal sich die Behandlung von Denkschriftbeiträgen über Jahre hinziehen kann. Ich nenne als Beleg dafür die Beiträge aus der Denkschrift 2001 über Controlling im Schienenpersonennahverkehr oder über die Beschaffung von IuK-Geräten, die uns über Jahre hinweg begleitet haben.

Der Landesrechnungshof selbst lehnt eine Darstellung produktorientierter Informationen in den Erläuterungen ab, da zielorientierte Vorgaben des Landtags der verfassungsrechtlich verankerten unabhängigen Stellung des Rechnungshofs widersprechen würden.

(Unruhe)

Das ist im Vorwort zum Einzelplan des Rechnungshofs nachzulesen. Ich bin der Auffassung, dass diese Sicht zu akzeptieren ist. Gerade deshalb kann es nur im eigenen Interesse des Rechnungshofs liegen, seine erfolgreiche Arbeit eben messbar darzustellen. Ein Maß ist natürlich immer die Summe der Einsparungen, die aufgrund von Vorschlägen des Rechnungshofs zustande kommen.

In Abschnitt IV der Denkschrift 2006 ist ein derartiges Beispiel prägnant dargestellt. Ich meine die Prüfung der Organisation und Wirtschaftlichkeit der Gebäudereinigung. Da hat das Rechnungsprüfungsamt Karlsruhe sieben Jahre nach der entsprechenden Beratenden Äußerung immerhin festgestellt, dass jährlich 23 Millionen € an Einsparungen realisiert worden seien; weitere 18,3 Millionen € seien möglich. Der Landtag hat auch dazu – zu der Umstrukturierung – den Auftrag erteilt. Vorsorglich hat das Finanzministerium im Doppelhaushalt für die Jahre 2005 und 2006 schon die Einsparungen eingestellt.

Da bedarf es keiner produktorientierten Darstellung im Haushalt. Diese Zahlen sprechen für sich. Ich kann dem Rechnungshof nur empfehlen, sein Licht nicht unter den Scheffel zu stellen, sondern es eben, wie bei diesem Beispiel, auch leuchten zu lassen.

Sehr geehrte Damen und Herren, der Landesrechnungshof scheut sich nie, auch politisch brisante Themen aufzugreifen. Über allem steht das Ziel – das sollte man nie vergessen –, die Verschuldung des Landes zurückzuführen bzw. zunächst einmal nicht weiter ansteigen zu lassen.

Deshalb ist die Forderung des Landesrechnungshofs aus seiner Sicht durchaus konsequent, eine gesetzliche Schuldenbremse in die Landesverfassung aufzunehmen. Für die CDU-Fraktion ist dies nur eine Frage des Zeitpunkts, keine Grund-satzfrage. Der Ministerpräsident hat in seiner Rede heute Morgen nochmals bekräftigt, dass eine entsprechende Verfassungsänderung noch in dieser Legislaturperiode kommen wird. Sobald das Ziel der Nullnettoneuverschuldung erreicht ist – sogar die Opposition beginnt daran zu glauben, dass dieses Ziel erreichbar ist –, werden wir die Landesverfassung

ändern. Damit soll gesichert werden, dass die Nullnettoneuverschuldung nicht nur kurzfristig, sondern auf Dauer erreicht wird. Der Landesrechnungshof leistet mit seiner Finanzkontrolle an vielen Stellen wesentliche Beiträge zur Erreichung dieses Ziels.

Sehr geehrte Damen und Herren, der Bericht über die Zahlen-größen des Einzelplans 11 liegt Ihnen schriftlich vor. Deshalb kann ich mich darauf beschränken, eine mich beeindruckende Zahl zu wiederholen, nämlich den Anteil von 0,06 % am Gesamthaushalt, dem das im Einzelplan 11 veranschlagte Ausgabe-volumen entspricht. Damit wird die ganze Arbeit des Landesrechnungshofs geleistet.

Sehr geehrter Herr Vizepräsident Kunz, bitte überbringen Sie allen Beschäftigten Ihrer Behörde den Dank und die Anerkennung der CDU-Fraktion für die geleistete Arbeit.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP sowie des Abg. Ingo Rust SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Rust.

Abg. Ingo Rust SPD: Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Vizepräsident Kunz! Der Rechnungshof gehört zweifellos zu den wichtigsten Einrichtungen des Landes. Vor allem in finanziell schwierigen Zeiten – und die haben wir nach wie vor – hilft er uns, dem Haushaltsgesetzgeber, mit den knappen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, möglichst sorgsam umzugehen. Er deckt auf, wo die Regierung und ihre Behörden mit den Steuergeldern nicht sorgsam umgehen. Die Finanzpolitiker wissen, dass das häufiger der Fall ist, als man sich das manchmal vorstellt.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Was? Gibt's das denn?)

Er gibt in seinen Beratenden Äußerungen und Empfehlungen Hinweise, wie wir mit den knappen Ressourcen möglichst effizient umgehen sollen. Der Rechnungshof agiert dabei unabhängig von politischen und anderen äußeren Einflüssen, was wir außerordentlich begrüßen und was uns als Parlament jenseits jeglicher Parteipolitik immer wieder wichtige Hinweise für unsere tägliche Arbeit verschafft.

Gleichwohl möchte ich darauf hinweisen, dass ich mich freue, wenn der eine oder andere Denkschriftbeitrag oder die eine oder andere Empfehlung auch wirklich so umgesetzt wird, wie es der Rechnungshof empfiehlt; denn eine Rosinenpickerei bei der Finanzkontrolle ist nicht geboten, sondern ist für uns eher schädlich. Deswegen würde ich mir wünschen, dass wir uns noch stärker, als dies bisher der Fall ist, an die Vorgaben und Empfehlungen des Rechnungshofs halten, auch wenn sie uns politisch nicht immer schmecken mögen.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie wichtig der Rechnungshof für unsere parlamentarische Arbeit ist, zeigt sich, wenn man die Beratungen des Finanzausschusses betrachtet. Ich habe mir einmal die Zahlen geben lassen: Neben den Haushaltsberatungen, deren Ergebnisse wir heute und in den nächsten Tagen diskutieren, stellen die Beratungen der Denkschriften

(Ingo Rust)

und der Beratenden Äußerungen des Rechnungshofs einen ganz wichtigen Bestandteil der Arbeit des Finanzausschusses dar.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, ich darf um Ruhe bitten.

Abg. Ingo Rust SPD: Von beispielsweise 101 Tagesordnungspunkten im Jahr 2005 haben wir 43 Tagesordnungspunkte sozusagen dem Rechnungshof zu verdanken. Sie gehen auf Empfehlungen und Denkschriftbeiträge des Rechnungshofs zurück. Damit widmen wir fast 50 % unserer Arbeit im Finanzausschuss den Empfehlungen des Rechnungshofs. Da zeigt sich, wie wichtig der Rechnungshof für unsere Arbeit im Parlament ist.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Ursula Lazarus CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Einzelplan des Rechnungshofs im Doppelhaushalt 2007/2008 ist – das wurde von meiner Vorrednerin schon festgestellt – mit rund 18,4 Millionen € jährlich der kleinste Einzelplan. Mit einem Personalkostenanteil von über 96 % wird auch die Struktur dieses Haushalts deutlich; es ist eigentlich ein reiner Personalhaushalt.

Obwohl keine Stelleneinsparungsverpflichtung für den Rechnungshof vorgesehen ist, beteiligt sich der Rechnungshof am Stellenabbauprogramm des Landes durch die Einführung der 41-Stunden-Woche. Das ist zunächst löblich. Allerdings sei mir die Bemerkung erlaubt, dass es weder im Interesse des Parlaments noch im Interesse der Steuerzahler sein kann, wenn der Rechnungshof geschwächt wird. Wir sind der festen Überzeugung, dass die Mittel, die wir für die Arbeit des Rechnungshofs ausgeben, um ein Vielfaches wieder erwirtschaftet werden. Frau Kollegin Lazarus hat dazu auch Beispiele genannt. Wenn wir den Empfehlungen des Rechnungshofs folgen, hat das Einsparwirkungen, die das, was wir für den Rechnungshof ausgeben, um ein Vielfaches übertreffen. Die präventive Wirkung des Rechnungshofs habe ich dabei noch gar nicht berücksichtigt. Wenn man einmal in den Behörden des Landes unterwegs ist und die Reaktion auf das Wort Rechnungshof überprüft, dann wird diese präventive Wirkung – glaube ich – sehr deutlich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deswegen möchte ich dazu auffordern, zu überlegen, ob diese frei werdenden Kapazitäten des Rechnungshofs in die Intensivierung oder Ausweitung der Prüfungstätigkeit eingebracht werden könnten. Wie gesagt, ich finde es löblich, dass auch der Rechnungshof spart, aber ob das im Endeffekt dem Land beim Sparen zugute kommt, wage ich zu bezweifeln.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Rechnungshof arbeitet wirtschaftlich. Der Rechnungshof Baden-Württemberg ist der wirtschaftlichste Rechnungshof in der Bundesrepublik.

(Beifall der Abg. Beate Fauser und Michael Theurer FDP/DVP)

Ich habe mir das einmal ausrechnen lassen. In Bayern beispielsweise geben die Bürgerinnen und Bürger pro Jahr 2,50 € pro Einwohner für den Rechnungshof aus, in Nordrhein-West-

falen sind es 2,10 €, im Saarland sind es 2,62 €, und in Baden-Württemberg sind es 1,70 €

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

pro Person und Jahr, die für den Rechnungshof ausgegeben werden. Wir haben also nicht nur das günstigste Parlament in der Republik, wir haben auch den günstigsten Rechnungshof.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr gut!)

Damit ist er also nachweislich ein sparsamer und vorbildlicher Rechnungshof.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich abschließend im Namen meiner Fraktion, aber auch als Vorsitzender im Namen des Finanzausschusses dem Rechnungshof sehr herzlich für seine Arbeit danken. Ich bitte Sie, Herr Vizepräsident Kunz, diesen Dank für die Arbeit an Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterzugeben. Sie leisten eine wichtige Arbeit für das Land und für die Bürgerinnen und Bürger. Auch von meiner Fraktion die herzlichsten Genesungswünsche an den Präsidenten Frank.

Vielen Dank.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Wem darf ich das Wort für die Fraktion GRÜNE erteilen? – Herr Abg. Metzger, bitte schön.

Abg. Oswald Metzger GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wenn das Budgetrecht das vornehmste Recht des Parlaments ist, dann muss man sagen, dass ohne Rechnungshof die politische Controllingfunktion für das Parlament natürlich absolut nicht möglich ist. Der Landesrechnungshof in Baden-Württemberg hat aber einen entscheidenden Nachteil, und zwar wegen der seit vielen Jahren andauernden, politisch zementierten Mehrheit: Vor allem die Unionsfraktion folgt vielen seiner Denkschriftvorschläge nicht. Insofern ist der Rechnungshof in der Tat ein Ritter ohne Schwert. Denn nur dann, wenn wir als Parlament dieses Instrumentarium, das Sie uns über Ihre Denkschriften zur Verfügung stellen, tatsächlich nutzen, erzielen Sie tatsächlich Wirkung.

Frau Kollegin Lazarus, ich habe Ihre Rede per Tonübertragung im Haus mitbekommen. Sie haben ja ein paar Beispiele genannt und in Euro und Cent belegt, dass sich beispielsweise im letzten Jahr durch geltend gemachte Rückforderungen für überzählige Straßenbauförderungen nach GVFG locker Personalstellen im Rechnungshof bezahlt gemacht haben.

Aber in ganz wichtigen strukturellen Fragen hat gerade in der letzten Finanzausschusssitzung Ihre Fraktion in Gestalt der federführenden Kollegen Berichterstatter dem Rechnungshof eine Fehlinterpretation angedichtet, die kolossal war, und zwar zum Thema Pensionslasten. Fälschlicherweise hat die CDU-Fraktion einen alten Rechnungshofbericht so interpretiert, dass die Barwertmethode quasi beweisen würde, dass Beamte langfristig günstigere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für den Dienstherrn Land Baden-Württemberg seien. Der Rechnungshofmitarbeiter musste in der Sitzung korrigierend darauf hinweisen, dass diese Rechnung falsch ist, weil die Be-

(Oswald Metzger)

amtenversorgung unter Zeitwertgesichtspunkten – die für die Kostenbelastung der Etats der Zukunft allein entscheidend sind – für unser Bundesland tatsächlich teurer ist. In solchen wichtigen Strukturfragen würde ich mir natürlich wünschen, dass man auf den Rechnungshof hört.

Also, Quintessenz der gesamten Geschichte: Wenn der Rechnungshof wirtschaftliches Handeln anmahnt, wenn er mehr Transparenz für die Erbringung staatlicher Leistungen anmahnt – beispielsweise in Form von Kosten- und Leistungsrechnung, von kaufmännischem Rechnungswesen, von ausgewiesenen Rückstellungen für eingestellte Beamtinnen und Beamte –, dann wäre das Befolgen dieser Ratschläge im besten Sinn proaktives Reagieren auf den Hof und nicht nur eine Ex-post-Analyse von Schwachstellen, und dann könnten wir im besten Sinne auch beruhigt auf das Jahr 2030 schauen. Denn dann würden wir in Bezug auf unsere Dienstherrenfunktion, die wir als Landtag und damit Landesgesetzgeber und als Landesregierung haben, in der Tat wirtschaftlich und vorausschauend handeln. Aber hier fehlt es ein Stück weit.

Also, am Rechnungshof liegt es nicht. Herr Vizepräsident, das wissen Sie. Es gibt nicht nur eine räumliche Nähe zwischen unserer Fraktion und Ihnen im Finanzausschuss, sondern wir sind Ihnen natürlich auch inhaltlich verbunden, auch wenn wir nicht immer allen Ihren Vorschlägen folgen. Wir würden uns auf jeden Fall wünschen, dass Ihnen die hier auf der rechten Seite des Hauses mindestens so folgen wie wir. Dann wäre es besser um unser Land bestellt.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort für die Fraktion der FDP/DVP erhält Herr Abg. Theurer.

(Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU – Zuruf von der CDU: Eine persönliche Erklärung!)

Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Aus den Worten der Redner aller Fraktionen ist zum Ausdruck gekommen, welche hohe Wertschätzung die Arbeit des Rechnungshofs hier in diesem Hause erfährt. Vor allem aber ist der Rechnungshof ein Anwalt der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Er genießt hohe Anerkennung und nimmt eine wichtige Rolle wahr. Das möchte ich auch für die FDP/DVP-Landtagsfraktion an dieser Stelle noch einmal unterstreichen.

Für unsere Arbeit im Finanzausschuss und für die Arbeit des Parlaments allgemein ist die Arbeit des Rechnungshofs unerlässlich, weil er wichtige Hinweise gibt – nicht nur mit der Denkschrift, durch deren Berichte im Nachhinein geprüft wird, ob das Verwaltungshandeln wirtschaftlich war oder nicht. Auch in der Öffentlichkeit sorgt es immer wieder für Diskussionen, wenn herauskommt, dass in dem einen oder anderen Punkt im Haushaltsvollzug vielleicht doch etwas sparsamer hätte gewirtschaftet werden können. Unerlässlich ist vor allem auch und immer stärker die nach vorn gerichtete, beratende Tätigkeit des Rechnungshofs für die Ministerien und nachgeordneten Behörden.

Wenn der Rechnungshof zu Recht überall Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit beim Einsatz knapper und immer noch knapper werdender öffentlicher Mittel anmahnt, muss er selbst vorbildlich sein, und das ist er auch. Die Steigerungsrate der im Einzelplan des Rechnungshofs veranschlagten Ausgaben ist mit 0,2 % deutlich unterdurchschnittlich. Obwohl es für den Rechnungshof keine haushaltsgesetzliche Stellenabbauverpflichtung gibt, beteiligt sich der Rechnungshof freiwillig und solidarisch am Stellenabbauprogramm des Landes.

An dieser Stelle möchte ich noch einmal in Erinnerung rufen, was ich im vergangenen Jahr hierzu ausgeführt habe: Die Kontrolle und Analyse sowie die Entwicklung von Vorschlägen sind nur von qualifizierten Mitarbeitern höchstpersönlich zu erbringen. Der hohe Personalkostenanteil des Rechnungshofs von 96,2 % ist daher voll gerechtfertigt. Das lässt sich anders gar nicht machen. Da der Rechnungshof sogar dafür sorgt, dass Mittel eingespart werden, ist die Frage, ob man sich hier nicht ähnlich wie bei der Steuerverwaltung überlegen müsste, ob nicht eine Aufstockung des Personals an anderer Stelle sogar zu Mehreinnahmen führen würde.

(Abg. Ingo Rust SPD: Sehr richtig!)

Wir fordern das nicht, sondern erkennen an, dass der Rechnungshof in diesem Punkt selbst Vorbild sein will, um die hohe Glaubwürdigkeit, die er gegenüber den Ministerien und nachgeordneten Behörden genießt, noch einmal zu unterstreichen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Die Denkschrift 2006 werden wir am Mittwoch nächster Woche beraten und dabei die Arbeit des Rechnungshofs anhand konkreter Beispiele würdigen können. Deshalb möchte ich heute nur zwei Themen ansprechen – zwei Vorschläge, die bereits abgearbeitet sein werden, bevor wir am kommenden Mittwoch Beschlüsse zur Denkschrift fassen: erstens zur Struktur der ergänzenden Förderung der Kleinkindbetreuung durch das Land und zweitens zur Verankerung eines Verschuldungsverbots in der Landeshaushaltsordnung und in der Verfassung.

Die neuen Verwaltungsvorschriften zur Förderung der Kleinkindbetreuung in Kinderkrippen und in Kindertagespflege sind zum 1. Januar dieses Jahres in Kraft getreten. Die Anregungen des Rechnungshofs in Bezug auf eine je nach Betreuungszeit stärker differenzierte Förderung sind aufgegriffen worden.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP zur SPD: Was heftig kritisiert worden ist!)

Zugleich haben wir bereits bestehenden Gruppen, dem Gesichtspunkt der Verlässlichkeit und Berechenbarkeit folgend, für die Jahre 2007 und 2008 die Förderung in alter Höhe zugesichert.

Der Anregung des Rechnungshofs nach Streichung des Beitrags des Landes zur Alterssicherung von Tagesmüttern wird durch einen Beschluss im Rahmen der Haushaltsberatungen entsprochen. Wir stellen stattdessen Mittel für Qualifizierungsmaßnahmen zur Verfügung.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP zur SPD: Zuhören! Ihr kritisiert das doch!)

(Michael Theurer)

und können damit einer wichtigen und richtigen Forderung des Landesverbands der Tagesmüttervereine Rechnung tragen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll
FDP/DVP: Nicht nur kritisieren, Herr Rust!)

Selten ist eine Empfehlung des Rechnungshofs so schnell umgesetzt worden.

Zum Abschluss noch ein Wort zum Denkschriftbeitrag des Rechnungshofs zu dem Thema, ein Verbot der Neuverschuldung in die Landeshaushaltsordnung aufzunehmen. Dies ist geplant – mit Wirkung ab dem Jahr 2011. Das haben wir in der Koalition vereinbart. Ich denke, das ist ein richtungsweisender Beschluss. Die Bereitschaft, ein Verschuldungsverbot in die Verfassung aufzunehmen, ist vorhanden. Wir sollten den Blick jetzt darauf richten, welche Formulierung aus volkswirtschaftlicher und staatsjuristischer Sicht für ein solches Verschuldungsverbot geeignet ist. Es kommt sehr stark darauf an, wie man ein solches Verschuldungsverbot ausgestaltet, damit es in der Praxis wirkt, um bei konjunkturellen Schieflagen noch entsprechend reagieren zu können.

Abschließend, meine Damen und Herren, möchten wir uns ganz herzlich bei Herrn Präsident Frank und Herrn Vizepräsident Kunz bedanken. Wir bitten, diesen Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Rechnungshofs und der Rechnungsprüfungsämter zu übermitteln. Behalten Sie weiterhin Ihr wachsames Auge, und begleiten Sie uns weiterhin kritisch. Sie geben uns Abgeordneten wichtige Hinweise zum verantwortungsvollen Umgang mit den von den Steuerzahlerinnen und -zahlern zur Verfügung gestellten Mitteln.

Der beste Dank an den Rechnungshof besteht jedoch darin, sich stets intensiv mit den Anregungen und Empfehlungen auseinanderzusetzen, klar zu ihnen Stellung zu beziehen und sie möglichst zügig und umfassend umzusetzen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Abg. Ursula Lazarus CDU: Doch!)

– Frau Abg. Lazarus.

Abg. Ursula Lazarus CDU: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Präsidentin! Nur ein Satz, zu dem mich die Wortmeldung von Herrn Kollegen Metzger veranlasst: Ich glaube nicht, dass die vom Landesrechnungshof geleistete Arbeit so erfolgreich wäre – über die Effektivität habe ich schon gesprochen, für die wir ihn ja auch loben –, wenn die CDU-

Fraktion nicht in einem ganz hohen Maße seinen Ratschlägen und Äußerungen folgen würde.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm
CDU: Bravo!)

Das nehmen wir für uns in Anspruch. Die CDU-Fraktion sieht sich als Partner des Rechnungshofs bei der Finanzkontrolle der Regierung.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der CDU: Bravo!
– Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das war ganz wichtig!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, wir kommen nun zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 11 – Rechnungshof. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/811. Zum Einzelplan liegen keine Änderungsanträge vor.

Ich rufe auf

Kapitel 1101

Rechnungshof

Wer stimmt Kapitel 1101 zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1102

Allgemeine Bewilligungen

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1103

Staatliche Rechnungsprüfungsämter

Wer dem Kapitel zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Beratung des Einzelplans 11 und am Ende der heutigen Tagesordnung.

Die nächste Sitzung findet morgen, Donnerstag, 8. Februar 2007, um 9:30 Uhr statt.

Ich danke Ihnen für die zügige Beratung und wünsche Ihnen einen schönen Abend. Ich schließe die Sitzung.

Schluss: 18:02 Uhr

Anlage 1

Vorschlag

der Fraktion der SPD

Nachbesetzungen im Ständigen Ausschuss

Ausschuss	Funktion	scheidet aus	tritt ein
Ständiger Ausschuss	stellvertretendes Mitglied		Ursula Haußmann Dr. Mentrup Dr. Schmid Schmiedel

07. 02. 2007

Ute Vogt und Fraktion

Anlage 2

Vorschlag

der Fraktion GRÜNE

Umbesetzung im Präsidium

Gremium	Funktion	scheidet aus	tritt ein
Präsidium	stellvertretendes Mitglied	Boris Palmer	Untersteller

07. 02. 2007

Winfried Kretschmann und Fraktion